

Das Parlament

Berlin, 03. Februar 2024

www.das-parlament.de

74. Jahrgang | Nr. 6-8 | Preis 1 € | A 5544

KOPF DER WOCHE

Unermüdliche Mahnerin

Eva Szepesi Sie ist eine der letzten Zeitzeuginnen und Zeitzeugen, die den Holocaust überlebt haben. Szepesi wurde als Kind von den Nazis nach Auschwitz verschleppt. Als die Soldaten der Roten Armee das Konzentrations- und Vernichtungslager am 27. Januar 1945 befreiten, war sie zwölf Jahre alt. Vergangene Woche, 79 Jahre später, erinnerte sie als Gastrednerin bei der Gedenkveranstaltung des Bundestages für die Opfer des Holocaust (Seite 9) mit fester Stimme daran: „Die Shoah begann nicht in Auschwitz. Sie begann mit Worten. Sie begann mit dem Schweigen und dem Wegschauen der Gesellschaft.“ Das, was war, könne immer wieder geschehen, deshalb sei es nie wichtiger gewesen als jetzt, nicht zu schweigen, nicht wegzuschauen, mahnte die 91-Jährige. emu

ZAHL DER WOCHE

10.000

jüdische Kinder wurden in den Jahren 1938 und 1939 im Rahmen der Kindertransporte von Deutschland nach Großbritannien gebracht. Die Kinder waren oftmals die einzigen aus ihren Familien, die den Holocaust überlebten. Der Bundestag erinnert mit einer Schau an die Transporte (siehe Seite 12).

ZITAT DER WOCHE

»Sei ein Mensch! Danke Papa, für diesen Satz.«

Marcel Reif erinnert in seiner Rede anlässlich des Gedenktages für die Opfer des Holocaust an die Worte seines Vaters, ein polnischer Jude, immer menschlich zu bleiben.

IN DIESER WOCHE

WIRTSCHAFT UND FINANZEN
Verkehr Die Ampelkoalition nimmt mehr Geld für die Schiene in die Hand Seite 4

INNENPOLITIK
Soziales Minister Heil verteidigt Mindestlohn und Bürgergeld gegen Kritik Seite 6

EUROPA UND DIE WELT
Auswärtiges Einbußen bei Entwicklungsmitteln und humanitären Hilfen Seite 8

POLITISCHES BUCH
Geschichte Frank Trentman über die Moral der Deutschen Seite 11

MIT DER BEILAGE



Das Parlament
Frankfurter Societäts-Druckerei GmbH & Co. KG
64546 Mörfelden-Walldorf



Kanzler zeigt Initiative

GENERALDEBATTE Merz fordert Verteidigungsgemeinschaft, Scholz für Kapitalmarktunion

Europapolitik und der Schutz der Demokratie vor Rechtsextremisten haben die Generaldebatte des Bundestags in der Haushaltswoche geprägt. Zwar griff Oppositionsführer Friedrich Merz (CDU) in seiner Rede die Regierung auch für ihre Innen- und Wirtschaftspolitik an. Aber im Vergleich zum Schlagabtausch in der vorangegangenen Haushaltswoche Mitte Dezember unterließ er persönliche Angriffe auf Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) weitgehend. Die Debatte stand darüber hinaus unter dem Eindruck einer bewegenden Gedenkveranstaltung zur Erinnerung an die Opfer des Nationalsozialismus, die zuvor im Bundestag stattgefunden hatte. In dieser hatten die Holocaust-Überlebende Eva Szepesi und der Sportjournalist Marcel Reif gesprochen.

Auf diese Feierstunde gingen alle Fraktionsvorsitzenden mit Ausnahme von Alice Weidel (AfD) ein. „Es fällt schwer, nach dieser Gedenkveranstaltung einfach zur Tagesordnung überzugehen“, sagte Merz. Er erinnerte außerdem an die Rede des französischen Staatspräsidenten Emmanuel Macron in der Vorwoche anlässlich des Staatsakts für den verstorbenen Wolfgang Schäuble. „Eine wirklich große Rede“, sagte Merz.

Der CDU/CSU-Fraktionschef mahnte eine deutsch-französische Initiative für eine europäische Verteidigungspolitik an. „Diese gemeinsame Verteidigungspolitik, meine Damen und Herren, muss von Anfang an die Rüstungspolitik, die Beschaffung und die militärische Unterstützung der Ukraine beinhalten.“ Merz sprach sich ferner dafür aus, das europäische Kartellrecht zu ändern. Europas Unternehmen der Digitalwirtschaft, der Telekommunikation und der Banken müssten auf dem Weltmarkt wettbewerbsfähig werden. An die AfD-Fraktion gerichtet sagte Merz: „Genug ist genug!“ Mit der Union gebe es keine Rückkehr zum Nationalismus. „Putins Russland ist kein Partner für uns, sondern der Feind unserer Freiheit.“

Scholz angriffslustig Äußerst angriffslustig zeigte sich diesmal Kanzler Scholz. Auch er begann seine Rede mit der Holocaust-Gedenkveranstaltung. „Wer schweigt, macht sich mitschuldig.“ Diese Mahnung habe Eva Szepesi am Morgen den Zuhörern mitgegeben. Scholz sagte weiter mit Blick auf die Enthüllungen über Pläne von Rechtsextremen, Menschen mit Migrationshintergrund aus Deutschland zu vertreiben: „Deshalb bin ich so froh, dass so viele Menschen in Deutschland demonstrieren.“



Kanzler Scholz geht in der Generaldebatte Oppositionsführer Merz offensiv an

© picture-alliance/epa/Michael Kappeler

Als Replik auf Merz, der kritisiert hatte, dass es noch keine Bezahlkarte anstelle von Bargeld für Asylbewerber gebe, wertete Scholz: „Wenn jetzt die Ausschreibung läuft und der Oppositionsführer offenbar nicht mal Zeitung liest, dann ist irgendwas nicht richtig im Lande der Opposition.“ Scholz kündigte ein Treffen mit Präsident Macron an. Sollten die Hilfen der USA für die Ukraine wegbrechen, sei Deutschland weltweit das größte Geberland. „Es wäre Hybris zu glauben, dass wir es alleine richten können“, sagte Scholz. Der Kanzler sprach sich dafür aus, dass Europa einen global wettbewerbsfähigen Kapitalmarkt erhält. „Wir brauchen unbedingt die Kapitalmarkt- und Bankenunion.“

Er plädierte für eine einheitliche Basisbesteuerung von Unternehmen in der EU. Die AfD-Fraktionsvorsitzende Alice Weidel thematisierte in ihrer Rede die Recherchen der Correctiv-Redaktion über ein Treffen von Rechtsextremen und sprach von einer „Hilfsstasi“, von „steuerfinanzierter Denun-

ziation gegen eine Konkurrenzpartei“. Für die gegenwärtige Rezession trage allein „diese unfähige Regierung die Verantwortung“. Die Regierung kaufe neue Hubschrauber und Fuhrparks und gebe 800 Millionen Euro für ein „Protzkanzleramt“ aus. Weidel forderte die Schließung der Grenzen. Ausländischen Staatsbürgern solle das Bürgergeld gestrichen werden. Sie sagte weiter: „Diese Regierung hasst Deutschland.“

»Diese Regierung regiert schlecht. Aber sie hasst Deutschland nicht.«
Alexander Dobrindt (CSU)

Arbeit ist, nämlich diese Demokratie zu verteidigen, mit allem, was wir haben.“ Auch Christian Dürr (FDP) zeigte sich erfreut über die Proteste. In Bremen habe er dort „die breite bürgerliche Mitte unsere Gesellschaft angetroffen“. Die Politik der Ampel lobte Dürr und verwies auf eine

„fast 50 Prozent höhere Investitionsquote“ im Vergleich zum letzten Vor-Corona-Haushalt 2019, den noch die schwarz-rote Koalition zu verantworten hatte. Dies sei auch „die notwendige Antwort auf eine katastrophale Infrastrukturpolitik der Verkehrsminister Alexander Dobrindt und Andreas Scheuer“.

Kindergeld-Debatte Rolf Mützenich (SPD) wies darauf hin, dass die Abgeordneten im Bundestag im parlamentarischen Verfahren noch Änderungen am Bundeshaushalt vorgenommen hätten. „Deswegen können wir diesem Haushalt guten Gewissens zustimmen“, erklärte er. Mützenich ging auch auf einen Konflikt innerhalb der Ampel-Koalition ein und sprach sich dafür aus, auch das Kindergeld zu erhöhen statt nur die Steuerfreibeträge.

CSU-Landesgruppenchef Alexander Dobrindt wies die Worte von Weidel zurück und sagte: „Diese Regierung regiert schlecht. Aber sie hasst dieses Land nicht.“ Die AfD-Vorsitzende solle weiter darüber reden, dass sie „das freie Europa zerstören und sich dem russischen Diktator anschließen“ wolle: „Das ist Vaterlandsverrat, was von Ihnen hier kommt.“ **Stephan Balling**

EDITORIAL

Es kommt auf uns an

VON CHRISTIAN ZENTNER

„Die Schoa begann nicht mit Auschwitz, sie begann mit Worten, sie begann mit Schweigen und Wegschauen der Gesellschaft.“ Es wird in diesem Jahr für uns alle die Gelegenheit geben, der Mahnung hinter diesem Satz der Holocaust-Überlebenden Eva Szepesi gerecht zu werden. Gesprochen hat ihn die 91-Jährige am Rednerpult des Bundestages, in der Gedenkveranstaltung für die Opfer des Nationalsozialismus. Und sie fügte hinzu: Rechtsextreme Parteien dürften nicht so stark werden, „dass unsere Demokratie gefährdet wird“. Im Plenum applaudierten die Abgeordneten aller Fraktionen – tatsächlich aller Fraktionen.

Als dann zwei Stunden später die Generalausprache zum Bundeshaushalt begann, waren Szepesis Worte noch nicht verhallt. Zwar gab es einen scharfen Schlagabtausch in vielen politischen Fragen, zum Teil auch zwischen den Koalitionsfraktionen wie beim Streit um Schuldenbremse oder Kinderfreibetrag. Vor allem gab es aber eine harte Auseinandersetzung mit der AfD; es schien, als ob zu deren Agieren niemand mehr schweigen konnte. Am Ende wies CSU-Landesgruppenchef Alexander Dobrindt die AfD-Chefin Alice Weidel unter deren wüsten Zwischenrufen zurecht. Weidel hatte der Bundesregierung Hass auf Deutschland unterstellt. Dobrindt ließ diesen Versuch nicht zu, das Vertrauen in die Bundesregierung auf solch rechtspopulistische Weise zu untergraben: Die Regierung regiere schlecht, „aber sie hasst dieses Land nicht“.

Die Politik oder der Staat und seine Institutionen können es alleine nicht schaffen, das wohl zentrale Versprechen zu halten, welches dieses Land gegeben hat: Nie wieder! Das gelingt nur, wenn sich jeder bewusst macht, was die Wahl einer Partei bedeuten kann, die sich beispielsweise nicht von einem Spitzenpolitiker wie Björn Höcke trennen will, dessen Äußerungen von Faschismus, Rassismus und Antisemitismus geprägt sind und der sich mit Ideen und Sprache beim Nationalsozialismus bedient. Unser Grundgesetz schreibt zwar vor, dass demokratisch gewählt wird, nicht jedoch, dass Demokraten gewählt werden. Diese Verantwortung hat das Grundgesetz in die Hände der Wählerinnen und Wähler gelegt. In diesem Jahr gibt es mit der Europawahl, den Kommunalwahlen in neun Bundesländern und den Landtagswahlen in Sachsen, Thüringen und Brandenburg wieder die Möglichkeit, dieser Verantwortung gerecht zu werden.

Kein Platz mehr in der ersten Reihe

BUNDESTAG Nach 30 Jahren gibt es mit »Die Linke« und »Gruppe BSW« wieder Gruppen im Parlament

Zwei Monate nach der Auflösung der Linksfraktion hat der Bundestag die beiden nun getrennten Gruppen „Die Linke“ mit 28 Abgeordneten und „Gruppe BSW“ mit zehn Abgeordneten anerkannt (20/10219, 20/10220). Sie haben dabei im Wesentlichen dieselben fraktionsähnlichen Rechte erhalten, wie die PDS vor 30 Jahren, als letztmals eine parlamentarische Gruppe anerkannt wurde. Anders als eine Fraktion können die Gruppen, genau wie damals, jedoch weder namentliche Abstimmungen noch die Anwesenheit eines Regierungsmitglied verlangen.

Begrenzte Anzahl Neu ist eine Begrenzung der Zahl der Großen und Kleinen Anfragen auf insgesamt zehn pro Monat für jede Gruppe. Dies kritisierten Die Linke und BSW als Beeinträchtigung der Oppositionsarbeit und kündigten durch ihre Rednerinnen Heidi Reichinnek (Die Linke) sowie Jessica Tatti (BSW) die Prüfung einer Klage vor dem Bundesverfassungsgericht an. Die Linksfraktion hatte vor ihrer Auflösung etwa 40 Anfragen im Monat gestellt. Kritik übten sie auch an der Begrenzung der Zahl an Aktuellen Stunden. Die Linke



Nach der Anerkennung der Gruppen wird der Plenarsaal umgebaut.

© DBT/Achim Melde

darf zwei Aktuelle Stunden pro Jahr beantragen, die Gruppe BSW darf eine beantragen. Entsprechende Änderungsanträge der Gruppen (20/10236, 20/10237) lehnte der Bundestag ab. Am Ende beschloss der Bundestag die Anerkennung mit den Stimmen der Koalition sowie der jeweiligen Fraktionen, Gruppen und fraktionslosen Abgeordneten notwendig, welches mit dieser Aner-

kennung nicht ausreichend gewahrt sei. Für Katja Mast (SPD) ist die jetzige Anerkennung allerdings der richtige Mittelweg, die Gruppen erhielten „keine Rechte wie eine Fraktion, aber mehr Rechte als fraktionslose Abgeordnete“. Irene Mihalic (Grüne) und Torsten Herbst (FDP) unterstrichen, dass die jetzige Anerkennung anders zu beurteilen sei als frühere Gruppeneinstellungen. Dies läge daran, dass sich eine Fraktion freiwillig aufgelöst und somit auf weitergehende Rechte verzichtet habe. Stephan Brandner (AfD) bezeichnete die Anerkennung als „Extrawürste für die beiden linken Resterampen im Parlament“. Geregelt wurde vom Bundestag auch die künftige Sitzordnung für die Gruppen. Die Gruppe BSW sitzt künftig ganz links außen, daneben Die Linke. Sitzplätze erhalten beide ab der 7.Reihe im Plenum und damit keine Plätze ganz vorne mehr. cz

kenning nicht ausreichend gewahrt sei. Für Katja Mast (SPD) ist die jetzige Anerkennung allerdings der richtige Mittelweg, die Gruppen erhielten „keine Rechte wie eine Fraktion, aber mehr Rechte als fraktionslose Abgeordnete“. Irene Mihalic (Grüne) und Torsten Herbst (FDP) unterstrichen, dass die jetzige Anerkennung anders zu beurteilen sei als frühere Gruppeneinstellungen. Dies läge daran, dass sich eine Fraktion freiwillig aufgelöst und somit auf weitergehende Rechte verzichtet habe. Stephan Brandner (AfD) bezeichnete die Anerkennung als „Extrawürste für die beiden linken Resterampen im Parlament“. Geregelt wurde vom Bundestag auch die künftige Sitzordnung für die Gruppen. Die Gruppe BSW sitzt künftig ganz links außen, daneben Die Linke. Sitzplätze erhalten beide ab der 7.Reihe im Plenum und damit keine Plätze ganz vorne mehr. cz

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper



GASTKOMMENTARE

GENUG RAUM FÜR INVESTITIONEN?

Falsche Prioritäten

PRO



Jan Hildebrand, »Handelsblatt«, Düsseldorf

Marode Autobahnbrücken, sanierungsbedürftige Schulen, Faxgeräte in Behörden: Dass Deutschland in vielen Bereichen unter einem Investitionsstau leidet, ist offensichtlich. Aber ist das Land wirklich kaputtgespart worden, wie es in Haushaltsdebatten gerne beklagt wird? Die Antwort fällt nicht so eindeutig aus, wie der Zustand der öffentlichen Infrastruktur vermuten ließe. 2023 war im Bundeshaushalt die Rekordsumme von 61 Milliarden Euro für Investitionen vorgesehen. Allerdings sind davon nur 55 Milliarden Euro tatsächlich abgeflossen, also rund 90 Prozent. Ähnlich sah es in den Jahren zuvor aus. Die Regierung hat Mühe, die veranschlagten Mittel auszugeben. Hier mangelt es nicht zuerst an Geld, sondern effektiven Prozessen in der Verwaltung – und das, obwohl seit Jahren Personal aufgebaut wird. Angesichts der Investitionsbedarfs, etwa zur klimaneutralen Transformation des Landes, wird es trotzdem einen weiteren Mittelaufwuchs brauchen. Das Problem ist nur, dass viele Politiker den Investitionsbedarf gerne anführen, wenn sie auf der Suche nach neuen Einnahmen sind. Das gilt besonders im Kampf gegen die Schuldenbremse, die dann als Investitionsbremse geschmäht wird. Nur leider wird der Vorrang für Investitionen schnell wieder vergessen, wenn das Geld verplant wird. Werden Sozialleistungen ausgebaut oder neue Subventionen verteilt, wird selten gefragt, ob man das Geld nicht sinnvoller investieren sollte. Investitionen haben den Nachteil, dass sie sich erst in einigen Jahren bemerkbar machen und somit politisch auszahlen. Wenn diese und vorherige Bundesregierungen auf Investitionen verzichten, so liegt das nicht an zu geringem Spielraum im Haushalt, sondern an falschen Prioritäten.

Sparen ist gefährlich

CONTRA



Ulrike Herrmann, »die tageszeitung«, Berlin

Die Schuldenbremse ist eine ganz schlechte Idee. Sie verhindert staatliche Investitionen, die dringend nötig wären. Ob in Klimaschutz, sozialen Wohnungsbau oder Grundlagenforschung. Investitionen sind nämlich nur möglich, wenn Kredite aufgenommen werden. Das ist reine Logik. Wenn nämlich erst gespart werden muss, damit man hinterher investieren kann, fehlt Nachfrage in der Volkswirtschaft. Die Konjunktur bricht ein und die Steuern gehen zurück, sodass Investitionen erst recht nicht mehr möglich sind. Aber die Deutschen verweigern sich dieser Logik. 61 Prozent halten die Schuldenbremse für eine gute Idee. Sie betrachten den Staat wie einen Familienhaushalt oder ein Unternehmen. Wer Kredite aufnimmt, muss sie wieder abtrottern. Punkt. Doch dies ist ein fundamentales Missverständnis. Der Staat funktioniert wie eine Art Wasserbett, das Körper fluide in Balance hält: Er sorgt für einen nationalen Druckausgleich – zwischen allen Ersparnissen und Krediten. Es ist eigentlich einfach: Die Volkswirtschaft kann nur reibungslos laufen, wenn eben nicht zu viel gespart wird. Denn Sparen ist gefährlich, weil es Nachfrage entzieht. Dummerweise neigen Familien und Firmen aber dazu, sich Geldpolster anzulegen, um für die Zukunft vorzusorgen. Also muss der Staat einspringen: Er muss Kredite aufnehmen und investieren, damit Bürger und Betriebe sparen können, ohne die Wirtschaft zu ruinieren. So seltsam es klingt: Staatliche Investitionen, finanziert auf Pump, machen die Bürger reich. Knausert die Regierung indes, wird die Bevölkerung ärmer. Dieses Phänomen nennen Ökonomen „Sparparadox“: Wenn alle sparen, verlieren alle.

Mehr zum Thema der Woche auf den Seiten 1 bis 8. Kontakt: gastautor.das-parlament@bundestag.de

Frau Schielke-Ziesing, der Bundeshaushalt 2024 ist nach Ansicht des Finanzministers ein Haushalt mit Rückkehr in die finanzpolitische Stabilität. Investitionen steigen, die Schuldenbremse wird eingehalten. Bringt dieser Etat das Land voran?

Ein klares Nein. Die gesamten Beratungen zum Haushalt waren ziemlich irre. Schon vor dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts zeigte sich die Koalition stark zerstritten. Und von dem Urteil schien die Koalition völlig überrascht zu sein. Das Verfahren war total konfus. Eigentlich müsste die Regierung sparen, aber Sparen findet nicht statt. Stattdessen werden Steuern erhöht, und es wird in die Kasse der Rentenversicherung gegriffen.

Steuererhöhungen waren laut Koalitionsvertrag aber ausgeschlossen. Was sagen Sie vor diesem Hintergrund zum Haushaltsfinanzierungsgesetz, das massive Mehrbelastungen vor allem für Landwirte vorsieht?

Es geht den Bürgern und den Firmen nicht gut. In einer Phase der Rezession und steigender Zinsen die Steuern zu erhöhen, kann doch nichts bringen. Das ist nicht gut für unser Land. Einige Belastungen für die Landwirte wurden zurückgenommen. Dafür geht die Regierung jetzt den Fischern ans Geld, die sich nicht so gut wehren können wie die Bauern. Dabei brauchen wir eine funktionierende Landwirtschaft und müssen in der Lage sein, uns selbst verpflegen zu können ohne Importe.

Angesichts der Nutzung von Schattenhaushalten ist die Neuverschuldung weit höher als von der Bundesregierung angegeben. Halten Sie den Haushalt nach dem Urteil für verfassungsfest?

Die AfD-Fraktion würde zwar beim Bundesverfassungsgericht klagen, erreicht aber alleine nicht das erforderliche Quorum von 25 Prozent. In unseren Entschleunigungsanträgen haben wir darauf hingewiesen, dass die Schuldenbremse nicht eingehalten wird. Die Neuverschuldung beträgt tatsächlich 77 Milliarden. Außerdem sollen für die Aktienrente noch zwölf Milliarden Euro Kredite aufgenommen werden, die nach Ansicht der Regierung nicht schuldenbremsenrelevant sind. Hier wird sehr viel herum- und uminterpretiert. Ob das beim Bundesverfassungsgericht auf Beifall stoßen würde, ist sehr fraglich. Die Union könnte klagen. Wir sind alle sehr gespannt, ob sie das tun wird.

Die Rentenversicherung muss mit Milliardenbeträgen aus der Staatskasse gestützt werden. Trotzdem sinkt das Rentenniveau immer weiter. Was kann getan werden, um die Rente zu stabilisieren?

Neben den Beiträgen von Arbeitnehmern und Arbeitgebern hätte eigentlich auch der Staat eine Finanzierung der Rentenversicherung von einem Drittel zu leisten. Wenn der Staat tatsächlich seinen Anteil von einem Drittel übernehmen würde, dann hätte die Rentenversicherung kein Problem. Aber jetzt kürzen Sozialminister Hubertus Heil und die Ampelkoalition den Zuschuss. Vor dem Urteil des Verfassungsgerichts sollten 600 Millionen Euro pro Jahr weniger an die Rentenversicherung fließen. Da nach dem Urteil noch mehr Geld fehlte, wurde der Zuschuss um weitere 600 Millionen Euro abgesenkt. Da früher zudem noch eine zusätzliche Zahlung von 500 Millionen Euro in Aussicht gestellt worden war, summieren sich die Einnahmeausfälle für die Rentenversicherung auf 6,8 Milliarden Euro für die nächsten vier Jahre.

Was bedeutet das? Damit wird es für die Rentenversicherung schwierig, die Renten weiterhin wie gewohnt auszuzahlen. Wenn diese enormen Kürzungen beibehalten werden, wird die

»Gespart wird nicht«

ULRIKE SCHIELKE-ZIESING Die Neuverschuldung ist viel höher als angegeben und die Rentenversicherung unterfinanziert, meint die AfD-Politikerin



© Deutscher Bundestag/Julia Nowak (2017)

Rentenversicherung im Jahr 2026 fast zahlungsunfähig sein, weil die Nachhaltigkeitsreserve dann aufgebraucht sein wird. Die Kürzung der Zuschüsse durch die Ampelkoalition ist unverantwortlich.

Die Koalition hat das Bürgergeld zu Beginn des Jahres stark erhöht. Es gibt 5,5 Millionen Bezieher. Ist das noch bezahlbar?

Die Erhöhung um zwölf Prozent zum Jahresbeginn ist nicht vermittelbar. Das Bürgergeld wird jetzt mit Kosten von 46 Milli-

arden Euro im Jahr veranschlagt. Das dürfte jedoch nicht ausreichen, weil die Erhöhung noch nicht berücksichtigt worden ist. Schon 2023 waren die Kosten zu gering angesetzt, und es musste während des Jahres drei Mal Geld nachgeschossen werden. Das wird dieses Jahr wieder passieren. Das Bürgergeld ist viel zu hoch. Das Lohnstandsgebot wird nicht eingehalten.

Maßnahmen gegen sogenannte Totalverweigerer sollen das System entlasten. Bringt das was?

Der Begriff Totalverweigerer ist schwammig. Es gibt keine klare Definition. Bei einer Anhörung im Haushaltsausschuss waren sich die Experten nicht einig, ob eine Kürzung um 100 Prozent überhaupt möglich wäre. Die Menschen müssen schließlich von irgendwas leben. Und wie sieht es aus, wenn Kinder betroffen sind und Angehörige? Bei Hartz 4 gab es stufenweise Kürzungen. Aber ob eine Kürzung um 100 Prozent möglich ist, bezweifle ich.

Wie stehen Sie dazu, dass Flüchtlinge aus der Ukraine sofort nach ihrer Ankunft in das Bürgergeld-System aufgenommen werden?

Wenn ein Vergleich gezogen wird, wie viele der ukrainischen Flüchtlinge in den europäischen Aufnahmestaaten arbeiten, werden große Unterschiede deutlich. In Deutschland beziehen die Ukrainer eher Bürgergeld. Diese Menschen sind recht motiviert nach Deutschland gekommen. Doch dann haben sie das deutsche Sozialsystem kennengelernt. Wenn es dann heißt, warum arbeiten, wenn es auch Bürgergeld gibt, kann man diese Ukrainer verstehen. Das Bürgergeld hat eine zu große Anreizwirkung. Aber ich habe Zweifel, dass die in der Koalition diskutierten Maßnahmen zur Reduzierung dieser Anreizwirkung Erfolg haben werden.

Ein weiteres Kapital ist die sogenannte Kindergrundsicherung mit der Schaffung einer neuen Behörde mit 5.000 Stellen. Sie lehnen das ab. Warum?

Es gibt mit den Kindergeldkassen bereits funktionierende Strukturen. Warum muss jetzt eine neue Behörde mit 5.000 Stellen geschaffen werden, um das zu machen, was bisher die Kindergeldkassen machen? Das ist widersinnig. Überall ist von Fachkräftemangel die Rede, auch in den Verwaltungen. Daher verstehe ich nicht, dass jetzt 5.000 Stellen für ein Amt für die Kindergrundsicherung geschaffen werden sollen. Die Regierung ist personell ohnehin schon viel zu stark aufgebläht worden. Es entstehen immer neue Behörden, und es werden immer mehr Mitarbeiter gebraucht.

Was kann dagegen getan werden? Notwendig ist die Schaffung strafferer Strukturen. Durch mehr Digitalisierung kann man mit weniger Personal auskommen. Doch auf die Idee ist in der Regierung noch niemand gekommen.

Sie haben scharfe Kritik am Einzelplan des Familienministeriums geübt, weil zu wenig für Familien getan werde. Was kritisieren Sie besonders?

Ich kritisiere die Kürzung des Elterngeldes. Im Einzelplan musste sicherlich gekürzt werden. Aber das ist nach unserer Auffassung an der falschen Stelle geschehen. An anderer Stelle wird hingegen viel Geld für Vereine und Institutionen ausgeben, deren Förderung im Etat des Familienministeriums nichts zu suchen hat. Das Elterngeld hat den Sinn, dass Eltern sich um ihre Kinder kümmern können, völlig unabhängig davon, was die Eltern verdienen. Das gilt besonders für die gemeinsamen Partnermonate von Müttern und Vätern. Dadurch wachsen Familien zusammen. Das war auch die Begründung für die Einführung. Dass die Abschaffung dieser Partnermonate jetzt von der Koalition gefeiert wird, ist vermessend.

Das Gespräch führte Hans-Jürgen Leersch.

Ulrike Schielke-Ziesing (AfD) ist Mitglied des Haushaltsausschusses und des Ausschusses für Arbeit und Soziales sowie Obfrau der AfD-Fraktion im Rechnungsprüfungsausschuss. Dem Bundestag gehört die aus Mecklenburg-Vorpommern stammende Politikerin seit 2017 an.

PARLAMENTARISCHES PROFIL

Der Belastbare: Andreas Schwarz



»Mittelfristig müssen wir über eine Modernisierung der Schuldenbremse nachdenken. Unser Land braucht Zukunftsinvestitionen.«

Bauvorhaben beraten. „Als Bürgermeister in Bayern baut mal als Kommune selbst Staatsstraßen und braucht keinen Projektträger.“ Schwarz ist einer, der in seinem Leben viel selbst in die Hand genommen hat. Er war der erste in der Familie, der eine höhere Schule besuchte. Seine Großmutter war aus Schlesien geflohen, der Opa kam mit einer Kugel im Kopf aus dem Krieg zurück. Der Zweite Weltkrieg war immer da, in seiner Kindheit, wenn die Oma erzählte, wie

Als Haushalter muss Andreas Schwarz in diesen Tagen einen Spagat meistern. Einerseits passt er auf, dass die Staatskasse keine Löcher kriegt. Nur sitzt der Sozialdemokrat andererseits nicht nur im Haushaltsausschuss, sondern ist auch stellvertretendes Mitglied im Verteidigungsausschuss – und Schwarz, 58, aus dem Wahlkreis Bamberg, hat als Berichterstatter zu Verteidigung eine klare Meinung zu den Aufwendungen hierfür. „Es muss mehr werden“, sagt er knapp, „die zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts müssen international zugeichert und in den Haushalten auch hinterlegt werden.“ 25 bis 30 Milliarden Euro mehr im Jahr würden es dann werden. Warum ist Schwarz bei diesem Punkt nicht knauserig? Der Bayer gehört zu jenen, die erst nachdenken, bevor sie sprechen. Das dauert bei ihm nur ein, zwei Sekunden. „Man muss sich die Welt anschauen, wie sie ist. Und da ist viel in Bewegung“, sagt Schwarz. Deutschland müsse seine Freiheit und seine Demokratie verteidigen können. Schwarz ist in der SPD einer der stärksten Fürsprecher von Militärhilfen an die angegriffene Ukraine. Das brachte ihm Drohungen ein, auch briefliche „Grüße aus Moskau“. Er räuspert sich am Telefon. Russlands Präsident Wladimir Putin würde vornehmlich eine Sprache der Stärke verstehen. „Wer schwach ist, wird zur Beute.“ Daher will Schwarz keine schwache Bundeswehr und keinen schwachen Staat sehen. Und da das aktuelle Sondervermögen dafür 2027 ausläuft, fordert er ein Sondervermögen Teil 2. Und: „Mittelfristig müssen wir über eine Modernisierung der Schulden-

bremse nachdenken. Unser Land braucht Zukunftsinvestitionen, und da hindert sie.“ Und gäbe es nicht woanders etwas einzusparen? „Unser starker Sozialstaat sollte nicht gegen Verteidigung oder andere Bereiche ausgespielt werden.“ Aber er sieht Potenziale, und zwar beim Kampf gegen Steuerhinterziehung und Geldwäsche. „Außerdem geben wir Geld aus, um Geld auszugeben“, sagt er mit Blick auf Projektberater und -träger, die zwischengeschaltet Kommunen bei

die Flucht erlebte. Seine Mutter, über Jahre alleinerziehend, ging für Arbeit bei Quelle morgens um sechs aus dem Haus und kam abends um sieben wieder heim. Der erste Schultag: „Ein Trauma. 43 Kinder in der Klasse, und ich kannte keinen, weil ich auch keinen Kindergarten besucht hatte.“ Er stotterte damals, das trainierte er sich ab, ohne irgendwelche Hilfe, weil er merkte, dass er sich gegen Andere mit Worten wehren kann, wenn er sich nicht schlagen will. Nach der Realschule dann die Fachoberschule Bamberg und das Studium der Betriebswirtschaft an der Fachhochschule Nürnberg. Mit 18 trat er in die SPD ein, war beeinflusst von Willy Brandt und Helmut Schmidt, die auch sein Opa mochte. Mit 25 zog er in den Strullendorfer Gemeinderat ein, „als ich zur ersten Sitzung reinkam und fragte, wo ich mich hinsetzen sollte, bekam ich die Antwort: „Geht zu den Zuschauern, wir brauchen euch nicht.“ Doch es kam anders. Schwarz kandidierte 1996 gegen den langjährigen Bürgermeister – und gewann. Der hatte sich wegen eines geplanten Schulneubaus verrannt. Schwarz war im Ort viel ehrenamtlich unterwegs gewesen. Er drehte die Gemeinde, traditionell schwarz wie die ganze Region, für die SPD. „Gerne arbeite ich für unser Land und die Bewahrung unserer Werte. Frieden und Demokratie brauchen gerade heute vollen Einsatz.“ Musste er auch von Beginn an zeigen, als Evangelischer, nicht aus höheren Schichten, in einem CSU-Revier; Alkohol trinkt er auch keinen, weil es ihm nicht schmeckt. Bis einschließlich 2008 verteidigte er mit wachsenden Stimmenergebnissen sein Amt – dann zog es ihn 2013 nach Berlin.

Jan Rübel |

DasParlament

Herausgeber Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Fotos
Stephan Roters

Abonnement
Jahresabonnement 25,80 €; für Schüler, Studenten und Auszubildende (Nachweis erforderlich) 13,80 € (im Ausland zuzüglich Versandkosten)
Alle Preise inkl. 7% MwSt.
Kündigung jeweils drei Wochen vor Ablauf des Berechnungszeitraums.
Ein kostenloses Probeabonnement für vier Ausgaben kann bei unserer Vertriebsabteilung angefordert werden.

Redaktionsschluss
2. Februar 2024

Druck und Layout
Frankfurter Societäts-Druckerei GmbH & Co. KG
Kurhessenstraße 4–6
64546 Mörfelden-Walldorf

Namentlich gekennzeichnete Artikel stellen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion dar. Für unverlangte Einsendungen wird keine Haftung übernommen. Nachdruck nur mit Genehmigung der Redaktion. Für Unterrichtszwecke können Kopien in Klassenstärke angefertigt werden.

Leserservice/Abonnement
fazit Communication GmbH
c/o Cover Service GmbH & Co. KG
Postfach 1363
82034 Deseenhofen
Telefon (089) 8 58 53-8 32
Telefax (089) 8 58 53-6 28 32
E-Mail: fazit-com@cover-services.de

„Das Parlament“ ist Mitglied der Informationsgesellschaft zur Feststellung der Vertretung von Werbeträgern e. V. (IVW)

Für die Herstellung der Wochenzeitung „Das Parlament“ wird Recycling-Papier verwendet.

GOGREEN PLUS

Wir vermeiden CO₂ durch den Versand mit der Deutschen Post

Anschrift der Redaktion
(außer Beilagen)
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Telefon (0 30) 2 27-3 05 15
Telefax (0 30) 2 27-3 65 24
Internet:
<http://www.das-parlament.de>
E-Mail:
redaktion.das-parlament@bundestag.de

Chefredakteur
Christian Zentner (cz) v.i.S.d.P.

Stellvertretender Chefredakteur
Alexander Heinrich (ahe)

Redaktion
Dr. Stephan Balling (bal)
Lisa Brißler (lbr)
Carolin Hasse (cha) (Volontärin)
Claudia Heine (che)
Nina Jeglinski (njk)
Claus Peter Kosfeld (pk)
Johanna Metz (joh)
Elena Müller (emu)
Sören Christian Reimer (scr) (cvr)
Sandra Schmidt (sas)
Michael Schmidt (ms)
Helmut Stoltenberg (sto)
Alexander Weinlein (aw)

Anzeigenverkauf, Anzeigenverwaltung, Disposition
fazit Communication GmbH
c/o Cover Service GmbH & Co. KG
Postfach 1363
82034 Deseenhofen
Telefon (089) 8 58 53-8 36
Telefax (089) 8 58 53-6 28 36
E-Mail:
fazit-com-anzeigen@cover-services.de

Bundshaushalt 2024

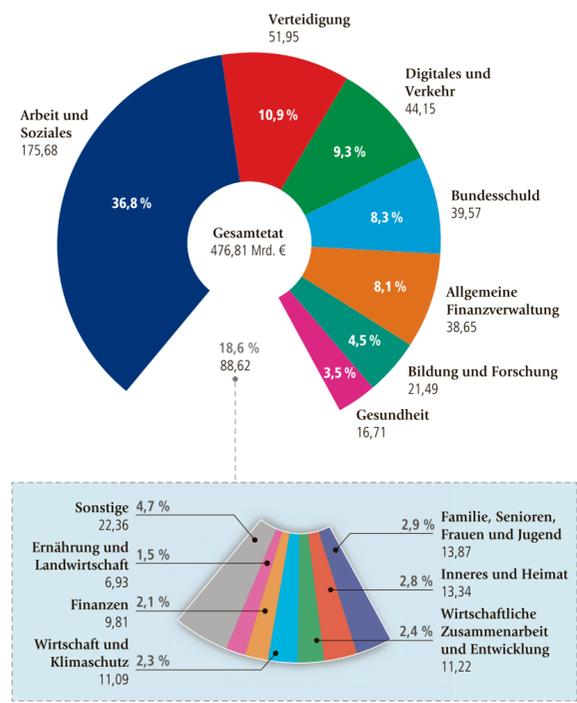
Einzelplan	EINNAHMEN		AUSGABEN	
	2024 in 1.000 €	Veränderungen zu 2023 in 1.000 €	2024 in 1.000 €	Veränderungen zu 2023 in 1.000 €
01 Bundespräsident und Bundespräsidialamt	103	-	47.094	+ 2.113
02 Deutscher Bundestag	2.204	+ 284	1.239.929	+ 99.311
03 Bundesrat	51	-	38.283	- 1.393
04 Bundeskanzler und Bundeskanzleramt	568.702	+ 402.200	3.874.052	- 21.621
05 Auswärtiges Amt	67.819	- 94.700	6.707.712	- 768.085
06 Bundesministerium des Innern und Heimat	588.723	- 53.022	13.344.939	+ 252.880
07 Bundesministerium der Justiz	666.077	+ 25.800	1.028.999	+ 22.905
08 Bundesministerium der Finanzen	242.250	- 278.948	9.809.331	+ 139.828
09 Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz	1.532.043	+ 846.512	11.090.030	- 3.477.684
10 Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft	101.572	+ 19.398	6.930.631	- 319.008
11 Bundesministerium für Arbeit und Soziales	1.835.050	- 980.675	175.675.498	+ 9.446.105
12 Bundesministerium für Digitales und Verkehr	15.869.380	+ 7.222.977	44.145.217	+ 8.565.802
14 Bundesministerium der Verteidigung	382.935	+ 351.938	51.951.938	+ 1.834.493
15 Bundesministerium für Gesundheit	104.323	+ 154	16.708.527	- 7.774.965
16 Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit u. Verbraucherschutz	1.062.072	+ 167.893	2.403.767	- 45.927
17 Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend	259.037	+ 38.989	13.873.295	+ 304.039
19 Bundesverfassungsgericht	40	-	41.314	+ 849
20 Bundesrechnungshof	382	+ 22	191.810	+ 4.854
21 Der Bundesbeauftragte für den Datenschutz und die Informationsfreiheit	85	-	45.398	- 301
22 Der Unabhängige Kontrollrat	-	-	11.000	- 5.388
23 Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung	765.104	+ 15.994	11.217.281	- 939.556
25 Bundesministerium für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen	242.720	- 2.648	6.728.208	- 606.132
30 Bundesministerium für Bildung und Forschung	51.251	+ 10.000	21.486.334	+ 23.585
32 Bundesschuld	41.587.838	+ 10.024.840	39.571.791	- 958.676
60 Allgemeine Finanzverwaltung	410.877.895	- 2.121.134	38.645.278	+ 9.817.846
SUMME	467.807.656	+ 15.595.874	476.807.656	+ 15.595.874

Quelle: Deutscher Bundestag, Drucksache 20/8662

Grafik: Stephan Rötters

Ausgaben im Bundshaushalt 2024

Einzelplans der Ministerien in Milliarden Euro und Anteile am Gesamtetat



Quelle: Deutscher Bundestag, Drucksache 20/8662 Abweichungen rundungsbedingt

Grafik: Stephan Rötters

Der 477-Milliarden-Euro-Kompromiss

HAUSHALT 2024 Nach langen Querelen und mit Verspätung verabschiedet der Bundestag den Etat für das laufende Jahr

Der Bund kann bald wieder aus dem Vollen schöpfen. Am Freitag beschloss der Bundestag den Haushalt für das laufende Jahr. Am Nachmittag – nach Redaktionsschluss – stand auch noch der finale Durchgang im Bundesrat an. Damit endet die Zeit der vorläufigen Haushaltsführung 2024 und der damit verbundenen Einschränkung von Ausgaben. Allerdings streute die Länderkammer der Ampel noch etwas Sand ins Getriebe: Das ebenfalls im Bundestag verabschiedete zweite Haushaltsfinanzierungsgesetz (20/9999) schaffte es nicht auf die Tagesordnung des Bundesrats. Der Entwurf enthält gesetzliche Anpassungen, um härtere Sanktionen beim Bürgergeld bei „Totalverweigerern“ umzusetzen. Auch die Erhöhung der Luftverkehrssteuer sowie die Kürzung des Zuschusses an den Rentenversicherung wird damit geregelt. Vor allem findet sich in dem Entwurf aber die umstrittenen Kürzung bei den Subventionen für Agrardiesel. Die Unionsgeführten Länder sehen die Koalition in der Pflicht, weiter auf die Bauern zuzugehen, und sperren sich deshalb gegen die Aufsetzung des Gesetzes am Freitag. Die nächste reguläre Sitzung des Bundesrates ist am 22. März. Zustimmungspflichtig ist der Entwurf nicht, die Union hat ohne Unterstützung von Ampel-Parteien auch keine Mehrheit, einen Einspruch einzulegen.

Keine Zustimmung der Opposition Für den im Vergleich zum ursprünglichen Regierungsentwurf umfassend geänderten Haushaltsentwurf mit einem Volumen von rund 477 Milliarden Euro stimmten am Freitagmittag die Koalitionsfraktionen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP. Auch das Haushaltsfinanzierungsgesetz fand, ebenfalls in geänderter Fassung, die notwendige Mehrheit. CDU/CSU, AfD sowie die fraktionslosen Abgeordneten – darunter die Mitglieder der ehemaligen Fraktion Die Linke – lehnten beide Vorlagen ab. Vor der finalen Abstimmung hatten sich Koalition und Opposition während der ganzen Woche teils scharfe Debatten über den Etat geliefert. Haushaltspolitische Grundsatzfragen standen direkt zu Beginn und zum Abschluss auf dem Programm. Die Haushaltsexpertinnen und -experten der Koalitionsfraktionen standen dabei vor der größeren Herausforderung, mussten sie doch einen Etat verteidigen, über den innerhalb der Bundesregierung lange gestritten worden war – und der nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichtes im November noch einmal kräftig überarbeitet werden musste. Auch letzteres lief nicht geräuschlos ab.

»Zur parlamentarischen Demokratie gehört auch der Kompromiss.«
Dennis Rohde (SPD)

Gerungen Doch die Koalitionäre machten aus der Not eine Tugend. „Zur parlamentarischen Demokratie gehört auch der Kompromiss, und um diesen Kompromiss haben wir gerungen“, sagte der haushaltspolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Dennis Rohde, in der Debatte am Dienstag. Ganz ähnlich äußerte sich Sven-Christian Kindler, der haushaltspolitische Sprecher der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen: Die Suche nach dem Kompromiss sei das „Wesen der Demokratie“. Weil man tagelang nachteilig verhandelt, „schwere Steine aus dem Weg“ geräumt und miteinander gerungen habe, sei man zu „guten, sinnvollen Lösungen“ gekommen. Auch eine gewisse Reumütigkeit war den Koalitionären anzumerken. Das Urteil aus Karlsruhe „hat uns kalt erwischt“, gab Kindler zu. Der haushaltspolitische Sprecher der FDP-Fraktion, Otto Fricke, sekundierte: „Da mögen im Vorfeld Fehler gemacht worden sein“, sagte der Liberale. Mit dem Ergebnis aber zeigten sich die Koalitionäre zufrieden. Rohde sprach von einem „guten Haushalt für dieses Land“. Der Sozialdemokrat hob – unter dem Eindruck der Massendemonstrationen gegen Rechts-Extremismus und AfD – auf Mittel im Haus-

halt zur Verteidigung der Demokratie gegen Angriffe von außen und von innen ab. Dazu zählte Rohde unter anderem die fortgesetzte Unterstützung für die Ukraine in Milliardenhöhe, aber auch Mittel, um Antisemitismus in Deutschland zu bekämpfen und jüdisches Leben sichtbarer zu machen. Das „beste Bollwerk gegen die Demokratiefeinde in unserem Land“ sei der Sozialstaat, sagte der Abgeordnete. Auch nach dem Urteil aus Karlsruhe sei es daher die Maxime gewesen, dass nicht bei den „Schwächsten der Gesellschaft“ gespart werden dürfe. Ähnliches betonte Kindler. In „unsicheren Zeiten“ sei es trotzdem gelungen, „soziale Sicherheit zu garantieren“, sagte der Grünen-Abgeordnete. Mit Blick auf die durch das Karlsruher Urteil entfallenen 60 Milliarden Euro im Klima- und Transformationsfonds sprach Kindler von „schmerzhaften Einschnitten“ in der Planung. Im Verfahren sei es aber gelungen, 30 Milliarden Euro davon zu retten. „Wir haben in diesem Haushalt sehr viele Investitionen für Klimaschutz, für die Transformation der Wirtschaft, für gute Arbeitsplätze gesichert“, so Kindler. Der FDP-Abgeordnete Fricke hob ebenfalls Investitionen auf „Rekordniveau“ hervor. Die Sozialleistungen würden stabil gehalten, die Steuerquote sinken, der Personalaufwuchs gestoppt und Sondervermögen abgebaut, führte der Liberale stakkatoartig aus. Zudem attackierten die Koalitionäre die Union scharf. Diese hatte zu den Bereinigungssitzungen keine Änderungsanträge zum Etat vorgelegt. Das sei „im Kern Arbeitsverweigerung“, kritisierte Kindler.

Von wegen »Sparhaushalt« Die Union hielt allerdings hart dagegen. Der haushaltspolitische Sprecher der Fraktion, Christian Haase, warf der Koalition vor, „jedes erdenkliche Schlupfloch“ ausgereizt zu haben, um im Bundshaushalt 2024 nicht sparen zu müssen. So verwies der Christdemokrat darauf, dass noch mit dem Mitte Dezember verabschiedeten Nachtragshaushalt 2023 eine Notlage erklärt worden sei, um die Schuldenbremse auszusetzen. 14 Tage später habe sich herausgestellt, dass es einen Überschuss von 6,3 Milliarden Euro gebe. „Also entweder stümpfen Sie weiter vor sich hin, oder Sie wollen das Land für dumm verkaufen. Diese Schuldenaufnahme war in dem Umfang nicht nötig“, so Haase. Sein Fraktionskollege Mathias Middelberg warf der Koalition vor, von einem „Sparhaushalt“ zu sprechen, aber gar nicht gespart zu haben. Der Blick auf die Zahlen sei „sehr ernüchternd“. Der Vize-Fraktionschef der Union führte aus, dass im Vergleich zum Haushalt 2019 – dem letzten Haushalt vor der Corona-Krise – die Ausgaben nun um 120 Milliarden Euro beziehungsweise 35 Prozent gestiegen seien. Im selben Zeitraum sei die Wirtschaftsleistung um gerade 18,6 Prozent gestiegen, so der Christdemokrat. Es werde mehr ausgegeben, als das Land erwirtschaftete. „Wir leben massiv über unsere Verhältnisse. Ihr Haushalt ist weit von einer Sparanstrengung oder einem Sparhaushalt entfernt“, kritisierte Middelberg.

Den Verweis auf Krisen wollte Middelberg als Ausrede nicht gelten lassen. Viele dieser Krise habe die Koalition selbst geschaffen, etwa die Haushaltskrise nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichtes zum Zweiten Nachtragshaushalt 2021. Infolge der dadurch entstandenen Verunsicherung bei Investoren und Verbrauchern habe die Ampel „massiv“ dazu beigetragen, „dass wir wirtschaftlich in einem Schrumpfungsprozess sind“, sagte der Abgeordnete mit Verweis auf die aktuellen Konjunkturprognosen. Andere Länder wie China, die USA oder die Eurozone würden hingegen wachsen. Der Christdemokrat kritisierte, dass die Koalition auf Steuererhöhungen setze, etwa bei der Luftverkehrssteuer oder dem Auslaufenlassen der Mehrwertsteuerablenkung für die Gastronomie. Das sei „wachstumsschädlicher Unsinn“.

Lindner lobt Investitionen Für die Bundesregierung wies Bundesfinanzminister Christian Lindner (FDP) Middelbergs Diktum eines „Sparhaushalts“ zurück. Er spreche von einem „Gestaltungshaushalt“, sagte der Minister. Der Liberale verwies auf die ge-

stiege Investitionsquote im Vergleich zum Haushalt 2019 und die zusätzlichen Investitionen aus dem Klima- und Transformationsfonds. „Wir investieren in Schiene, Straße und digitale Netze auf Rekordniveau.“ Auch für die inzwischen als Generationenkapital bezeichnete Aktienrente seien Mittel in dem Haushalt eingestellt worden, ebenso für das Startchancen-Programm für Brennpunktschulen. Zwar würden krisenbedingte Maßnahmen, die Absenkung der Mehrwertsteuer für die Gastronomie sowie der angepasste Pfad beim CO2-Preis, auslaufen, die Bürgerinnen und Bürger aber um 15 Milliarden Euro bei der Lohn- und Einkommensteuer entlastet. Das produzierende Gewerbe profitiere von der Reduzierung der Stromsteuer, führte der Finanzminister weiter aus und verwies zudem darauf, dass die Schuldenquote sinke. Lindner hob ferner hervor, dass sich der Haushalt auch im Rahmen der Schuldenbremse bewege. Das sei nicht nur ein Gebot der Verfassung, sondern angesichts der Zinskosten – Lindner bezifferte sie auf 36 Milliarden Euro – ein Gebot der „wirtschaftlichen Vernunft“.

Ganz grundsätzliche Bedenken am Haushalt meldete die AfD-Fraktion an: Sie bezweifelte die Verfassungsmäßigkeit des Etats. Ein Entschließungsantrag der Fraktion, gegen das Haushaltsgesetz beim Bundesverfassungsgericht vorzugehen, fand am Freitag aber keine Mehrheit. Die Fraktion allein hat nicht genug Abgeordnete, um nach Karlsruhe zu ziehen. Der haushaltspolitische Sprecher der Fraktion, Peter Boehringer, führte bereits in der Debatte am Dienstag an, dass die im Etat ausgewiesene Neuverschuldung von 39 Milliarden Euro nur ein „Drittel der Wahrheit“ sei. Tatsächlich kämen noch die Schuldenaufnahme im Klima- und Transformationsfonds in Höhe von 28 Milliarden Euro sei „eindeutig urteils- und damit verfassungswidrig“, sagte Boehringer mit Verweis auf das Urteil des Bundesverfassungsgerichtes zum Zweiten Nachtragshaushalt 2021. Der Abgeordnete führte an, dass seine Fraktion Vorschläge unterbreite habe, wie man 100 Milliarden Euro hätte einsparen können. Damit habe seine Fraktion als einzige einen „verfassungskonformen Haushalt“ vorgelegt. Union und AfD hatten zur Schlussabstimmung etliche Entschließungs- und Änderungsanträge eingebracht. Keine der Vorlagen fand eine Mehrheit. **Sören C. Reimer**

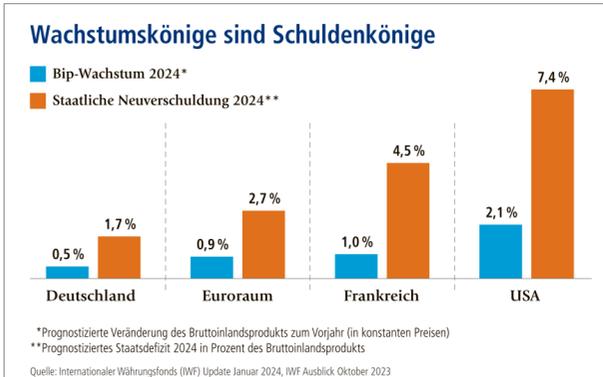
»Ihr Haushalt ist weit von einem Sparhaushalt entfernt.«
Mathias Middelberg (CDU)

Debatte über Schuldenbremse

WACHSTUM Ökonomen diskutieren über mehr Schulden für eine stärkere Konjunktur

Die deutsche Wirtschaft schrumpft im ersten Quartal 2024 erneut. Diese Meldung kam am Dienstagmorgen vom ifo-Institut, noch bevor der erste Redner der Opposition die Haushaltswoche im Deutschen Bundestag eröffnete. Bereits in der vergangenen Woche hatten die Wirtschaftsforscher aus München ihre Prognose für das Gesamtjahr 2024 reduziert, sie erwarten nun lediglich ein mageres Wachstum in Höhe von 0,7 Prozent. Im Herbst waren es noch 0,9 Prozent.

Der Staat gibt weniger aus Wesentlicher Faktor: Der Staat spart. Folglich schrumpft die Wirtschaft. Um 19 Milliarden Euro hat die Ampel-Koalition ihre Ausgabenpläne gekürzt, nachdem das Bundesverfassungsgericht sein Urteil zur Einhaltung der Schuldenbremse des Grundgesetzes gefällt hatte, hat das ifo-Institut berechnet. Schon für das vergangene Jahr 2023 stellte das Statistische Bundesamt am Dienstag ein schrumpfendes Bruttoinlandsprodukt (BIP) von 0,3 Prozent fest. Auch der Internationale Währungsfonds (IWF) kürzte am Dienstag seine Prognose im Vergleich zum Herbst für die Bundesrepublik für 2024 von 0,9 Prozent auf 0,5 Prozent. Allerdings weist Deutschland auch eine vergleichsweise geringe Neuverschuldung aus. Im Oktober prognostizierte der IWF ein Defizit von 1,7 Prozent des BIPs. Zum Vergleich: In den Vereinigten



Staaten von Amerika dürfte das Staatsdefizit 2024 laut IWF bei 7,4 Prozent liegen. Der Sachverständigenrat für Wirtschaftsfragen spricht sich nun für eine Reform der Schuldenbremse aus. „Sie ermöglicht, zukunftsgerichtete öffentliche Ausgaben zu tätigen“, erläuterte die Ratsvorsitzende Monika Schnitzer. Der Vorschlag sieht vor, dass der Staat zeitweise mehr Schulden machen darf.

ifo-Chef gegen Lockerung Unter Ökonomen sind Vorschläge für eine Lockerung der Schuldenbremse umstritten. Ifo-Chef Clemens Fuest schreibt in einem noch nicht veröffentlichten Beitrag, dass ihn Forderungen nach einer Abschaffung oder Reform nicht überzeugten. Er verweist unter anderem auf bestehende Möglichkeiten, von der Schuldenbremse abzuweichen, etwa durch die Bildung von Sondervermögen, die allerdings einer Mehrheit von zwei Dritteln im Bundestag bedürfen – eine Hürde, die er als nicht zu hoch einstuft. **Stephan Balling**



Mit Nachdruck verteidigte Finanzminister Christian Lindner (FDP) in dieser Woche den Etat 2024 als „Gestaltungshaushalt“.

Trotz aller Sparzwänge ist der Etat für Verkehr und Digitales gewachsen. Statt den von der Bundesregierung in ihrem Haushaltsentwurf für 2024 (20/7800) geplanten 38,7 Milliarden Euro, stehen dem zuständigen Minister Volker Wissing (FDP) in diesem Jahr 44,15 Milliarden Euro zur Verfügung; ein Plus von 5,44 Milliarden Euro. Erheblich ist auch der Anstieg bei den Verpflichtungsermächtigungen: Statt 32,76 Milliarden Euro können 46,87 Milliarden Euro in den kommenden Jahren ausgegeben werden. Schwerpunkt des Etats ist die Schiene: „Bis 2027 stehen für die Schiene im Einzelplan 12 rund 11,5 Milliarden Euro mehr bereit als bisher“, freute sich der Verkehrsminister bei der abschließenden Beratung am Dienstag. Zusätzlich gehen bis 2029 im Rahmen einer Eigenkapitalerhöhung 20 Milliarden Euro in die Schieneninfrastruktur der Deutschen Bahn.

»Investieren ohne Ende«

VERKEHR UND DIGITALES Allen Sparzwängen zum Trotz wächst der Einzelplan 12 um 5,44 Milliarden Euro



Schwerpunkt des Verkehrsetats ist die Schiene: Bis 2027 stehen 11,5 Milliarden mehr bereit als geplant. © picture-alliance/dpa/Arne Dedert



„Wir investieren ohne Ende“, konstatierte der SPD-Haushälter Metin Hakverdi, und auch Florian Oßner (CSU) gelangte zu der Feststellung, dass wachsende Ausgaben im Verkehrsbereich im Grunde nicht schlecht klingen. Aber: Der Anstieg gehe vor allem auf die Erhöhung des Eigenkapitals der DB AG zurück, so Oßner. Wenn 4,4 Milliarden Euro ins Eigenkapital der Bahn gehen, ohne direkten Verwendungsnachweis, sei aber kein einziger Schienenkilometer gebaut. Besser wäre es aus seiner Sicht gewesen, das Geld direkt in die Ausbau- und Sanierungsprojekte zu geben.

Schuldenbremse 18 Milliarden Euro würden für die Schiene bereitgestellt, was auch bitter nötig sei, wie Hakverdi befand. „Wenn wir die Unzuverlässigkeit der Bahn, den Service, die Kapazität in den nächsten Jahren in den Griff bekommen wollen, dann müssen wir jetzt investieren.“ Dieses hohe Investitionsniveau müsse beibehalten werden. „Nichts darf uns davon abhalten, auch nicht die Schuldenbremse“, sagte Hakverdi.

Die Schuldenbremse als Investitionshemmnis? Koalitionskollege Frank Schäffler (FDP) sah das ganz anders. Dieser Haushalt zeige, „dass die Schuldenbremse führt dazu, dass die Investitionen ansteigen“. Es gelte die Schuldenbremse hart einzuhalten, „damit am Ende auch wirklich Prioritäten gesetzt werden“. Eine Priorität sieht der FDP-Abgeordnete darin, privates Kapital zu aktivieren. Dafür müssten im Verkehrssektor ÖPP-Projekte (Öffentlich-Private-Partnerschaften) vorangebracht werden, sagte er – wissend, dass das bei den Koalitionspartnern ganz anders gesehen wird.

Florian Müller (CDU) griff diesen Widerspruch innerhalb der Koalition auf und erkundigte sich bei Hakverdi mittels einer Zwischenfrage, ob denn nun auch die Sozialdemokraten ÖPP-Projekte unterstützen, „um die Verkehrsinfrastruktur in Deutschland weiterhin voranzutreiben“. Ein klares Ja oder Nein gab es dazu vom SPD-Abge-

ordneten nicht zu hören. Immerhin aber seinen Hinweis, dass es sich dabei um „90er-Jahre-Experimente“ handle. Sind sich SPD, Grüne und FDP beim Thema Schuldenbremse und ÖPP nicht einig – wer für die desaströsen Zustände bei der Bahn und den Autobahnbrücken verantwortlich ist, glauben sie zu wissen: Der Investitionsstau habe sich unter unionsgeführten Bundesregierungen gebildet, sagte Paula Piechotta (Grüne). „Die fehlenden Investitionen, die bei Ihnen in den letzten Jahren ausgeblieben sind, verursachen die ganzen Verspätungen“, machte FDP-Mann Schäffler in Richtung Union deutlich.

Deutschlandticket Über die Zukunft des Deutschlandtickets, „das den ÖPNV und den Verkehrssektor revolutioniert hat“, sprach Nyke Slawik (Grüne). Es sei eine große Errungenschaft dieses Haushalts, „dass wir uns mit den Bundesländern auf Preisstabilität beim Deutschlandticket geeinigt haben“. Das Ticket werde in diesem Jahr nicht teurer, kündigte sie an.

Bei Nadine Schön (CDU) hält sich die Begeisterung darüber in Grenzen. Für den ländlichen Raum sei der Mehrwert „mehr als bescheiden“. Viele Menschen dort fragten sich, warum sie mit ihren Steuergeldern die Infrastruktur von Menschen, die vor allem im städtischen Raum leben, finanzieren sollen. Eine Entschuldigung in Richtung Güterverkehrsbranche gab es von Isabel Cademartori (SPD). Es sei nicht gelungen, das Förderprogramm für alternative Antriebe bei Lkw und Bussen aufzustocken, bedauerte sie. Diese „schmerzhaften Einsparungen“ seien Folge des Verfassungsgerichtsurteils aus dem November. Damit reichte die SPD-Abgeordnete die Verantwortung an die Union weiter, die das Urteil seinerzeit erstritten hatte.

Digitalisierung Ein weiterer Schwerpunkt der Debatte war das Thema Digitalisierung. Ein dickes Plus brachten die Haushaltsberatungen für den Titel „Unterstützung des flächendeckenden Breitbandaus-

baus“, 1,28 Milliarden Euro mehr als von der Regierung für 2024 geplant und 3,83 Milliarden Euro mehr als in den Verpflichtungsermächtigungen ursprünglich vorgesehen, stehen zur Verfügung. „Wir sind auf der Überholspur, was digitale Infrastruktur angeht“, urteilte daher Digitalminister Wissing. Die AfD hingegen sieht Deutschland nach wie vor in der „digitalen Wüste“. Grund dafür ist laut Barbara Benkestein auch die „Geldverschwendung für kuriose Projekte mit Digitalbezug in anderen Ländern“. Den laut Benkestein im Haushalt enthaltenen 58 Millionen Euro für innovative Anwendungen im Bereich KI stünden beispielsweise die Bezuschussung des Gesundheitssektors Usbekistans mit gut 53,5 Millionen Euro und die digitale Transformation Westafrikas mit gut 16 Millionen Euro gegenüber. „Haben Sie Deutschland in der Digitalisierung schon so fit gemacht, dass Sie nun die digitale Infrastruktur anderer Länder mit aufbauen können?“, fragte die AfD-Abgeordnete. Götz Hausding

Mit Krediten aus der Wohnbaukrise

BAU Etat mit neuer Säule für die Wohnraumförderung

Die angespannte Lage auf dem Wohnungsmarkt und das von der Bundesregierung verfehlt Ziel von 400.000 Neubauwohnungen pro Jahr bestimmten die Debatte über den Haushalt des Bundesbauministeriums (BMWSB). Insgesamt sieht der Einzelplan 25 in der vom Haushaltsausschuss geänderten Fassung (20/8661, 20/8662) Ausgaben in Höhe von 6,73 Milliarden Euro vor, 2023 waren es 7,33 Milliarden Euro, der Regierungsentwurf sah 6,96 Milliarden Euro vor. Für Verpflichtungsermächtigungen für die kommenden Haushaltsjahre sind 5,54 Milliarden Euro eingeplant. Bundesbauministerin Klara Geywitz (SPD) zeigte sich zuversichtlich, dass sich die Bedingungen für den Wohnungsbau verbessern. Die Situation sei ernst und durch die gestiegenen Zinsen verursacht worden. „Aber wir sind stabil durch diese Baukrise gekommen“, sagte Geywitz. Es gebe „positive Indikatoren“, die Baupreise gingen zurück, die Zinsen sanken wieder, und die Anzahl der Hypotheken-Darlehen werde deutlich steigen.

Neue Säule Unterstützung kam von Uwe Schmidt (SPD): „Wer jeden Tag hart arbeitet, darf keine Sorgen haben, ob er die Miete bezahlen oder den Baukredit bedienen kann.“ Die Regierung habe deshalb mit diesem Haushalt „ein deutliches Signal für mehr bezahlbaren Wohnraum“ gesetzt. Eine Milliarde Euro stehe in dem neuen Förderprogramm „Klimafreundlicher Neubau im Niedrigpreissegment – Wohngebäude mit kleinen bis mittleren Einheiten“ (KNN) bereit. „Neben der Neubauförderung und der sozialen Wohnraumförderung ist das unsere dritte Säule zur Förderung des klimafreundlichen Wohnungsneubaus“, sagte Schmidt. Zehn Millionen Euro davon stünden an Ausgaben für dieses Jahr zur Verfügung, plus eine Verpflichtungsermächtigung für die kommenden Jahre über 990 Millionen Euro. Auch weitere Politiker der Ampel-Koalition lobten den Etat. Hanna Steinmüller (Grüne) betonte, es sei erstmals gelungen, die Einführung einer neuen Wohngemeinnützigkeit in den Haushalt aufzunehmen. Torsten Herbst (FDP) unterstrich: Mit dem

Bundeshaushalt 2024 halte der Staat die Schuldenbremse ein, investiere aber gleichzeitig in die Zukunft. So seien für das Baukindergeld 719 Millionen Euro eingeplant. Zudem stünden 200 Millionen Euro für das Wohnungsbau-Prämienengesetz, das Bausparen, bereit. Konkret mehr Wohnraum entstehe mit Programmen wie „Gewerbe zu Wohnen“, dafür seien 120 Millionen Euro vorgesehen. Mit 350 Millionen Euro starte das neue Programm „Jung kauft alt“. Der Opposition ist das zu wenig. Markus Uhl (CDU) sprach von einer weiteren „Zerfledderung“ der Förderlandschaft. Die Ampelregierung schaffe es nicht, Anreize für mehr bezahlbaren Wohnraum umzusetzen. „Ihr Ziel, 400.000 neue Wohnungen jährlich zu bauen, werden Sie auch dieses Jahr verfehlen“, sagte Uhl. Die Branche brauche Planungssicherheit, und die sei nicht vorhanden. Sebastian Münzenmaier (AfD) ging noch härter mit der Bundesregierung ins Gericht. Er forderte die komplette Rücknahme des Gebäudeenergiegesetzes (GEG). Damit hätten sich Bauen und Wohnen „extrem verteuert“, beides werde „unbezahlbar“. Caren Lay (fraktionslos, Die Linke) ließ ebenfalls kein gutes Haar an dem Etat. Laut Pestel Institut fehlten hierzulande 910.000 Sozialwohnungen, und auch Menschen mit mittlerem Einkommen fänden keinen bezahlbaren Wohnraum. Um diese Krise aufzulösen, sei „ein Sondervermögen von 50 Milliarden Euro bis 2025 nötig“, sagte Lay. Nina Jeglinski



120 Millionen Euro mehr

FINANZ-ETAT Kaum Änderungen für Lindners Haus

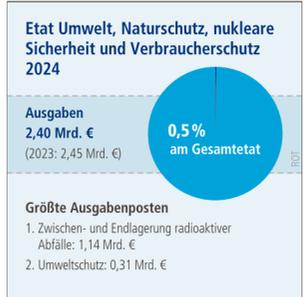
Etwas höhere Ausgaben kann Bundesfinanzminister Christian Lindner (FDP) im laufenden Jahr für sein Haus veranschlagen. Der Bundestag billigte ihm einen Zuwachs von 110 Millionen Euro im Vergleich zum ursprünglichen Regierungsentwurf zu. Dabei sieht der Beschluss eine Kürzung in Höhe von 85 Millionen Euro bei der Errichtung des Bundesamtes zur Bekämpfung von Finanzkriminalität (BBF) vor. Das BBF soll im Rahmen des Finanzkriminalitätsbekämpfungsgesetzes (20/9648) gegründet werden, das sich derzeit im parlamentarischen Verfahren befindet. Höhere Ausgaben in Höhe von 194 Millionen Euro fallen unter „Sonstiges“ im Einzelplan 08 an. Sie betreffen vor allem Aufträge und Dienstleistungen im Bereich der Informationstechnik. Außerdem wird 2024 ein Betrag von 1,8 Millionen Euro für die Bundesbeteiligung am Stromerzeuger Uni-

per veranschlagt. Insgesamt stehen in Lindners Etat nun Ausgaben von 9,8 Milliarden Euro zu Buche. Gegenüber dem Vorjahr fällt der Zuwachs ähnlich hoch aus. Die Einnahmen sind wie im Regierungsentwurf mit 242 Millionen Euro taxiert. Die Verpflichtungsermächtigungen für die kommenden Haushaltsjahre liegen mit 2,14 Milliarden Euro um 112 Millionen Euro über dem Regierungsentwurf. Die Oppositionsfraktionen lehnten den Etat geschlossen ab, ebenso die zahlreichen fraktionslosen Abgeordneten. Einstimmig beschloss der Bundestag dagegen den Einzelplan 20 für den Bundesrechnungshof. Dieser darf im Vergleich zum ursprünglichen Regierungsentwurf 2024 unverändert 191,8 Millionen Euro (2023: rund 187 Millionen Euro) ausgeben. Die Verpflichtungsermächtigungen liegen ebenfalls unverändert bei 6,4 Millionen Euro. bal

Zusätzliche Gelder für Meeresschutz

UMWELT Lemke bewertet Aktionsprogramm Natürlicher Klimaschutz „stark und wirksam“

Umweltministerin Steffi Lemke (Grüne) sieht sich mit leicht sinkenden Ausgaben in ihrem Etat für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz konfrontiert, aber dennoch gewappnet im Kampf gegen die Folgen des Klimawandels. In der abschließenden Beratung am Donnerstag sprach sie sogar von einem Rekord-Etat. Lemke betonte, dass das „Aktionsprogramm Natürlicher Klimaschutz“ und die Meeresnaturschutzkomponente trotz der Beiträge zur Konsolidierung im Grundsatz unverändert blieben und „ein starkes und wirksames Programm“ darstellten. Der Einzelplan 16 in der geänderten Fassung (20/8616, 20/8661) sieht Ausgaben in Höhe von 2,4 Milliarden Euro im Vergleich zu 2,45 Milliarden Euro im Vorjahr vor. Die Ministerin kann mit Einnahmen von 1,06 Milliarden Euro (2023: 894,18 Millionen Euro) planen. Die Verpflichtungsermächtigungen belaufen sich auf 2,52 Milliarden Euro. Angehoben hat der Haushaltsausschuss unter anderem die Mittel für die internationale Zusammenarbeit – von 13,98 Millionen Euro auf 14,48 Millionen Euro. Gekürzt wurde bei Investitionen zur Verminderung von Umweltbelastungen. Unionspolitiker Steffen Bilger (CDU) sagte, es sei fraglich, wie die Regierung im Kon-



flikt mit der Landwirtschaft bei Themen um Moor- oder Biodiversitätsschutz, Hochwasservorsorge oder Waldschutz überhaupt vorankommen wolle. Er kritisierte auch die Kürzung beim „Aktionsprogramm Natürlicher Klimaschutz“, wonach bis 2027 ein Drittel weniger in den Büchern stehe. Ebenso sei der Mittelabfluss bei dem Programm „verschwindend gering“, so Bilger.

Zurück zur Kernenergie Heftige Kritik kam von Wolfgang Wiehle (AfD). Grüne Politik sei ideologisch motiviert: Während bei der Verkehrsinfrastruktur oft „ein Käfer

oder eine Maus“ genüge, um ein Projekt jahrelang zu blockieren, sei der Artenschutz bei der Windkraft „plötzlich egal“, so Wiehle. Anstatt „zwei Prozent der Fläche mit über 100 Meter hohen Rotoren voll zu stellen“, wolle die AfD der Kernenergie wieder eine Zukunft geben, betonte er. Die Berichterstatter der Ampelfraktionen waren sich einig, einen Haushalt geliefert zu haben, der Deutschland stabilisiere. FDP-Haushälter Frank Schäffler machte deutlich, dass solide Staatsfinanzen und die Schuldenbremse eine notwendige Bedingung für Nachhaltigkeit seien. Michael Thews (SPD) betonte, dass die für 2024 erwarteten Einnahmen aus der Versteigerung von Lizenzen für den Betrieb der Offshore-Windparks etwa für den Meeresschutz eingesetzt werden sollen. „15 Millionen Euro der Gelder werden für dringende Maßnahmen des Programms für den Bundesnaturschutzfonds zur Verfügung stehen“, sagte Thews. Damit könne die im Entwurf vorgesehene Kürzung ausgeglichen werden. Sebastian Schäfer (Grüne) nannte die Kürzung im Aktionsprogramm und beim Meeresschutz – anders als die Ministerin – „schmerzhaft“. Mehr denn je müsse auch privates Kapital für Projekte gewonnen werden, da der Staat die Mittel nicht allein aufbringen könne. Lisa Brübler

Streit um Agrardieselminderungen

LANDWIRTSCHAFT Minister Özdemir ruft Opposition zur Zusammenarbeit auf

Seit Wochen demonstrieren Landwirte gegen den Haushaltsplan der Bundesregierung, auch während der Haushaltswoche des Bundestags. Doch die Mehrheit aus SPD, Grünen und FDP stimmte für die vom Haushaltsausschuss geänderte Fassung des Einzelplans 10 des Bundeshaushalts 2024 (20/7800). Der Etat des Bundeslandwirtschaftsministeriums ist gekürzt worden und umfasst Ausgaben in Höhe von 6,93 Milliarden Euro im Vergleich zu 7,25 Milliarden Euro 2023. Der Regierungsentwurf hatte 6,83 Milliarden Euro vorgesehen. Die Ver-



pfligungsermächtigungen belaufen sich auf 1,55 Milliarden Euro, knapp 200.000 Euro unter dem von der Bundesregierung geplanten Betrag. Der Streit um die Agrardieselminderungen dominierte auch die Debatte am Donnerstagabend. Bundeslandwirtschaftsminister Cem Özdemir (Grüne) rief die Fraktionen der Regierungskoalition und die demokratischen Fraktionen der Opposition dazu auf, die kommenden Monate „gemeinsam dafür zu sorgen“, dass es Fortschritte bei den Vorhaben Tierwohl, Finanzierung des Umbaus der Landwirtschaft und der Stärkung des ländlichen Raums gebe.

Fischerei zusammengestrichen Josef Rief (CDU) widersprach und nannte den Einzelplan 10 „das Sparschwein des Bundesfinanzministers“. Nicht nur den Bauern würden die Gelder gekürzt, vor allem in der Fischerei sei „dramatisch zusammengestrichen worden“. So verzichte man auf rund 670 Millionen Euro Einnahmen aus dem Verkauf von Offshore-Windenergiekonzessen. Davon kämen lediglich 109 Millionen Euro bei der Fischerei an, 25 Millionen Euro gingen nämlich noch an das Thünen-Institut. Dem widersprach Franziska Kersten (SPD), der Einzelplan 10 sei kein „Sparhaushalt“.

Alleine bei den Mitteln der Gemeinschaftsaufgabe Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes (GAK) habe man nun 907 Millionen Euro zur Verfügung, geplant waren 840 Millionen Euro. Mit den GAK-Mitteln wolle man alleine 125 Millionen Euro in mehr Klimaschutz investieren. Monika Spallek (Grüne) hob hervor, dass die GAK-Mittel auch der Umstellung von Tierhaltung auf den Anbau erweislicher Pflanzen diene. „Damit unterstützen wir neue Geschäftsmodelle“, sagte sie. Ingo Bodtke (FDP) erinnerte daran, dass die Landwirte „keine bedürftigen Subventionsempfänger, sondern in erster Linie Unternehmer“ seien. Die Politik solle dafür sorgen, dass die Rahmenbedingungen stimmen. Peter Felser (AfD) kritisierte die Haushaltspolitik der Regierung und sprach von „ideologietriebenen Maßnahmen“. In Frankreich hätten Bauernproteste die Regierungen „zum Umklappen gebracht“, das sei auch in Deutschland erforderlich. Ina Latendorf (fraktionslos, Die Linke) erklärte, ihr sei der „Einzelplan 10 zu mager“. Im Haushalt steckten zwar über vier Milliarden Euro an Sozialausgaben, hinzu kämen Verwaltungskosten, aber „nur 30 Prozent des Haushalts blieben für die Gestaltung“, sagte sie. Nina Jeglinski



Die deutsche Wirtschaft ist in eine Rezession gerutscht. Die Inflation belastet die Konsumausgaben und bremst die Wirtschaftsleistung. Was ist zu tun? Darüber debattierte der Bundestag.

© picture-alliance/Rupert Oberhäuser

HAUSHALT KOMPAKT

Ausgaben liegen 3,4 Prozent über Ansatz für 2023

Der Bund kann mit dem nun beschlossenen Etat in diesem Jahr Ausgaben in Höhe von 476,81 Milliarden Euro tätigen. Im Regierungsentwurf für 2024 fielen die Ausgaben noch um 31,12 Milliarden Euro geringer aus. Gegenüber dem Vorjahressoll steigen die Ausgaben um 3,4 Prozent. 2023 lag das Soll bei 461,2 Milliarden Euro. Laut vorläufigem Haushaltsabschluss lagen die tatsächlichen Ausgaben bei 457,1 Milliarden Euro.

Neuverschuldung im Rahmen der Kreditobergrenze

Die Nettokreditaufnahme (NKA) soll bei 39,03 Milliarden Euro liegen und damit im Rahmen der Schuldenbremse des Grundgesetzes. Im Regierungsentwurf fiel die Nettokreditaufnahme noch um 22,47 Milliarden Euro geringer aus. Grund für die erhöhte Möglichkeit zur Nettokreditaufnahme sind die eingetribenen Konjunkturaussichten. 2023 lag die Nettokreditaufnahme im Soll bei 27,4 Milliarden Euro. Für 2023 hatte der Bundestag im Dezember noch eine Ausnahme von der Schuldenbremse beauftragt. Laut vorläufigem Haushaltsabschluss lag die tatsächliche NKA bei 27,2 Milliarden Euro.

Steigende Steuereinnahmen, höhere Rücklagenentnahme

Einnahmenseitig werden die Steuereinnahmen nunmehr mit 377,61 Milliarden Euro taxiert, 2,27 Milliarden Euro mehr als im Regierungsentwurf. Die sonstigen Einnahmen liegen mit 60,17 Milliarden Euro um 6,38 Milliarden Euro über dem Regierungsentwurf. Grund hierfür ist unter anderem eine höhere Entnahme aus der Rücklage. Diese weiteren finanziellen Spielräume gab es, weil 2023 doch nicht so viel Geld ausgegeben wurde wie eigentlich geplant. Damit konnten die Haushalter auch in diesem Jahr auf die noch während der Großen Koalition gebildete Rücklage zurückgreifen. In diese Rücklage waren Überschüsse, tatsächlich handelt es sich um ungenutzte Kreditermächtigungen, aus den Jahren der Schwarzen Null eingeflossen, die auch während der Corona-Krise nicht angetastet worden waren.

Sondereffekte bei den verbuchten Investitionen

Für Investitionen sind im laufenden Jahr 70,5 Milliarden Euro im Etat ausgewiesen. Der Ansatz liegt deutlich über dem Vorjahr (Soll: 61,1 Milliarden Euro, Ist: 55,0 Milliarden Euro) sowie über dem Regierungsentwurf mit 52,2 Milliarden Euro. Grund dafür sind die haushaltsrechtlich als Investitionen zu buchende Erhöhung des Eigenkapitals bei der Deutschen Bahn und das geplante Darlehen für das Generationenkapital. Eigentlich hatte das Darlehen schon im vergangenen Jahr fließen sollen, doch bisher gibt es dafür keine gesetzliche Grundlage.

Hohe Kosten für den Schuldendienst

Für den Schuldendienst sind im laufenden Jahr Ausgaben in Höhe von 37,41 Milliarden Euro vorgesehen. Das sind 633 Millionen Euro mehr als im Regierungsentwurf vorgesehen war. Gegenüber dem Vorjahr fällt der Ansatz um 1,13 Milliarden Euro geringer aus. Für die Zinsen auf Bundesanleihen sollen zum Beispiel 15,45 Milliarden Euro gezahlt werden. *scr*

Deutschland schwächelt

WIRTSCHAFT Der Etat von Minister Robert Habeck schrumpft um 3,5 Milliarden Euro

Wie geht es Deutschland? Das kommt wohl drauf an, wen man fragt. Andreas Mattfeldt (CDU) hält das Land für einen Sanierungsfall. Der Bundeswirtschafts- und Klimaschutzminister Robert Habeck (Grüne) meint, dieses Land habe jeden Grund, optimistisch zu sein. Die Wahrheit dürfte, wie so oft, in der Mitte liegen. Gelegenheit, dem anderen die eigenen Argumente nahe zu bringen, hatten die beiden Kombattanten am vergangenen Donnerstag, als sich der Bundestag mit dem Einzelplan 09 des Haushaltsgesetzes 2024, befassete. In zweiter Beratung stimmten die Koalitionsfraktionen SPD, Grüne und FDP anschließend der vom Haushaltsausschuss geänderten Fassung (20/8609, 20/8661) zu, dagegen stimmten die Oppositionsfraktionen CDU/CSU und AfD.

»Deutschland ist das wirtschaftliche Schlusslicht in Europa.«
Andreas Mattfeldt (CDU)

Elf Milliarden Euro Der Etat des Bundesministeriums für Wirtschaft und Klimaschutz umfasst Ausgaben von 11,09 Milliarden Euro – etwa so viel wie der Regierungsentwurf vorsah (10,99 Milliarden), aber 3,5

Milliarden Euro weniger als im Vorjahr. Die Verpflichtungsermächtigungen summieren sich auf 7,19 Milliarden Euro. Auf der Einnahmeseite steht ein Plus von 786 Millionen Euro im Vergleich zum Entwurf, was mit Einnahmen aus den Offshore-Ausschreibungen durch das Windenergieauf-See-Gesetz zusammenhängt. Hinzu kommen noch Gelder aus dem Sondervermögen des Klima- und Transformationsfonds. (siehe Artikel unten).

Gewinner Knapp die Hälfte der geplanten Ausgaben entfällt auf den Bereich „Innovation, Technologie und neue Mobilität“, für den 4,56 Milliarden Euro eingeplant sind. Auf die „neue Mobilität“ entfallen davon 589,38 Millionen Euro. Darin enthalten ist ein Zukunftsinvestitionsprogramm für die Auto- und Autozulieferindustrie. Zu den größten Gewinnern der parlamentarischen Beratung zählt der Titel „Investitionen zum Schutz des Klimas und der Biodiversität im Ausland“, der um 50 Millionen auf 735 Millionen Euro erhöht wurde. Der Mittelansatz zur Stärkung der Fachkräftesicherung soll 2024 höher ausfallen, als von der Bundesregierung geplant. Es

soll 980.000 Euro mehr im Bereich der beruflichen Bildungs- und Fortbildungseinrichtungen geben, eine Erhöhung auf 38 Millionen Euro. Mit 25,38 Millionen Euro schlägt die Fachkräftesicherung für kleine und mittlere Unternehmen zu Buche, ein Plus von 5,86 Millionen Euro.

Atompolitischer »Geisterfahrer« Die Debatte am Donnerstag eröffnete Christdemokrat Mattfeldt, der ein düsteres Bild der Lage im Land zeichnete. Die Ampel habe es geschafft, dass Deutschland – wie einst zu Beginn der 2000er Jahre unter Rot-Grün – „wirtschaftlich Schlusslicht in Europa sei, ein Sanierungsfall. Minister Habeck (Grüne) warf er stures Festhalten an der Energieende vor. Mit seiner Ablehnung der Atomkraft mache Habeck Deutschland international zum „Geisterfahrer.“ Felix Banaszak (Grüne) stellte fest, dass trotz schmerzhafter Einsparungen mit dem Haushalt 2024 „die wichtigen Programme für die Zukunftsfähigkeit unseres Landes in ihrer Substanz erhalten und in Teilen ja sogar gestärkt wurden: Wir werden dieses Land klimaneutral machen und als Industriestandort erhalten.“ Die Energiewende sei unbezahlbar, sagte hingegen Wolfgang Wiehle (AfD). Am Ende werde sie in Summe „zehn Billionen Euro“ kosten. Nach dem Urteil aus Karlsruhe, das den ursprünglichen Gesetzentwurf für verfassungswidrig erklärt hatte, sei die



Panik in der Ampel deshalb groß gewesen. „60 Milliarden Euro fehlten. Um diese zu ersetzen, erhöhen Sie Steuern und Abgaben und lassen die Bürger leiden“, kritisierte Wiehle.

»Schwarzmalerei« kritisiert Ohne Frage habe das Land derzeit Probleme, sagte Frank Junge (SPD). Aber die Schwarzmalerei der Union schade dem Land im internationalen Wettbewerb. Zumal es doch so sei: „Die Optimisten haben uns Anfang 2023 ein Abschwächen der Wirtschaftskraft in Höhe von minus fünf Prozent prognostiziert und die Pessimisten in Höhe von minus zehn Prozent. Gelandet sind wir bei minus 0,4 Prozent“, sagte

Junge. Und das sei der Politik der Ampel zuzuschreiben. Karsten Klein (FDP) erinnerte daran, dass „die meisten“ der gegenwärtig zahlreichen Krisen, mit denen Deutschland konfrontiert sei, aus Zeiten stammten, in denen die Union regierte: Die Ampel jedoch sei vom Reden ins Tun gekommen und habe zum Beispiel mit dem Fachkräfteeinwanderungsgesetz auf den demographischen Wandel reagiert.

Sondervermögen Wirtschaftsminister Habeck kritisierte scharf die am Mittwoch von Unions-Fraktionschef Friedrich Merz vortragene Absage an jede Zusammenarbeit mit Bundesregierung und Ampel-Parteien und machte der Union dessen ungeachtet ein Angebot. Er verwies auf die Forderungen nach einer Reform der Schuldenbremse. Auch wenn es dafür derzeit keine politische Mehrheit gebe, gebe es vielleicht einen Weg „hier zusammenzukommen“, sagte der Vizekanzler. „Was wäre, wenn wir ein Sondervermögen einführen würden, um die strukturellen Probleme zu lösen“, schlug er vor. „Dafür brauchen wir ein gemeinsames Gespräch, und dazu lade ich ein“, sagte Habeck. Die Reaktion kam prompt: Der Vorschlag stieß nicht nur bei CDU und CSU auf Ablehnung, auch Lukas Köhler vom Koalitionspartner (FDP) erteilte schuldenfinanzierten Maßnahmen umgehend eine Absage. *Michael Schmidt*

Rotstift regiert im Klima- und Transformationsfonds

SONDERVERMÖGEN Das Urteil des Bundesverfassungsgerichtes führt zu zahlreichen Einschnitten

Beim Klima- und Transformationsfonds (KTF) musste die Koalition im parlamentarischen Verfahren kräftig eingreifen. Das Sondervermögen war vom Urteil des Bundesverfassungsgerichtes aus dem November 2023 unmittelbar betroffen: Mit dem für verfassungswidrig und nichtig erklärten zweiten Nachtragshaushalt hatte die Koalition 60 Milliarden Euro an 2021 nicht benötigten Kreditermächtigungen in den Fonds übertragen. Die sind nun futsch. Damit steht die finanzielle Planung für langfristig angelegte Klima-, Transformations- und wirtschaftspolitische Projekte in Frage. Man habe „harte Spurenscheidungen“ treffen müssen, sagte SPD-Haushälter Dennis Rohde am Freitag über die Planung für den KTF. Der Wirtschaftsplan des Sondervermögens spiegelt das wider: In diesem Jahr sind Ausgaben von 49,13 Milliarden Euro für Investitionen, Zuweisungen und Zuschüsse vorgesehen. Im Regierungsentwurf des Haushaltsplanes – der vor dem Urteil aus Karlsruhe entstand – waren noch 57,6 Milliarden Euro dafür ausgewiesen. Ein Minus von satten 15 Prozent. Auch bei den Verpflichtungsermächtigungen (VE) für die nächsten Haushaltsjahre zeigt sich der Rotstift deutlich. Die Einnahmen speisen sich zum einen aus dem Emissionshandel. Dafür sind in diesem Jahr 8,19 Milliarden Euro veranschlagt. Hin-

zu treten die Einnahmen aus der CO2-Bepreisung, die mit 12,25 Milliarden Euro veranschlagt sind, 1,3 Milliarden Euro mehr als im Regierungsentwurf. Zum anderen ist eine Entnahme aus der Rücklage, das sind alte Kreditermächtigungen, in Höhe von 29,01 Milliarden Euro vorgesehen.

Kürzungen Gekürzt wird etwa bei den Modellprojekten im Öffentlichen Personennahverkehr. 127 Millionen Euro beträgt der Ansatz nach 141 Millionen Euro im Entwurf. Die Verpflichtungsermächtigungen für die Haushaltsjahre ab 2027 – rund 27 Millionen Euro – sind gestrichen. Auch bei den Mitteln für die energetische Stadtsanierung fielen die VE für die nächsten Haushaltsjahre fast komplett den Rotstift zum Opfer – von 65 Millionen Euro auf 10.000 Euro – der 2024er-Ansatz liegt bei 45,3 statt bei 78,3 Millionen Euro. Für die „Maßnahmen zur Weiterentwicklung Elektromobilität“ sind mit 359 Millionen Euro rund 86 Millionen Euro weniger vorgesehen als im Entwurf, die VE wurden von 350 Millionen Euro auf 64 Millionen Euro zusammengestrichen. Zusammengestrichen wurde auch die Förderung zur Entwicklung regenerativer Kraftstoffe. Rund 70 Millionen Euro statt 84 Millionen Euro im Entwurf stehen in diesem Jahr zur Verfügung, die VE fallen mit 100 Millio-

nen Euro um knapp 650 Millionen Euro geringer aus. Maßnahmen zum natürlichen Klimaschutz sollen in diesem Jahr mit 742 Millionen Euro statt mit 963 Millionen Euro bezuschusst werden können, die VE steigen aber auf 2,84 Milliarden Euro gegenüber 2,8 Milliarden Euro im Entwurf. Für die Förderung von Fahrradparkhäusern an Bahnhöfen sind 2024 nur noch zehn Millionen Euro nach 29 Millionen Euro im Regierungsentwurf vorgesehen, die VE wurden von 83 Millionen Euro auf 45 Millionen Euro zusammengestrichen. Bei der Förderung für Produktionskapazitäten für Transformationstechnologien halbierten die Haushalter den Ansatz auf 50 Millionen Euro in 2024 und für die VE auf 575 Millionen Euro. Für Zuschüsse zum Kauf elektronisch betriebener Fahrzeuge sind nur noch 210 Millionen statt 910 Millionen Euro vorgesehen, die VE sind von 90 Millionen Euro auf null gesetzt worden. Quasi auf null gefahren wurde die Ausgaben im Titel „Rohstoffe für die Transformation“. Der Regierungsentwurf hatte 2024 24 Millionen Euro vorgesehen und VE von 356 Millionen Euro.

Aufgestockt Erhöht werden hingegen die Zuschüsse an stromintensive Unternehmen, und zwar auf 3,9 Milliarden Euro nach 2,63 Milliarden Euro im Regierungsentwurf. Ebenfalls mehr Mittel sind für die „Anpassung ur-

baner und ländliche Räume an den Klimawandel“ vorgesehen, und zwar 277 Millionen Euro nach 118 Millionen Euro im Entwurf – das Programm bezog sich damals aber nur auf urbane Räume. Als VE sind 277,2 Millionen Euro vorgesehen. Auch für die „Sanierung kommunaler Einrichtungen in den Bereichen Sport, Jugend und Kultur“ stehen weiter Gelder zur Verfügung. Für 2024 sind es 125 Millionen Euro nach 112 Millionen Euro im Regierungsentwurf. Für die nächsten Jahre sind weitere 416 Millionen Euro als VE ausgebracht. Das war im Entwurf noch nicht vorgesehen. Neu im Wirtschaftsplan ist der Titel für Wohneigentumsförderungen, unter dem die Wohneigentumsförderung für Familien und das Programm „Jung kauft Alt“ aufgeführt sind, dafür sind 49 Millionen Euro in diesem Jahr und 676 Millionen Euro als VE eingestellt.

Umgang mit Krediten In den Haushaltsdebatten umstritten war die Frage, wie die genutzten Kreditermächtigungen im Sondervermögen zu qualifizieren sind. Aus Sicht von Union und AfD hätten die so aufgenommenen Schulden nach dem Verfassungsgerichts-urteil auf die Schuldenregel angerechnet werden müssen. Die Koalition teilt diese Auffassung nicht. *scr*

Anzeige

Ein Gesamtüberblick der europäischen Politik 2022/2023



Jahrbuch der Europäischen Integration 2023

Herausgegeben von Prof. Dr. Dr. h.c. Werner Weidenfeld und Prof. Dr. Wolfgang Wessels
2023, 595 S., brosch., 94,- €
ISBN 978-3-7560-0446-1
E-Book 978-3-7489-3940-5

Das *Jahrbuch der Europäischen Integration 2023* zeichnet die europapolitischen Ereignisse des Berichtszeitraums 2022/2023 nach und informiert über die Arbeit der europäischen Institutionen, die Entwicklung der einzelnen Politikbereiche der EU, Europas Rolle in der Welt und die Europapolitik in den Mitgliedstaaten und Kandidatenländern.

Nomos eLibrary nomos-elibrary.de

Portofreie Buch-Bestellungen unter nomos-shop.de
Alle Preise inkl. Mehrwertsteuer





Was ist gerecht?

ARBEIT UND SOZIALES Die Regierung erntet Kritik für die Erhöhung des Bürgergeldes. Der Minister kontert, Arbeit mache immer den Unterschied und spricht von falschen Behauptungen

Mit dem „Job-Turbo“ sollen ukrainische Geflüchtete schneller Arbeit finden. Diese Krankenschwester braucht ihn nicht mehr.

© picture-alliance/dpa/Federico Gambarini

Auf der Suche nach den Millionen, die auch im Etat des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales (BMAS) eingespart werden müssen, ist Arbeitsminister Hubertus Heil (SPD) auch bei den „Totalverweigerern“ gelandet, also jenen Menschen im Bürgergeld-Bezug, die sich wiederholt weigern, eine Arbeit anzunehmen. Die Diskussion darum mutet etwas merkwürdig an, denn in ihr wird gleichzeitig betont, dass es sich nur um einen verschwindend geringen Prozentsatz der Bürgergeld-Beziehenden handelt, es aber dennoch ein Sparpotenzial von 170 Millionen Euro pro Jahr gibt. Denn künftig soll der Regelsatz von 563 Euro für zwei Monate komplett gestrichen werden, wenn jemand die Arbeitsaufnahme wiederholt verweigert. Die Bürgergeld-Idee von SPD und Grünen erhält dadurch erhebliche Kratzer. Aber der Union, die das Bürgergeld in seiner jetzigen Variante ohnehin ablehnt, reicht das nicht. Sie kritisierte in der Schlussdebatte über den Etat des BMAS für 2024 die Erhöhung des Regelsatzes scharf, und auch die AfD stellte fest, Arbeit würde sich nun nicht mehr lohnen.

Schlussendlich billigte der Bundestag den Etat des BMAS von beachtlichen 175,68 Milliarden Euro (2023: 166,23 Milliarden Euro), der damit mehr als ein Drittel des gesamten Bundeshaushalts ausmacht. Erwartungsgemäß stimmten sowohl die CDU/CSU-Fraktion als auch die AfD-Fraktion gegen die Gesetzesvorlage und die Beschlussempfehlungen (20/7800; 20/7802; 20/8661).

Trotz Kürzungen bei den zusätzlichen Zuschüssen des Bundes an die Rentenversicherung bleibt die Rente der mit Abstand größte Ausgabenposten. Knapp 126 Milliarden Euro sind dafür eingeplant. Auf dem zweiten Platz rangiert die Grundsicherung für Arbeitssuchende mit 47,15 Milliarden Euro. Dazu gehören sowohl Gelder für die Arbeitsvermittlung als auch für das Bürgergeld. Der Ansatz für letzteres wurde von 24,3 auf 26,5 Milliarden Euro erhöht.

Pippi-Langstrumpf-Manier Silke Launert (CDU) sagte: „Der Koalitionsvertrag war von Anfang an nicht durchfinanziert, das ist Ihr Problem.“ Sie attestierte der Haushaltspolitik der Ampel-Koalition „Pippi-Langstrumpf-Manier“. Jener Etat, der besonders durch soziale Gerechtigkeit geprägt sein sollte, sei dies vor allem wegen der Kosten für das Bürgergeld nicht mehr. Die SPD sei schon lange keine Partei der

arbeitenden Menschen mehr, sondern vielmehr eine „Partei für die Arbeitslosen“ geworden, so Launert. Kathrin Michel (SPD) konterte und warf der Union wegen des Zurückziehens ihrer Änderungsanträge Arbeits- und Realitätsverweigerung vor: „Hören Sie auf mit dieser Hasenfüßigkeit und damit, Deutschland schlecht zu reden. Fangen Sie endlich an, sich mit uns für die Demokratie einzusetzen. Die gibt es nicht zum Nulltarif.“ Michel stellte zufrieden fest, dass es der Koalition gelungen sei, unter schwierigen Bedingungen den Haushalt so zu gestalten, dass bei sozialen Leistungen nicht gespart werden müsse.

René Springer (AfD) sagte: „Die Massenmigration ist ein Minusgeschäft, das unseren Sozialstaat instabiler macht. Und auch ausländische Fachkräfte werden den Arbeitsmarkt und Sozialstaat nicht retten können.“ Anstatt Abschiebungen im großen Stil umzusetzen, wie es der Kanzler angekündigt habe, mache die Regierung „importierte Probleme“ zu unseren.

Politische Motivation Markus Kurth (Grüne) kritisierte die Union scharf: „Sie haben doch 300 Änderungsanträge vorbereitet! Es war eine politische Entscheidung von Friedrich Merz, das Haushaltsverfahren zu delegitimieren. Es ist aber gefährlich für eine Demokratie, wenn man Gräben beschwört anstatt nach Möglichkeiten der Zusammenarbeit zu suchen.“ Kurth verwies auf die stabile Finanzierung der Eingliederungsmittel für Arbeitssuchende und für den sozialen Arbeitsmarkt. Wenn der Union das Thema Arbeit so wichtig sei,

solle sie sich lieber dazu äußern, anstatt das Bürgergeld in Verruf zu bringen. „Wir müssen aufhören mit dem Schlechtrede, wir haben eine Rekordbeschäftigung und eine stabile Rentenversicherung.“

Pascal Kober (FDP) betonte, nach 16 Jahren liegende Reformen habe die Ampel-Koalition es mit keinem einfachen Umfeld zu tun. So hätte das Einwanderungsgesetz schon viel früher kommen müssen. Die Koalition habe diese Baustellen nun beachtet und unter anderem die Hürden für den Spracherwerb abgesenkt. Dies sei eine Politik, die an den Realitäten orientiert sei.

Gesetz zur Tarifbindung Arbeitsminister Heil begründete, wie schon so oft in seiner Amtszeit, warum es richtig sei, nicht am Sozialen zu sparen: „Der Sozialstaat ist kein nice-to-have, sondern zentral für den gesellschaftlichen Zusammenhalt in diesem Land und ein Standortfaktor, weil er Stabilität garantiert.“ Der Minister betonte, die Erhöhung des Mindestlohns habe mehr als zwei Millionen Beschäftigte aus dem Niedriglohnssektor herausgeholt. „Und wir gehen diesen Weg weiter! Wir wollen, dass Arbeit sich noch mehr lohnt. Nicht nur durch den Mindestlohn, sondern auch durch eine stärkere Tarifbindung.“ Ein entsprechendes Gesetz kündigte er für das Frühjahr an. Im Übrigen sei der Mindestlohn seit seiner Einführung 2015 stärker gestiegen als die Grundsicherung. Deshalb habe sich auch der Lohnabstand nicht geändert und die Union solle endlich aufhören, das Gegenteil zu behaupten, kritisierte Heil.

Claudia Heine

Wenig Spielraum im Gesundheitshaushalt

GESUNDHEIT Etat schrumpft auf 16,7 Milliarden Euro

Nach den gewaltigen Ausgaben in der Corona-Pandemie ist der Gesundheitsetat fast wieder auf Vorkrisenniveau geschrumpft. Zwar sind im Haushalt 2024 immer noch pandemiebezogene Ausgaben zu finden, aber nicht annähernd in der Höhe wie in den Vorjahren. Inhaltlich überlagern längst die Debatten über die Krankenhausreform oder die Digitalisierung im Gesundheitswesen das Corona-Thema.

Trotz der Haushaltskrise ist der Gesundheitsetat für 2024 in den Schlussberatungen noch einmal leicht aufgestockt worden. Die Haushalter verständigten sich auf Ausgaben in Höhe von rund 16,7 Milliarden Euro, wie aus der Vorlage (20/8662) hervorgeht. Das sind rund 488 Millionen Euro mehr, als im Entwurf zunächst vorgesehen, aber rund 7,77 Milliarden Euro weniger als im Vorjahr. 2023 lag der Etatansatz bei rund 24,5 Milliarden Euro. Im Jahr 2022, bedingt durch die hohen Ausgaben in der Pandemie, hatte der Gesundheitshaushalt mit rund 65,4 Milliarden Euro einen Rekordstand erreicht.

Der mit Abstand größte Teil der Ausgaben entfällt erneut auf die Zuwendungen des Bundes an den Gesundheitsfonds. Für die pauschale Abgeltung der Aufwendungen der Krankenkassen für gesamtgesellschaftliche Aufgaben werden wieder 14,5 Milliarden Euro veranschlagt. Die Opposition lehnte den Etat geschlossen ab.

In der Schlussberatung am Donnerstag kritisierten Redner der Unionsfraktion fehlende Reformen im Gesundheitssektor. Vor allem Vorschläge für eine langfristige Finanzierung der Gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) und der sozialen Pflegeversicherung (SPV) lägen nicht vor. Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach (SPD) wies die Kritik zurück und kündigte erneut zahlreiche Reformgesetze an.

Pflege Helge Braun (CDU) würdigte, dass in den Beratungen noch zahlreiche Verbesserungen in den Etat hineinverhandelt werden seien. Allerdings klemme es nach wie vor an vielen Stellen. So werde der Pflegevorsorgefonds „geplündert“. Zudem liefen Programme für die Anwerbung von Pflegefachkräften aus dem Ausland aus. Braun warnte, laut einer aktuellen Studie fehlten bis 2035 rund 500.000 Pflegekräfte. Er kritisierte auch die stockende Krankenhausreform und die Probleme bei der ambulanten Versorgung. Ärzte, Apotheker und Pfleger seien „desillusioniert“.

Die AfD stört sich an den Mitteln für die internationale Gesundheitspolitik. Wolfgang Wiehle (AfD) sagte in Anspielung auf den geplanten Pandemievertrag der Weltgesundheitsorganisation (WHO) und die mögliche Verschärfung der internationalen Gesundheitsvorschriften, überstaatliche Organisationen dürften nicht „übergriffig“ werden. Die Pandemiebereitschaftsverträge bezeichnete er als „Relikt“ der Corona-Zeit.

Long-Covid Svenja Stadler (SPD) würdigte die in den Ausschussberatungen erreichten Verbesserungen im Haushalt. Als Beispiel

fürte sie die aufgestockten Gelder für die Forschung an Long-Covid an. Bei dem Krankheitsbild seien viele Fragen offen, die Versorgungsstrukturen seien ebenso unzureichend wie die wissenschaftlichen Erkenntnisse. Die Forschung dazu sei eine Investition in die gesundheitliche Zukunft.

Corona-Betrüger Paula Piechotta (Grüne) warf der Opposition vor, keine eigenen Lösungsvorschläge zu präsentieren. Sie ging

Etat Gesundheit 2024

Ausgaben
16,71 Mrd. €
(2023: 24,48 Mrd. €)

3,5%
am Gesamtetat

Größte Ausgabenposten

- Zuschuss an den Gesundheitsfonds für gesamtgesellschaftliche Aufgaben: 14,5 Mrd. €
- Finanzierung der Pandemiebereitschaftsverträge: ca. 0,49 Mrd. €

in ihrer Rede auf Corona-Betrüger ein, die dem System schwer geschadet hätten. Das Bundeskriminalamt gehe davon aus, dass allein 1,2 Milliarden Euro in die Hände von Leuten gelangt seien, die mit fingierten Corona-Testzentren betrogen hätten. Zudem stünden einige Apotheker im Verdacht, das vom Staat kostenlos zur Verfügung gestellte Corona-Medikament Paxlovid illegal weiterverkauft zu haben. Solche Pannen dürften nicht noch einmal passieren.

Die FDP-Fraktion forderte einen sorgsameren Umgang mit den Finanzen im Gesundheitssystem. Karsten Klein (FDP) warnte: „Die Finanzierung des Gesundheitssystems ist an einem Scheideweg.“ In der vergangenen Legislaturperiode seien viele Leistungsgesetze beschlossen worden mit erheblichen Kostensteigerungen für die GKV. Mit Blick auf die Krankenhausreform erinnerte er daran, dass die Länder seit Jahren ihren Investitionsverpflichtungen nicht nachkämen. Das führe zu einer „extremen Schieflage“. Er forderte, das Finanzierungsproblem endlich zu lösen. „Das ist eine Zeitbombe, die vor Ort tickt.“

Lauterbach versprach Abhilfe und signalisierte eine baldige Einigung mit den Ländern. „Wir sind auf der Endstrecke“. Er versicherte: „Wir werden eine gute Reform mit den Ländern abschließen.“ Mit Blick auf die klammen Finanzen erinnerte er daran, dass er bei seinem Amtsantritt ein Defizit in der GKV von 17 Milliarden Euro übernommen habe, das größte Defizit aller Zeiten. Und nun müsse er sich Kritik dafür anhören, dass noch keine Finanzierungsreform vorliege. Er betonte, einige Reformen hätten schon vor Jahren angegangen werden müssen.

Claus Peter Kosfeld



Die geplante Krankenhausreform war bei den Haushaltsberatungen ein wichtiges Thema, denn es geht um sehr viel Geld.

© picture-alliance/dpa | Christian Charisius

Kehrtwende im Haushalt des Familienministeriums

FAMILIE Die Kürzungen bei den Freiwilligendiensten sind vom Tisch, der Kinderzuschlag wird erhöht. Abstriche gibt es beim Elterngeld für »Bestverdienende«

Zunächst sah es nicht gut aus für die Finanzplanung 2024 des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. Massive Kürzungspläne sorgten im Spätsommer 2023 für deutliche Verunsicherung, unter anderem bei den Freiwilligendiensten. Fast wie ein Wunder mutet es nun an, dass der diese Woche beschlossene Haushalt für das Ministerium die meisten dieser Kürzungen nicht nur zurücknehmen, sondern an einigen Stellen sogar ein leichtes Plus vorweisen konnte.

Demnach kann das Familienministerium knapp 14 Milliarden Euro ausgeben (2023: 13,57 Milliarden Euro). Die Erleichterung darüber war den Koalitionsfraktionen SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP deutlich anzumerken. Die Unionsfraktion kritisierte dagegen das „Hin und Her“ als Zeichen einer fehlenden Strategie, und die AfD erneuerte ihre Grundsatzkritik an den durch das Ministerium geförderten Projekten für Demokratie und Vielfalt.

Fast der gesamte Haushalt des Ministeriums ist für gesetzliche Leistungen wie das Elterngeld (knapp acht Milliarden Euro) oder Kindergeld und Kinderzuschlag (knapp drei Milliarden Euro) reserviert. Darüber hinaus werden aus dem Etat auch der Bundesfreiwilligendienst und andere Freiwilligendienste finanziert, bei denen ursprünglich deutliche Einschnitte geplant waren. Nun bekommen die Freiwilligendienste sogar rund zwei Millionen Euro mehr als 2023. Im Bereich der Kinder- und Jugendpolitik wird insgesamt deutlich gekürzt. Jedoch konnten beim Kinder- und Jugendplan des Bundes die Mittel nochmal um 44 Millionen Euro erhöht werden. An der Finanzierung von Projekten zur Demokratieförderung hat sich mit rund 200 Millionen Euro nichts geändert.

Paul Lehrieder (CSU) traute der Kehrtwende angesichts enger werdender finanzieller Spielräume nicht über den Weg, diese müsse „mit Vorsicht“ genossen werden. Er kritisierte

die 400 Millionen Euro teuren Verwaltungskosten für die geplante Kindergrundsicherung und die Kürzungen beim Elterngeld, die abgeschwächt erhalten geblieben sind. „Damit behindern Sie die Gleichstellung und zwingen Frauen wieder, sich zwischen Küche und Karriere entscheiden zu müssen“, sagte er.

Bruno Hönel (Grüne) widersprach: „Die Kürzungen beim Elterngeld betreffen einen winzigen Anteil, nämlich unter zwei Prozent der Eltern und nicht die breite Masse, und das ist gerecht.“ Im Übrigen stehe die Koalition zu ihren Prioritäten, zur Stärkung der Kinder- und Jugendpolitik, des freiwilligen Engagements und zur Finanzierung der Demokratieförderprojekte. „Wir müssen in unser Land investieren, und eine dieser Zukunftsinvestitionen ist der gesellschaftliche Zusammenhalt.“

Ulrike Schielke-Ziesing (AfD) ist genau diese Finanzierung ein Dorn im Auge. Sie warf der Bundesregierung vor, damit eine

„grüne Ideologie“ durchsetzen zu wollen. „Dahinter stehen Abertausende bezahlte Mitarbeiter, die ‚irgendwas mit Demokratie‘ machen“, sagte sie. Sie kritisierte außerdem die Finanzierung der Jugendorganisationen der Parteien, außer jener der AfD,

und betonte, es sei eigentlich genug Geld da, es werde nur falsch ausgegeben.

Felix Döring (SPD) setzte dem entgegen: „Die Millionen Menschen, die in den vergangenen Wochen auf die Straße gegangen sind, setzen sich für eine plurale Gesellschaft ein, und das geht ihnen gegen den Strich.“ Aber genau deshalb werde die Bundesregierung auch weiter 200 Millionen Euro für Demokratieförderung ausgeben, „und das ist richtig“. Döring freute sich außerdem darüber, dass die Kürzungen bei den Freiwilligendiensten zurückgenommen werden konnten. „Das ist eine riesige Leistung.“

Verhältnismäßige Einsparungen Claudia Raffelhüschen (FDP) betonte: „Ich bin froh, dass wir die Schuldenbremse einhalten müssen. Denn wenn es uns im Einzelplan 17 wirklich um unsere Kinder und Jugendlichen geht, sollten wir ihnen nicht mehr Schulden hinterlassen, sondern mehr

Spielräume für eigenverantwortliches Handeln.“ Nicht immer stünden allerdings die Einsparungen in einem guten Verhältnis zu dem, was durch sie verloren gehen könnte. Die Liberale zeigte sich vor allem erleichtert über abgewendete Kürzungen beim Kinder- und Jugendplan und beim Garantiefonds Hochschule.

Bundesfamilienministerin Lisa Paus (Grüne) verwies in ihrer Rede ebenfalls auf die Demonstrationen der vergangenen Wochen und verteidigte vor diesem Hintergrund die Finanzierung von Projekten, die sich für Demokratie, gegen Ausgrenzung und Rassismus einsetzen. „Wir setzen mit diesem Haushalt ein klares Zeichen für all jene, die sich vor Ort für eine aktive Zivilgesellschaft einsetzen.“ Darüber hinaus verwies sie aber auch auf die deutliche Erhöhung des Kinderzuschlags von 250 Euro auf bis zu 292 Euro monatlich und verteidigte die Einsparungen beim Elterngeld für „Bestverdienende“.

che

Etat Familie, Senioren, Frauen und Jugend 2024

Ausgaben
13,87 Mrd. €
(2023: 13,57 Mrd. €)

2,9%
am Gesamtetat

Größte Ausgabenposten

- Gesetzliche Leistungen für Familien: 12,45 Mrd. €
- Kinder- und Jugendpolitik: 0,58 Mrd. €

Koalition freut sich über Digitalprojekte

JUSTIZ Der Etat des Justizministeriums gehört traditionell zu jenen Einzelplänen, die den Haushältern wenig Spielraum für großvolumige Herzensprojekte lassen. Hinter dem niedrigsten Ausgabensatz aller Ministerien – 2024 sind 1,03 Milliarden Euro vorgesehen, 23 Millionen Euro mehr als im Vorjahr – verbirgt sich ein klassischer Verwaltungshaushalt. 609 Millionen Euro gehen ins Personal, 248 Millionen Euro in die sächlichen Verwaltungsausgaben. Damit wird nicht nur der Betrieb des Ministeriums sichergestellt, sondern auch der des Bundesamtes für Justiz, diverser Bundesgerichte sowie des Deutschen Patent- und Markenamts.

Diesen Etat (20/8607, 20/8661) brachte der Bundestag am Donnerstag mit Stimmen der Ampel-Fraktionen gegen die Opposition durch das Parlament. Der ebenfalls mit auferufene Einzelplan des Bundesverfassungsgerichtes passierte das Haus einstimmig.

Gegenüber dem Regierungsentwurf steigen die Ausgaben minimal, und zwar um vier Millionen Euro. Der Haushaltsausschuss drehte vor allem an den Zuschüssen für zivilgesellschaftliche und justizpolitische Organisationen. Die deutlichen Kürzungen im Regierungsentwurf im Vergleich zum Vorjahr waren bereits in der ersten Lesung kritisiert worden. Nun steht fest, dass etwa Hate Aid, eine Organisation, die sich gegen Hassrede im Netz einsetzt, weiter gefördert wird. Jeweils 600.000 Euro in diesem und für das nächste Jahr stehen im Etat. Ebenfalls erneut gefördert werden Projekte des Anne Frank Zentrums. Zudem wird aus dem Einzelplan wieder ein Wohnungsbauprojekt für in Armut lebende Holocaust-Überlebende in Israel gefördert. Konkret geht es laut Koalition diese Mal aber nicht um Wohnungen, sondern um Schutzanlagen wie Luftschutzbunker. Neu veranschlagt sind zudem Verpflichtungsermächtigungen für die kommenden Haushaltsjahre für Digitalprojekte, die Bund und Länder im Rahmen des Digitalpakts für Justiz gemeinsam umsetzen wollen.

In der Debatte freuten sich die Rednerinnen und Redner der Koalitionsfraktionen sowie Minister Marco Buschmann (FDP) über die Fortschritte bei den Digitalprojekten. Carsten Müller (CDU) kritisierte hingegen, dass die Ampel in diesem Bereich viel zu wenig investiere – und hinter den eigenen Forderungen aus der Vergangenheit zurückbleibe. Seine Fraktionskollegin Franziska Hoppermann (CDU) monierte, dass die Koalition den Justizetat überhaupt vernachlässige; der Etat sei auf „Kante genähert“. Angesichts des großen Vertrauens, dass die Bevölkerung der Justiz entgegenbrächte, sei es umso betrüblicher, dass die Bundesregierung nicht alles unternehme, die Funktionsfähigkeit dieser Institutionen zu stärken.

Buschmann und Vertreter der Koalition gingen auch auf die Bedrohung des Rechtsstaats und der Demokratie durch autoritäre und rechtsextreme Kräfte ein – und attackierten in diesem Zusammenhang die AfD scharf. Bruno Hönel (Bündnis 90/Die Grünen) zeigte sich dankbar gegenüber der Union, dass auch sie sich dafür einsetzen wolle, das Bundesverfassungsgericht besser zu schützen. Aktuell wird diskutiert, bisher einfachgesetzliche Regelungen zu dem Gericht grundsätzlich abzuschaffen.

Für die AfD-Fraktion warf Michael Ependiller dem Justizminister beim Thema Bürokratieabbau „Arbeitsverweigerung“ vor. Deutschland erlicke in einem „Dschungel aus Bürokratie und Ausgaben“. Es bedürfe eines „Befreiungsschlages“ in Form von Neuwahlen. *scr*



Bundespolizisten bewachen in Oktober 2023 unerlaubt eingereiste Migranten nahe der Grenze zu Polen. Für ihre Aufgaben kann die Bundespolizei in diesem Jahr 4,23 Milliarden Euro ausgeben, nach 4,14 Milliarden Euro im vergangenen Jahr. © picture-alliance/dpa/Patrick Pleul

Trotz Spardruck ein Plus

INNERES Nancy Faesers Etat liegt 2024 eine viertel Milliarde Euro über dem Vorjahreshaushalt

Für die Bundesinnenministerin haben sich die parlamentarischen Beratungen über ihren Haushalt für das laufende Jahr bezahlt gemacht: Auf gut 13,34 Milliarden Euro stockte der Haushaltsausschuss das Ausgabenvolumen des Bundesministeriums des Inneren und für Heimat (BMI) in seiner Beschlussempfehlung (20/8606, 20/8661) auf – das ist immerhin gut eine viertel Milliarde mehr, als dem Ressort im vergangenen Jahr zur Verfügung standen, und liegt mit mehr als 440 Millionen Euro sogar knapp eine halbe Milliarde über dem Etatentwurf der Bundesregierung (20/7800, 20/7802).

Dieser Bundeshaushalt, bilanzierte Nancy Faeser (SPD) denn auch im Bundestag bei der zweiten Lesung des BMI-Etats 2024 am Dienstag zufrieden, gebe ihr als Bundesministerin des Inneren und für Heimat das Notwendige an die Hand, um ihrer Verantwortung gerecht zu werden. Der Haushalt zeige „glasklar“, dass die Regierungskoalition die Innere Sicherheit stärke, Zuwanderung steuere und ordne und Integration und sozialen Zusammenhalt fördere. Auch beim Bevölkerungsschutz und bei der Digitalisierung werde das Land voran gebracht und ebenso gestärkt, „wenn es da-

rum geht, unserer Demokratie den Rücken zu stärken“.

Bei den Oppositionsfraktionen wurde das wenig überraschend ganz anders gesehen; vor allem die Migrationspolitik der „Ampel“ stieß bei ihnen erneut auf scharfe Kritik. Andrea Lindholz (CSU) konstatierte, dass Deutschland bei der Inneren Sicherheit, bei der Migration und beim Zivil- und Katastrophenschutz schlechter dastehe als vor zwei Jahren. So befinde man sich „mitten in der dritten großen Migrationskrise der Geschichte der Bundesrepublik“, die noch immer nicht gelöst sei. Notwendig seien konsequente Maßnahmen, um die illegale Zuwanderung zu stoppen. Dazu gehöre etwa, Asylbewerberleistungen verpflichtend nur noch als Sachleistungen oder mittels Geldkarte zu gewähren, fügte Lindholz hinzu. Zugleich forderte sie für den Zivil- und Katastrophenschutz „zehn Milliarden Euro in zehn Jahren“. Hier werde ein „komplettes Umdenken“ gebraucht. Martin Hess (AfD) warf Faeser vor, auf dem „islamistischen Auge blind“ zu sein und im Bereich der inneren Sicherheit die „völlig falschen Prioritäten“ zu setzen. Dadurch werde Deutschland jeden Tag unsicherer. Faesers „Narrativ von Rechtsextremismus als größte Sicherheitsgefahr“ ent-

spreche nicht der Realität. Es seien nicht Rechtsextreme, die die Gewaltdelikte „explodieren“ ließen oder die islamistische Terrorgefahr im Land verursachen. Die „massive Verschlechterung der Sicherheitslage in Deutschland“ sei vielmehr vor allem auf eine „enthemmte illegale Massmigration zurückzuführen“, die die CDU/CSU begonnen habe und die jetzt von der „Ampel“-Koalition fortgeführt werde. Nur die AfD wolle und werde diesen „sicherheitspolitischen Amoklauf“ beenden.

Demonstrationen begrüßt Jamila Schäfer (Grüne) begrüßte dagegen wie ähnlich zuvor auch Faeser die jüngsten Demonstrationen in Deutschland, bei denen hunderttausende Menschen aufstünden gegen Rassismus und die „Deportationsphantasien von AfD und Co.“. Den Rechtsextremismus bekämpfe man auch mit einer handlungsfähigen Innenpolitik, und die gehe die Koalition mit diesem Haushalt an. Deshalb habe sie den BMI-Etat trotz Spardrucks im parlamentarischen Verfahren um 442 Millionen Euro erhöht. Damit habe man beispielsweise das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (Bamf) gestärkt, damit die Asylverfahren beschleunigt werden können, und die Mittel für Integrationskurse erhöht.

Thorsten Lieb (FDP) sagte, der Schutz jüdischen Lebens und die Bekämpfung von Antisemitismus bleibe eine zentrale Aufgabe der deutschen Politik, so lange hierzu-lande jüdische Einrichtungen unter Poli-



der Ausländerbehörden bereitzustellen. Dies verringere Bürokratie und entlaste die Kommunen. Auch habe man zur Beschleunigung der Asylverfahren 350 zusätzliche Stellen beim Bamf beschlossen. Bei Integrationskursen stehe so viel Geld zur Verfügung wie noch nie, und beim Technischen Hilfswerk gebe es einen Aufwuchs um 15 Millionen Euro. Zudem gebe es 1.000 zusätzliche Stellen für die Bundespolizei.

Rückgängig gemacht Die Beschlussempfehlungen des Haushaltsausschusses nahm der Bundestag mit der Koalitionsmehrheit gegen die Stimmen der CDU/CSU- und der AfD-Fraktion an. Danach können allein für die Bundespolizei 4,28 Milliarden Euro ausgegeben werden nach 4,14 Milliarden Euro in 2023. Für den Bevölkerungsschutz und Katastrophenschutz sind rund 570 Millionen Euro veranschlagt. Der Bereich der Informationstechnik und Netzpolitik, Digitalfunk und moderne Verwaltung schlägt mit 1,09 Milliarden zu Buche. Fast vollständig rückgängig gemacht wurden die im Regierungsentwurf vorgesehenen Kürzungen im Etat der Bundeszentrale für politische Bildung, der nun knapp unter dem Vorjahresoll von 96 Millionen Euro liegt. Auch den Etat 2024 des Bundesbeauftragten für den Datenschutz und die Informationsfreiheit, Ulrich Kelber, verabschiedete das Parlament. Ihm stehen damit in diesem Jahr 45,4 Millionen Euro zur Verfügung nach 45,7 Millionen Euro im vergangenen Jahr. *Helmut Stoltenberg*

Roth kann Gamer fördern

KULTUR 100 Millionen Euro für Computerspielförderung

Museen, Kunst, Tanz, Musik, Filme, Serien, Festivals, Baudenkmäler – aus dem Etat der Bundesbeauftragten für Kultur und Medien, Claudia Roth (Bündnis 90/Die Grünen), wird die ganze Bandbreite des kulturellen Lebens gefördert. Ab diesem Jahr soll die Staatsministerin auch Computerspiele fördern dürfen. Insgesamt 100 Millionen Euro stellten die Haushälter der Koalition dafür in diesem und den folgenden beiden Jahren zur Verfügung. Damit sollen Anreize „zur Stärkung der Entwicklung und Produktion von Computerspielen in Deutschland“ gesetzt werden. Insgesamt sind im Kulturretat, der dem Ein-

zelplan 04 des Bundeskanzleramtes zugeordnet ist, Ausgaben in Höhe von 2,3 Milliarden Euro vorgesehen. Das sind rund 100 Millionen Euro weniger als im Vorjahr. Gegenüber dem Regierungsentwurf machte der Haushaltsausschuss aber noch einmal 144 Millionen Euro mehr locker. So sind mit 84,5 Millionen Euro nun 38,5 Millionen Euro mehr für „Zuschüsse für investive Kulturmaßnahmen im Inland“ vorgesehen. In den folgenden Haushaltsjahren sind 488,2 Millionen Euro dafür fest eingeplant. Für die „Substanzerhaltung und Restaurierung von unbeweglichen Kulturdenkmälern von nationaler Bedeutung“ und „Zuschüsse für national bedeutsame Kulturinvestitionen“ sind nunmehr 47,5 Millionen Euro eingeplant. Im Regierungsentwurf waren dafür keine Mittel eingestellt. Gekürzt wurde unter anderem bei der Förderung der Film- und Serienproduktion.

Weitere Förderung Nicht nur aus dem Kulturretat fließt im Übrigen Geld für die Computerspielbranche. Auch aus dem Bundeswirtschaftsministerium gibt es eine Förderung. Dort sind rund 50 Millionen Euro für die Stärkung des Games-Standortes eingestellt. Das Ministerium von Minister Robert Habeck (Grüne) ist auch für den Computerspielpreis zuständig. *scr*



Nächstes Level: Computerspiele werden nun aus dem Kulturretat gefördert. © picture-alliance / Jochen Beck

Union kritisiert intransparente Sparvorgabe

BILDUNG Fachpolitiker streiten über den effektivsten Einsatz der knappen Mittel. BaföG-Ansatz wird erhöht

Bildung und Forschung gelten als Schlüsselfaktoren für die Zukunft Deutschlands. Es verwundert daher nicht, dass Bildungspolitiker in der Haushaltswoche erneut auf die Bedeutung dieses Etats hinwiesen und die Aufstockung der Mittel 2024 im Vergleich zu 2023 im Grundsatz für richtig befanden, wengleich über einzelne Posten teils heftig gestritten wurde.

Mit den Stimmen der Ampel-Koalition und gegen das Votum von Union und AfD billigte der Bundestag am Dienstag den Etat des Bundesministeriums für Bildung und Forschung für 2024. Der Einzelplan 30 umfasst nunmehr Ausgaben in Höhe von rund 21,49 Milliarden Euro gegenüber 21,46 Milliarden Euro 2023 und 20,3 Milliarden Euro im Regierungsentwurf. Auch in diesem Etat hat die Koalition nach dem Urteil des Bundesverfassungsgericht zum Nachtragshaushalt 2021 noch einmal den Rotstift angesetzt: 200 Millionen Euro sollen eingespart werden. Dazu wurde die Globale Minderausgabe (GMA), die das Ministerium erwirtschaften muss, auf rund 699 Millionen Euro erhöht.

Herausforderung In der Schlussberatung räumte die zuständige Ministerin Bettina Stark-Watzinger (FDP) ein, die Aufstellung des Haushalts sei diesmal herausfordernd



gewesen. Dabei hätten die Bildung als wichtigster Faktor für Wohlstand und die Förderung von Forschung und Innovation im Vordergrund gestanden. Jeder Euro für die Bildung sei „ein Euro in die Zukunft unseres Landes“, sagte die Ministerin. Dem würde die Opposition nicht grundsätzlich widersprechen, allerdings bemängelte Kerstin Radomski (CDU), die um zwei Monate verlängerten Haushaltsberatungen hätten im Etat für Forschung und Bildung nicht zu mehr Klarheit geführt. Über dem Geld, das für 2024 zur Verfügung stehe, schwebte die GMA, das finanz-

politische Instrument zur Haushaltskonsolidierung. Die vorgesehenen Einsparungen seien intransparent. Das von den Ampel-Fraktionen in dem Zusammenhang regelmäßige Berichte angefordert würden, komme einem Misstrauensvotum aus den eigenen Reihen gleich.

Neue Technologien Christoph Meyer (FDP) erinnerte daran, dass der Etat um vier Milliarden Euro über dem Ansatz im Vorkrisenjahr 2019 liege. Dies sei ein Erfolg der Forschungs- und Bildungspolitik der Koalition. In den Beratungen hätten die Haushälter miteinander gerungen und den Entwurf besser gemacht. Der Fokus sei auf neue Technologien gelegt worden. Insgesamt sei dies trotz der knappen Kassen eine richtige Prioritätensetzung. Götz Frömming (AfD) wandte sich gegen Bestrebungen, als Antwort auf das PISA-Debakel die Zuständigkeit der Länder für die Bildung auf den Bund zu übertragen und dafür das Grundgesetz zu ändern. Auch in Bereichen, in denen der Bund zuständig sei, liege einiges im Argen. So werde die Ausbildungs- und Begabtenförderung deutlich reduziert. Wiebke Esdar (SPD) verwies auf die BAföG-Modernisierung, die sich an der Lebensrealität der Studierenden orientiere.

Mit der Bildungsgerechtigkeit werde Schluss gemacht. Es habe schmerzhaft Kürzungsvorschläge gegeben, die jedoch zurückgenommen worden seien, wie etwa bei der Batteriezellenforschung und synthetischen Kraftstoffen. Man müsse aber auch sehen, dass das Bundesverfassungsgerichtsurteil einen Effekt auf den Haushalt gehabt habe und der Etat um weitere 200 Millionen Euro über die GMA habe gekürzt werden müssen. Bruno Hönel (Grüne) betonte, mit dem Bildungsetat werde Zukunft gestaltet. Es sei gut, dass der Regierungsentwurf nachgebessert wurde. So gebe es zusätzliche Mittel beim BAföG, und bei der Gesundheitsforschung werde für mehr Geschlechtergerechtigkeit gesorgt. Wichtige Bildungs- und Forschungsbereiche erhielten endlich die verdiente Wertschätzung.

BAföG Größter Posten im Bildungshaushalt sind die Ausgaben für das BAföG. Den BAföG-Ansatz für Studierende erhöhte der Ausschuss um 150 Millionen Euro auf 1,52 Milliarden Euro. 1,25 Milliarden Euro wurden neu aufgenommen für Zuweisungen an die Länder zur Förderung von Investitionen in die digitale Infrastruktur für Schulen nach dem Digitalinfrastrukturgesetz. *Michael Wojtek*

Zehn Jahre liegt es zurück, dass sich die Nato-Mitgliedstaaten auf ihrem Gipfel in Wales darauf geeinigt haben, zukünftig zwei Prozent ihres Bruttoinlandsproduktes für Verteidigung auszugeben. In dieser Woche verkündete Verteidigungsminister Boris Pistorius (SPD), dass Deutschland dieses Ziel in diesem Jahr erstmal realisieren kann: „Mit dem Haushalt 2024 werden wir eine Nato-Quote von 2,1 Prozent erreichen.“ Erreicht werde dies durch den regulären Wehretat in Höhe von 51,95 Milliarden Euro und weiteren 20 Milliarden Euro aus dem Sondervermögen Bundeswehr, die in diesem Jahr für militärische Beschaffungen ausgegeben werden sollen. So sieht es der durch den Haushaltsausschuss geänderte Entwurf des Einzelplans 14 (20/8614, 20/8661) des Bundeshaushaltes vor, den der Bundestag am Mittwoch mit den Stimmen der Koalition gegen das Votum der Opposition billigte.

Die Haushälter des Bundestages hatten den Regierungsentwurf für den Verteidigungshaushalt noch einmal um 152 Millionen erhöht. Gegenüber 2023 steigt der reguläre Wehretat in diesem Jahr somit um 1,83 Milliarden Euro. Vor allem aber genehmigten sie weitere Verpflichtungsermächtigungen in Höhe von 7,22 Milliarden Euro, um zukünftige Beschaffungsvorhaben der Bundeswehr zu realisieren. Die Haushalts- und Verteidigungspolitiker der Ampelkoalition zeigten sich denn auch zufrieden in der Debatte. Die Verteidigungsausgaben in Höhe von 72 Milliarden Euro seien „das deutliche Signal an die Truppe und an unsere Bündnispartner innerhalb der Nato, dass wir bereit sind, das, was von uns erwartet wird, auch zu erfüllen“, befand Andreas Schwarz (SPD). Karsten Klein (FDP) bezeichnete die Realisierung des Zwei-Prozent-Ziels als „gelebte Zeitenwende“.

Auslaufen des Sondervermögens Das Urteil der Opposition hingegen fiel höchst kritisch aus. Das Zwei-Prozent-Ziel werde nur durch „Tricksereien“ erreicht, befand der Unionsabgeordnete Ingo Gädechens (CDU): „Unter anderem, indem man Kreditzinsen und Pensionslasten vergangener Jahre als Verteidigungsausgaben deklariert.“ Vor allem aber wisse die Regierungskoalition nicht, wie sie die Verteidigungsausgaben in der Zukunft finanzieren soll, wenn die 100 Milliarden Euro aus dem Sondervermögen ausgegeben sind. „56 Milliarden Euro fehlen der Bundeswehr nach aktuellen Zahlen aus dem Verteidigungsministerium im Jahr 2028“, führte Gädechens aus. „Wo das Geld herkommen soll, wenn keine lineare Steigerung des Verteidigungsetats vorgenommen wird, kann niemand sagen. Das ist alles andere als eine seriöse Haushaltspolitik.“ Der SPD-Haushälter Andreas Schwarz räumte auch ein, dass man „im Moment vielleicht noch nicht die Lösung parat“ habe für diese Frage. Aber es gebe „keine Denkverbote“. Man könne über „ein neues Sondervermögen oder über eine Reform

Zukunftssorgen

VERTEIDIGUNG Die Ausgaben steigen auf 72 Milliarden Euro. Aber die zukünftige Finanzierung ist ungewiss



Auf einsamen Wegen: Ein Soldat der Bundeswehr durchquert während einer Übung einen Wald. © picture-alliance/dpa/Philipp Schulze

der Schuldenbremse nachdenken.“ Das sieht man beim Koalitionspartner FDP allerdings kritisch. So warnte Karsten Klein ausdrücklich vor einer neuen Verstärkung. Das Sondervermögen sei in der „außergewöhnlichen Situation“ des Angriffskrieges Russlands auf die Ukraine aufgelegt worden. Aber die Verteidigungsfähigkeit Deutschlands „ist eine Daueraufgabe, und Daueraufgaben müssen aus laufenden Einnahmen finanziert werden“.

Waffenlieferungen die Ukraine Der AfD-Abgeordnete Michael Ependiller sieht die Verteidigungsfähigkeit Deutschlands vor allem durch die Waffenlieferungen an die Ukraine aus Beständen der Bundeswehr gefährdet. So sei im aktuellen Haushalt nachzulesen, dass die Abgabe von Material auch dann zulässig sei, wenn dies zu einer „vorübergehenden Beeinträchtigung der Einsatzbereitschaft und Aufgabenerledigung der Bundeswehr führt“. Zudem kritisierte Ependiller die Beteiligung einer „desolat ausgestatteten

Bundeswehr an fragwürdigen Auslandseinsätzen“. Durch Beendigung dieser „unethischen Auslandseinsätze“ könnten in den Etats des Verteidigungsministeriums und des Auswärtigen Amtes 697,5 Millionen Euro eingespart werden. Sebastian Schäfer (Grüne) sprach sich hingegen so wie die Vertreter der anderen Fraktionen für weitere Waffenlieferungen an die Ukraine aus. Angesichts des anhaltenden Angriffskrieges Russlands benötige die Ukraine dringend Munition. Zudem müsse sichergestellt werden, dass die gelieferten deutschen Panzer zeit- und ortsnah gewartet und instandgesetzt werden, um sie einsatzbereit zu halten. Er halte es zudem für „vertretbar“, dass für die Nachbeschaffung von gelieferter Ausrüstung 520 Millionen Euro aus dem Sondervermögen der Bundeswehr bereitgestellt werden. „Die Bundeswehr bekommt durchweg moderneres und besseres Gerät, als sie der Ukraine abgegeben hat“, sagte Schäfer mit Blick auf die Union, die dieses Verfahren als Verstoß gegen die gesetzli-

chen Regeln zum Sondervermögen kritisiert hatte. Mittelfristig werde die Verteidigungsfähigkeit der Bundeswehr dadurch gestärkt.

Taurus-Marschflugkörper Schäfer erneuerte zudem die Forderung seiner Fraktion, der Ukraine auch weitreichende Taurus-Marschflugkörper aus Beständen der Bundeswehr zu liefern. Verteidigungsminister Pistorius hielt sich in der Taurus-Frage hingegen bedeckt. Deutschland sei der zweitstärkste Unterstützer der Ukraine. Aber hierzulande werde nur über ein einzelnes Waffensystem gesprochen, schimpfte Pistorius. Der stellvertretende Fraktionsvorsitzende der Unionsfraktion, Johann David Wade-Phillip, nahm Schäfer beim Wort und forderte die Ampelkoalition auf, dem Bundestag spätestens im Februar einen Antrag über die Lieferung der Taurus-Marschflugkörper vorzulegen. Die Union werde diesen unterstützen. „Wer den Mund spitzt, muss auch pfeifen.“ Alexander Weinlein

Rotstift für Ministerin Baerbock

AUSWÄRTIGES Einbußen in Höhe von 770 Millionen Euro

Im September vergangenen Jahres schlugen Hilfsorganisationen wie die Welthungerhilfe Alarm: Mehr als 1,1 Milliarden Euro wollte die Bundesregierung mit ihrem Haushaltsentwurf bei der humanitären Hilfe und der Krisenprävention des Auswärtigen Amtes streichen. „Schmerzhaft“, nannte Außenministerin Annalena Baerbock (Grüne) diese Kürzung damals, mit Blick auf fehlende Mehrheiten könne man sich die Schuldenbremse aber nicht weg wünschen. Vier Monate später konnten die Vertreter der Ampelfraktionen in dieser Woche nun eine Teil-Entwarnung geben. Für die humanitären Hilfsmaßnahmen im Ausland sind auf die ursprünglich vorgesehenen 1,73 Milliarden Euro 500 Millionen Euro draufgepackt worden – wenn auch nicht 700 Millionen, wie von den Ampel-Haushältern ursprünglich gewollt. Auch insgesamt muss das Auswärtige Amt Einbußen in seinem Etat hinnehmen, den der Bundestag mit der Mehrheit von SPD, FDP und Grünen am Mittwoch beschlossen hat. In der vom Haushaltsausschuss geänderten Fassung (20/8605, 20/7800, 20/7802) sind für Baerbocks Haus Ausgaben in Höhe von 6,71 Milliarden Euro vorgesehen. Das sind zwar immer noch rund 552 Millionen Euro mehr als im Regierungsentwurf ursprünglich geplant (6,16 Milliarden Euro), aber eben doch 770 Millionen Euro weniger als noch 2023 (Soll: 7,48 Milliarden Euro).

Für Krisenprävention, Stabilisierung und Friedensförderung sollen 400,1 Millionen Euro zur Verfügung stehen, die Bundesregierung hatte dafür noch 409,57 Millionen Euro eingeplant. Den Beitrag an die Vereinten Nationen erhöhten die Haushälter von 389,11 Millionen Euro im Regierungsentwurf auf 394,04 Millionen Euro. Die Beiträge an Organisationen und Einrichtungen im internationalen Bereich hob der Ausschuss von 222,27 Millionen Euro im Regierungsentwurf auf 250,44 Millionen Euro an. Neben humanitärer Hilfe und Krisenprävention und nach den Ausgaben fürs Ministerium mit seinen zahlreichen Auslandsvertretungen sind das die größten Schwerpunkte im Etat.

Uneinigkeit Carsten Körber (CDU) beklagte einen „schlechten Stil“ der Koalition beim Zustandekommen dieses Haushalts. Das ganze Verfahren sei von Streit und Uneinigkeit der Ampel-Partner geprägt gewesen, und zwar schon vor dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts, das den „Taschenspielertricks“ der Ampel schließlich einen Riegel vorgeschoben habe. Es habe für diesen Haushalt keine Eckwerte gegeben, der Kabinettsbeschluss sei mehrfach verschoben worden und erst auf den letzten Drücker zustande gekommen, kritisierte Körber. „Ich wünsche mir von der Ampel, dass sie zu einem geordneten Miteinander zurückfindet.“ Jamila Schäfer (Bündnis 90/Die Grünen) entgegnete, dass es der Koalition trotz des Urteils aus Karlsruhe gelungen sei, einen „sehr guten“ Haushalt aufzustellen. So sei im parlamentarischen Verfahren der Etat insgesamt um 552 Millionen erhöht worden. Mit Blick auf die weltweit zunehmenden Krisen sei die Erhöhung bei der humanitären Hilfe um 500 Millionen gegenüber dem Regierungsentwurf ein wichtiges Zeichen. Weitere Akzente habe die Ampel bei

den Auslandsschulen und den Jugendaustauschen gesetzt, mit der institutionellen Förderung des Mercator Instituts stärke man obendrein die Chinakompetenz in der Außenpolitik.

Michael Ependiller (AfD) rechnete vor, dass Deutschland der Ukraine seit Beginn des russischen Angriffskrieges 27,8 Milliarden Euro zur Verfügung gestellt habe. Das entspreche dem Etat des Auswärtigen Amtes, des Familien- und des Agrarministeriums zusammengekommen. „Für diese Ampel des Grauens sind das vermutlich alles nur Peanuts: Strom kommt aus der Steckdose, Geld wächst auf den Bäumen, und Styli-



ten werden vom Steuerzahler bezahlt.“ Ependiller kritisierte zudem, dass die Bundesregierung seit langem das UNRWA unterstützt habe – das Palästinenserhilfswerk, dem die Verstrickung mit dem Hamas-Terror gegen Israel vorgeworfen wird. Die AfD fordere seit Jahren die Auflösung von UNRWA (siehe auch Text unten).

Taxi in Mumbai Wiebke Papenbrock (SPD) lenkte den Blick auf die Vereinfachung von Zuwendungsverfahren, die die Ampel mit diesem Haushalt auf den Weg bringe. Viele der deutschen Regeln funktionierten am anderen Ende der Welt nicht. „Versuchen Sie mal in Mumbai nach einer Fahrt mit einem Tuk-Tuk einen Beförderungsnachweis zu bekommen.“ Mit der Vereinfachung entlaste man nun beide Seiten, die Verwaltung im Auswärtigen Amt und die deutschen Nichtregierungsorganisationen, die mit ihren Projekten in vielen Ländern dabei helfen würden, die Auswirkungen von Krieg, Hungersnöten und des Klimawandels abzufedern.

Auch Otto Fricke (FDP) hob unter anderem die Vereinfachung des Zuwendungsrechts hervor. „Bürokratie kommt oft aus falsch verstandener Kontrollnotwendigkeit, die aber dann nur noch in Berichtsnotwendigkeit mündet, weil am Ende gar niemand mehr da ist, um es zu kontrollieren.“ Auf der anderen Seite habe die Koalition Regeln geschärft, um zu verhindern, dass Steuermittel am Ende terroristischen Vereinigungen zugute kommen. Wenn man von deutschen Unternehmen im Rahmen der Lieferkette ethische Verantwortung erwarte, dann müssten auch Zuwendungsempfänger „bei der Frage, wohin das Geld am Ende geht, genauso aufpassen, wie es ein Mittelständler in Deutschland muss“. Alexander Heinrich

»Die Ampel sollte zu einem geordneten Miteinander zurückfinden.«

Carsten Körber (CDU)



Für die einen zu viel gespart, für die anderen zu wenig

ENTWICKLUNG Das Ressort von Svenja Schulze muss auf fast eine Milliarde Euro verzichten. Der Sparkurs entfacht den Streit um den Nutzen der Hilfen neu

Kaum ein Politikbereich muss in Folge des Bundesverfassungsgerichtsurteils zum Haushalt so viele Federn lassen wie die Entwicklungszusammenarbeit: 400 Millionen Euro strich Bundesfinanzminister Christian Lindner (FDP) seiner Kollegin Svenja Schulze (SPD) zusätzlich aus dem Etat für 2024. Und das, obwohl schon der Regierungsentwurf (20/7800, 20/7802) für das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) im Vergleich zum Vorjahr deutlich geschrumpft war – um 640 Millionen Euro auf 11,52 Milliarden Euro. Nach den neuerlichen Kürzungen bleiben der Entwicklungsmiesterin nur noch 11,22 Milliarden Euro – fast eine Milliarde Euro weniger. So sinken die Mittel für Krisenbewältigung und den Wiederaufbau von Infrastruktur von 1,24 Milliarden Euro in 2023 auf 1,04 Milliarden Euro. Insgesamt muss die bilaterale staatliche Zusammenarbeit ein Minus von 600 Millionen Euro verkraften. Für viele Projekte und Partner im Ausland eine Hiobsbotschaft, wie Nichtregierungsorganisationen nach dem Ende der Haushaltsberatungen klarstellten: „Die Kürzungen im Etat des BMZ werden drastische Auswirkungen auf die Menschen in unseren Partnerländern haben“, sagte etwa Karl-Otto Zentel, Generalsekretär der Hilfs-

organisation CARE Deutschland. Die Bundesregierung dürfe sich nicht in die Reihe der Staaten einreihen, „die sich Schritt für Schritt aus der internationalen Verantwortung herausziehen“.

»Schweren Herzens« Davor warnte auch Ressortchefin Schulze. In der zweiten Lesung der vom Haushaltsausschuss geänderten Fassung (20/8661, 20/8662) räumte sie am Mittwoch ein, sie habe diesem Haushalt „nur schweren Herzens zugestimmt“. Ihrer Meinung nach brauche es aktuell „mehr Entwicklungspolitik und nicht weniger“. Denn die mit Klimawandel, Kriegen und Konflikten, Migration und Pandemien verbundenen Probleme, „lassen sich nicht ohne internationale Zusammenarbeit lösen“. Der Unionsfraktion warf Schulze vor, Vorhaben, die die Vorgängerregierung unter ihrer Führung selbst auf den Weg gebracht habe, im Haushaltsstreit zu „skandalisieren“ und damit teilweise „AFD-Rhetorik“ zu übernehmen. Sie bezog sich dabei auf Forderungen aus den Reihen von CDU und CSU nach weiteren Kürzungen bei der Entwicklungszusammenarbeit. Das Geld sollte danach besser im eigenen Land eingesetzt werden, etwa für Agrarsubventionen oder Hochwasserhilfen.

In der Debatte erklärte dazu unter anderem Carsten Körber (CDU), die Ausgaben des Staates stünden „nicht zuletzt seit den Bauernprotesten“ vor allem im Bereich der Entwicklungspolitik unter besonderem Rechtfertigungsdruck. „Wenn die Leute das Gefühl bekommen, dass man sich in Berlin mehr um die Klimaresilienz indischer Großstädte kümmert als um die Frage, wann im Erzgebirge der Bus kommt, dann wird Vertrauen verloren gehen.“ Körber und sein Fraktionskollege Herrmann Gröhe sprachen sich vor diesem Hintergrund für eine Neuausrichtung der Entwicklungs-

politik aus: ein Mehr an Konditionierung und eine stärkere Berücksichtigung eigener Interessen.

Die AfD hatte im Haushaltsverfahren gleich Ausgabenkürzungen im Entwicklungsetat in Höhe von acht Milliarden Euro beantragt, um die Bürger im Land zu entlasten. Nun will sie sämtliche Ausgaben „gründlich auf den Prüfstand stellen“, kündigte Michael Ependiller an. Er warf der Bundesregierung vor, „über viele Haushaltstitel und Projekte Milliarden an Steuereros“ an ihr nahestehende Nichtregierungsorganisationen zu verteilen. Felix Banaszk (Bündnis 90/Die Grünen) erwiderte, Deutschland könne sich „diese nationalistische Argumentation“ und Vorwürfe wie den, es könne das Klima nicht alleine retten, nicht mehr leisten. „Ach ne! Deswegen geben wir doch Geld unter anderem dafür aus, dass in anderen Ländern global Klimaschutz gemacht werden kann; eben weil es so nötig ist, dass das überall auf der Welt passiert“, betonte Banaszk.

»Beschämende Aussagen« Bettina Hagedorn (SPD) forderte die Unionsfraktion auf, auf einen konstruktiven Kurs zurückzukehren. Beim Haushalt 2023 habe diese noch Anträge gestellt, gegenfinanziert „mit den 60 Milliarden Euro, gegen die



STICHWORT

Wichtige Veränderungen zu 2023

- > Krisenhilfe und Wiederaufbau** Die Mittel sinken von 1,24 Milliarden Euro auf 1,04 Milliarden Euro.
- > Welternährungsprogramm** Die deutsche Beteiligung sinkt von 78 Millionen auf 58 Millionen Euro.
- > Sonderinitiative** Für die „Transformation der Agrar- und Ernährungssysteme“ stehen nur noch 420 Millionen Euro zur Verfügung statt 519,1 Millionen. Beim internationalen Klima- und Umweltschutz sinkt das Budget von 60 auf 54,33 Millionen Euro.

zusetzen, nannte Hagedorn „beschämend“.

Claudia Raffelhüschen (FDP), die den Sparkurs schon bei der Einbringung des Haushalts verteidigt hatte („Müssen Brände löschen, ohne auf Kosten nachfolgender Generationen die Wassermenge zu erhöhen“), betonte, bei den Kürzungen im Einzelplan sei darauf geachtet worden, keine laufenden Projekte zu stoppen und keine festen Zusagen zurückzunehmen. Deutschland sei weiter zweitgrößter Geber in absoluten Zahlen.

Umgang mit UNWRA Raffelhüschen äußerte sich wie andere Redner außerdem zu den Vorwürfen gegen das Hilfswerk der Vereinten Nationen für Palästina-Flüchtlinge im Nahen Osten (UNWRA), wonach einzelne Mitglieder am Terror der Hamas beteiligt gewesen sein sollen. „Die Kritik an strukturellem Antisemitismus ist nicht neu, wurde aber bisher zu leicht weggewischt“, urteilte die FDP-Politikerin. Es reiche nicht, Zahlungen auszusetzen, es brauche eine umfassende Untersuchung. Herrmann Gröhe forderte „eine Rundumneuerung der – notwendigen – Hilfe für die Palästinenserinnen und Palästinenser. Diese UNRWA-Führung ist dazu erkennbar nicht geeignet.“ Johanna Metz



Gemeinsames Gedenken: Bundestagspräsidentin Bärbel Bas (v.l.), die Ehefrau des Bundespräsidenten, Elke Bündenbender, die Zeitzeugin Eva Szepesi und Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier im Plenum des Bundestages.

© picture-alliance/photothek/ThomasTrutschel

Wenn Schweigen tödlich wird

HOLOCAUST-GEDENKEN Rednerinnen und Redner im Bundestag erinnern an die Befreiung des KZ Auschwitz 1945

So gut gefüllt und gleichzeitig so absolut still ist der Plenarsaal des Deutschen Bundestages nur sehr selten. Als die Holocaust-Überlebende Eva Szepesi am Mittwochmorgen am Arm des Bundespräsidenten Frank-Walter Steinmeier das Plenum betritt, ist außer dem Kameraklick der Pressefotografen kein Laut zu vernehmen. Das andächtige Schweigen anlässlich des Gedenktages für die Opfer des Nationalsozialismus liegt kurz, aber schwer über dem Hohen Haus, bis ein Stück von Ferenc Weisz, dargeboten von Studierenden der Universität der Künste, den weiten Saal mit Musik füllt. So angemessen diese Stille ist, so wenig gilt das für das Schweigen gegenüber dem alten und dem neuen Antisemitismus in Deutschland: Das betonen sowohl Szepesi als auch Marcel Reif, der als zweiter Gastredner in diesem Jahr während der Gedenkstunde spricht.

„Die Shoah begann nicht in Auschwitz. Sie begann mit Worten. Sie begann mit dem Schweigen und dem Wegschauen der Gesellschaft“, mahnt Szepesi, die als Zwölfjährige bei der Befreiung des Konzentrations- und Vernichtungslagers Auschwitz gerettet worden war. Vor dem Bundespräsidenten, dessen Ehefrau Elke Bündenbender, Bundeskanzler Olaf Scholz, Bundestagspräsidentin Bärbel Bas, der Vizepräsidentin des Bundesverfassungsgerichts, Doris König, und der amtierenden Präsidentin des Bundesrates, Manuela Schwesig, sowie den Abgeordneten des Bundestages und vielen Ehrengästen erzählt Szepesi mit fester Stimme ihre Geschichte.

Mahnung für die Nachfolgenden Sie habe 50 Jahre über das Geschehene geschwiegen, sagt die 91-Jährige, dann habe sie langsam angefangen, ihre Geschichte aufzuschreiben. Seitdem nimmt sie wie viele andere Zeitzeugen die Aufgabe wahr, den nachfolgenden Generationen von den Verbrechen der Nationalsozialisten zu berichten und zu mahnen, dass sich etwas wie die Schreckensherrschaft des NS-Regimes und das größte Menschheitsverbrechen der Geschichte, der Holocaust, niemals wiederholt. Die generationenübergreifende Aufarbeitung des Holocaust steht in diesem Jahr im

Mittelpunkt der Gedenkstunde im Bundestag, die seit 1996 jährlich am oder um den 27. Januar stattfindet. Zu Beginn ihrer Rede grüßt Szepesi ihre Töchter und Enkel, die sie für ihre Rede in den Bundestag begleitet haben.

Schweigen als Schutz „Ich bin sehr glücklich, dass meine lieben Töchter, Enkel und Urenkel hier anwesend sind. Euch gibt es, weil ich vor 79 Jahren, am 27. Januar 1945, von der Roten Armee als Zwölfjährige in Auschwitz-Birkenau befreit wurde.“

Weil sie überlebt hat, gibt es diese nächste Generation.

Für diese spricht nach Szepesi der renommierte Sportjournalist Marcel Reif. Er habe erst vor wenigen Jahren die ganze Schicksalsgeschichte seines Vaters erfahren.

Dieser habe geschwiegen, so Reif, um seine Kinder davor zu schützen, „Unsauberes hören, Unfassbares erfassen und Unerträgliches ertragen“ zu müssen. Seine Schwester und er hätten eine sorgenfreie, fröhliche und liebevolle Kindheit und Jugend gebracht. „Fröhlich und sorgenfrei nicht zuletzt – das weiß ich heute –, weil mein Vater schwieg.“

Eine zweite Chance Erst nach dem Tod des Vaters habe seine Mutter ihm erzählt, was Leon Reif, ein polnischer Jude, im Holocaust erlebt hatte: Wie er auf der Flucht einen fremden Jungen zurückließ, in der Hoffnung, ihn zu retten, und ihn damit dem Tod preisgab. Wie er einem anderen Jungen das Leben rettete, als er ihn auf seinen Schultern durch den Wald trug. Reif erzählt im Bundestag, dass ihm seine Mutter bestätigte, was sein Vater gewollt und geschafft habe: „Es durfte nicht sein, dass auch noch seine Kinder von den furchtbaren Schatten heimgesucht, gequält werden, die seine Kindheit und Jugend verdunkelt, zerstört hatten.“

Reif bedankte sich bei Szepesi dafür, dass sie in den Bundestag gekommen war, um zu erinnern und zu mahnen. „Damit geben Sie diesem neuen, anderen Deutschland mit ihrem unfassbar großen Herzen eine Chance, es anders, besser, richtig zu machen“, sagte Reif in Richtung der Zeitzeugin. Aber diese zweite Chance dürfe nicht – „niemals und nirgends“ – vertan werden. „Nie wieder!“ ist mitnichten ein Appell“, sagte Reif, „Nie wieder!“ kann nur

sein, darf nur sein, muss sein: gelebte unverrückbare Wirklichkeit!“

Was daneben jedoch auch Wirklichkeit ist, das macht neben Reif und Szepesi auch Bundestagspräsidentin Bas in ihrer Eröffnungsrede deutlich: Man müsse sich über die Verantwortung des „Nie wieder!“ immer wieder neu verständigen, so Bas.

„Deutsche haben sechs Millionen Jüdinnen und Juden ermordet. Lange hatten wir gehofft: Die nachfolgenden Generationen müssten mit diesem Wissen immun sein gegen Antisemitismus. Wir merken in diesen Tagen leider deutlich: Das stimmt

»Mir soll kein Deutscher erklären, dass es reicht«

MARCEL REIF IM INTERVIEW Ein Gespräch über den Terror der Hamas und Antisemitismus in Deutschland

Herr Reif, man kennt Sie vor allem als Sportjournalist. Jetzt haben Sie im Bundestag zum Gedenken an die Opfer des Nationalsozialismus gesprochen. Wie kam es dazu?

Es gab eine Anfrage aus dem Büro der Bundestagspräsidentin. Ich habe, wie Sie richtig sagen, einen Beruf – und ich habe ein Leben. Ein Leben, zu dem ein Vater gehört, der den Holocaust überlebt hat. Ich denke deshalb hat man mich kontaktiert. Aber ich habe mich zunächst sehr schwer getan, zuzusagen.

Warum?

Mein Vater hat über diese Zeit nicht gesprochen. Und jetzt soll ich hingehen und mich im Bundestag wichtigmachen? Das war eine große Hürde für mich.

Sie waren dann aber doch da.

Erstens sagt man der Bundestagspräsidentin nicht einfach: Mach ich nicht. Zweitens habe ich angefangen darüber nachzudenken und habe in einem Vorgespräch erklärt, wie ich meine Rolle sehe und wie nicht.

Würden Sie sagen, dass es jetzt an Ihnen ist, dass es Aufgabe der zweiten Generation ist, das Gedenken lebendig zu halten?

Eine sehr gute Frage – und eigentlich leicht zu beantworten: Ja, selbstverständlich! Aber Hallo! Mein Vater würde im Grab rotieren, wenn er wüsste, dass wir darüber reden, wie sich antisemitische Tendenzen in Deutschland bekämpfen lassen. – Nur: Wie soll das aussehen? Mahnungen? Appelle? Aber klar: Dieses Land – gerade dieses Land! – muss weitergehen in dieser Richtung. Nie wieder! Das ist Nationalräson,

nicht. Judenhass ist kein Problem nur der Vergangenheit. Antisemitismus ist ein Problem der Gegenwart.“

»Schande für Deutschland« Bas geht auf den Terrorangriff der Hamas auf Israel vom 7. Oktober 2023 ein und sichert in diesem Zusammenhang dem anwesenden israelischen Botschafter, Ron Prosor, die Solidarität des Bundestags zu. Die steigende Gewalt gegenüber Jüdinnen und Juden sei eine Schande für Deutschland, sagt Bas. Über 2.000 antisemitische Straftaten seien seit dem 7. Oktober begangen worden; das sei

fast eine Straftat pro Stunde. „Deutschland darf und wird dazu nicht schweigen“, betont die Bundestagspräsidentin. „Lassen Sie uns alle den Mut haben, nicht zu schweigen, sondern Hass und Menschenfeindlichkeit entschlossen entgegenzutreten.“ Im Bezug auf den zunehmenden Antisemitismus in Deutschland mahnte auch Szepesi: „Wer schweigt, macht sich mitschuldig.“

Sie sei dankbar für die Menschen, die nach dem 7. Oktober auch ohne viele Worte für die Jüdinnen und Juden dagewesen seien. „Aber warum nur so wenige?“, fragt Szepesi.

„Ich sage immer zu den Menschen: Ihr habt keine Schuld für das, was passiert ist, aber ihr habt die Verantwortung für das, was jetzt passiert.“ Sie stehe im Bundestag, um Zeugnis abzulegen, sagt die 91-Jährige am Schluss ihrer Rede. „Es war nie wichtiger als jetzt, denn ‚Nie wieder!‘ ist jetzt!“

Elena Müller |

Die Reden von Bärbel Bas, Eva Szepesi und Marcel Reif finden Sie im Wortlaut in der Debattendokumentation dieser Ausgabe.

War der 7. Oktober ein Moment, wie es der 11. September 2001 es für viele war: Ein Ereignis, das das Leben in ein Davor und ein Danach teilt?

Das war es. Ja, natürlich. In Israel ist das 9/11. Und zwar, ich würde sagen, mit noch größerer Tragweite für das inner-israelische Leben als damals in den USA. David Ben-Gurion, einer der Gründerväter des Landes, hat einmal gesagt, das Schicksal Israels hänge von zwei Dingen ab: seiner Gerechtigkeit und seiner Stärke. Über die Entwicklung der Gerechtigkeit in den letzten Jahren lässt sich diskutieren. Stärke allerdings ist nicht verhandelbar, weil alternativlos. Dieser Grundpfeiler aber ist massivst beschädigt. Israel wird innenpolitisch nicht so schnell wieder sein, was es war. Wie

man niemals zusammen leben will, nach all dem Leid, das man sich gegenseitig zugefügt hat – ich weiß es nicht...

Wie haben Sie die „Friedens“- und „Free-Palastine“-Demos erlebt?

Was sich da auf deutschen Straßen abgespielt hat, ist unerträglich. Hier ist etwas passiert, das dieser Rechtsstaat nicht hinnehmen kann. Es darf keine Demonstrationen geben, auf denen das Existenzrecht Israels, dieses Staates mit seinen Menschen, in Frage gestellt wird. Da hätte ich gerne eine klarere Reaktion gesehen.

Die Zahl der antisemitischen Straftaten in Deutschland steigt. Was läuft da eigentlich schief trotz aller Bemühungen um Aufklärung?

Einerseits wird in vielen Ecken gedacht, es ist genug bewältigt, genug aufgearbeitet. Aber aufzuarbeiten gilt es ein Leben lang für jeden. Und dabei geht es nicht nur um Antisemitismus, sondern auch um Rassismus, um Fremdenfeindlichkeit in jeder Form. Und dann kommt manches von außen dazu. Aus Weltgegenden, aus Lebenskreisen, in denen Antisemitismus, Antisraelismus Staatsreligion ist. Damit muss man sich auseinandersetzen.

Was müsste sich aus Ihrer Sicht ändern? Wenn Sie die Bundesregierung beraten sollten...

... soweit kommt es noch! Nein. Das ist nicht mein Beritt. Aber was ich sagen würde, ist: Auf keinen Fall nachlassen. Hilflosigkeit, die ich auch oft verspüre, darf nicht zu Resignation, Teilnahmslosigkeit, Lähmung führen.

In diesen Wochen kann man kein Gespräch über jüdisches Leben führen, ohne auf den 7. Oktober 2023 zu sprechen zu kommen. Wie haben Sie den Tag des Terrorakts der Hamas erlebt?

Ich habe eine Cousine in Tel Aviv. Die hat drei Söhne, die wissen, dass sie jederzeit einberufen werden können, und wenn die einberufen werden, dann haben die die Alternative: Grenze zum Libanon oder Gazastreifen. Deswegen ist das etwas, was mich sehr berührt. Nach dem 7. Oktober habe ich Kontakt gesucht, habe viel erfahren. Es ist schrecklich. Deswegen halte ich Kontakt, will wissen, wie sie heute ihren Tag verbringen. Dabei geht es nicht darum, ob sie am Strand sind oder nicht, sondern, ob sie im Krieg sind.



Marcel Reif im Bundestag

© picture-alliance/dpa/Michael Kappeler

Das Gespräch führte Michael Schmidt. |

Die EU-Mitgliedstaaten haben sich bei einer Überprüfung des langfristigen Haushalts der Europäischen Union auf ein zusätzliches Finanzpaket geeinigt – und die weitere Unterstützung der Ukraine erstmals fest im Haushalt verankert. 50 Milliarden Euro will die Gemeinschaft in Form von Krediten und Zuschüssen bis 2027 für den Wiederaufbau des Landes bereitstellen, aber auch für Reform- und Modernisierungsmaßnahmen, die für den geplanten EU-Beitritt notwendig sind. Gebündelt werden sollen die Finanzhilfen in der neuen, so genannten Ukraine-Fazilität, beschlossen die Staats- und Regierungschefs am Donnerstag auf einem Sondergipfel in Brüssel.

Mehr Mittel für Migration Darüber hinaus machten sie weitere 14,6 Milliarden Euro an zusätzlichen Haushaltsmitteln frei, darunter zwei Milliarden Euro, um die Mitgliedstaaten bei der Bewältigung der Migration und beim Management der EU-Außengrenzen zu unterstützen. 7,6 Milliarden Euro will die EU für die Zusammenarbeit mit Drittstaaten in Fragen der Migration bereitstellen – etwa für die Unterstützung der syrischen Flüchtlinge in der Türkei – und für die Beziehungen mit Staaten in Afrika und dem Westbalkan. 1,5 Milliarden Euro gehen an den Europäischen Verteidigungsfonds (EDF) im Rahmen der neu geschaffenen Plattform STEP. Sie soll den Einsatz strategischer Technologien wie Digital- und Biotechnik fördern und die digitale Transformation sowie den Wandel der Industrie hin zur Klimaneutralität vorantreiben.

Der Beschluss war erst nach wochenlanger Blockade durch Ungarns Regierungschef Viktor Orban zustande gekommen. Der hatte eine Verankerung der Ukraine-Hilfen im EU-Haushalt bisher abgelehnt und damit das letzte Treffen der EU-27 im Dezember zum Scheitern gebracht. Nun fanden die anderen Staaten eine für den Ungarn gesichtswahrende Lösung: Sie willigen ein, einmal im Jahr auf Spitzenebene über die Umsetzung des Hilfsprogramms für die Ukraine zu sprechen. Nicht durchsetzen konnte Orban sich allerdings mit seiner Forderung, Ungarn die von der EU eingefrorenen Gelder wegen Verstößen gegen die Rechtsstaatlichkeit auszuzahlen. In der Abschlusserklärung wird lediglich betont, dass Ungarn eine faire Behandlung im Streit über die Mittel bekommen soll.

Kein Deal zu Militärhilfen Gar kein Hinweis findet sich im Abschlussdokument auf die von der Kommission vorgeschlagene Erhöhung der sogenannten European Peace Facility (EPF) um fünf Milliarden Euro – eine herbe Enttäuschung für den ukrainischen Präsidenten Wolodymyr Selenskyj, denn aus dem EPF werden neben bilateralen Hilfen auch Waffen- und Munitionslieferungen an die Ukraine finanziert. Insbesondere Artilleriemunition wird im Kampf gegen die russischen Militärs immer knapper. Und eine erhoffte Lieferung der EU wird wohl nicht in dem Umfang einfließen, wie erwartet: Der EU-Außenbeauftragte Josep Borrell räumte vor dem Sondergipfel ein, dass die Union bis Ende März nur etwas mehr als die Hälfte des zugesagten Materials liefern können. Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) sowie die Ministerpräsidentinnen und -präsidenten Dänemarks, Tschechiens, Estlands und der Niederlande hatten daher vor dem Treffen in Brüssel an die Mitgliedstaaten appelliert, der Ukraine selbst mehr Waffen und Munition zu liefern. „Es ist ganz wichtig, dass wir eine breitere europäische Unterstützung hinbekommen“, betonte Scholz auch am Mittwoch in der General-

Heißes Eisen

EUROPA Die Europäische Union will die Ukraine bis 2027 mit 50 Milliarden Euro unterstützen. Auf Militärhilfen konnten sich die Staaten aber nicht einigen – dabei braucht die Ukraine dringend Munition



Für den Wiederaufbau der vom Krieg zerstörten Infrastruktur und die Modernisierung des Landes, das seit Dezember EU-Beitrittskandidat ist, stellt die EU 33 Milliarden Euro an Krediten und 17 Milliarden Euro an Zuschüssen bereit. © picture-alliance/Photoshot

debatte über den Bundeshaushalt 2024 im Bundestag. Die Militärhilfen könnten nicht alleine an Deutschland hänge. Er verwies dabei insbesondere auf die Situation in den USA, wo es Präsident Joe Biden seit Wochen nicht gelingt, die zugesagte milliardenschweren Militärhilfe für die Ukraine durch den US-Kongress zu bekommen; die Republikaner knüpfen die Freigabe der Gelder an die Forderung, das eigene Staatsgebiet besser gegen illegal einwandernde Migranten zu verteidigen – und vor allem Ex-Präsident Donald Trump, der sich Hoffnung auf eine zweite Amtszeit in Washington macht, torpediert eine Kompromisslösung.

Der russische Präsident Wladimir Putin hoffe auf die amerikanischen Präsidentschaftswahlen und auf das Ermüden in Europa, warnte Scholz. Putin dürfe aber nicht denken, „dass unsere Unterstützung irgendwann nachlässt“. Aus Brüssel kam der Kanzler zwar ohne konkrete Zusagen zurück. Trotzdem zeigte er sich zufrieden mit den ersten Reaktio-

nen auf seine Initiative für mehr Waffenlieferungen. Die Diskussion darüber seien beim EU-Gipfel sei „sehr ernsthaft“ gewesen, „so wie ich mir das gewünscht habe“, sagte Scholz im Anschluss. Viele würden ihre Beiträge noch einmal überdenken, und er habe „auch Rückmeldungen, dass das stattfindet“. Deutschland selbst hat seine Militärhilfe für die Ukraine gerade auf sieben Milliarden Euro verdoppelt. Es ist damit nach den USA weiterhin der größte Unterstützer der Ukraine, finanziell wie militärisch.

Auf dem Tiefstand Andere Länder lassen in ihrem Engagement dagegen deutlich nach: Nach Angaben des Kieler Instituts für Weltwirtschaft (IfW) hat die neu zugesagte Hilfe zwischen August und Oktober 2023 einen Tiefstand erreicht und ist um fast 90 Prozent gegenüber dem gleichen Zeitraum im Jahr 2022 gesunken. Zuletzt hatte Estland die Ukraine mit einem Militärhilfspaket im Wert von 80 Millionen Euro unterstützt. Es beinhaltet unter anderem Jave-

lin-Panzerabwehraketen, Maschinengewehre und Munition für leichte Waffen.

Hoffnung auf Einsicht Unter den Mitgliedstaaten, die den von Scholz initiierten Aufruf zu mehr Militärhilfen nicht unterzeichnet haben, sind auch wirtschaftsstarke Länder wie Italien und Spanien – und Deutschlands wichtigster Verbündeter in Europa: Frankreich. Paris ist zwar einer der größten Geldgeber für die europäischen Ukraine-Hilfen. Doch bei der militärischen Unterstützung hält es sich bisher zurück. Er wolle keine einzelnen EU-Länder öffentlich ansprechen, sagte Scholz im Bundestag. „Aber wir wollen, dass alle sagen: Okay, wir strengen uns noch einmal an.“ Der deutsche Bundeskanzler, dem selbst aus den eigenen Reihen zu Beginn des russischen Angriffskrieges vorgeworfen wurde, in der Frage von Waffenlieferungen zu spät reagiert zu haben, hat seine Rolle im dritten Kriegsjahr offenbar neu besetzt: Aus dem Zögerer ist ein Antreiber geworden. *Johanna Metz* ■

»Zu wenig Druck«

AFGHANISTAN Ex-Minister erheben schwere Vorwürfe

Im Afghanistan-Untersuchungsausschuss hat am Donnerstag die ehemalige stellvertretende Flüchtlingsministerin Afghanistans, Alema Alema, Vorwürfe gegen die eigene Regierung und die westlichen Staaten erhoben. Es habe ein „Politikversagen aller Beteiligten“ während der 20-jährigen internationalen Präsenz im Land gegeben, sagte die Politikerin, die seit der Machtübernahme der Taliban im Sommer 2021 in Deutschland lebt. Sie warf den westlichen Staaten unter anderem vor, nach der Unterzeichnung des Doha-Abkommens zwischen den USA und den Taliban, das im Februar 2020 den Abzug der US-Truppen regelte, keinen Druck auf die Taliban ausgeübt zu haben.

Der ehemalige afghanische Außenminister Mohammed Haneef Atmar bedankte sich im Ausschuss zunächst bei den deutschen Soldaten, Polizisten und Entwicklungshelfern für ihren Einsatz. Afghanistan habe in diesen 20 Jahren in Sachen Staatsbildung, Menschenrechte und gesellschaftliche Entwicklung enorme Fortschritte gemacht. Deutschland sei ohnehin sehr gutwillig gewesen, betonte Atmar. Die damalige Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) sei die einzige Regierungschefin gewesen, die sich getraut habe zu sagen, dass der Prozess in die falsche Richtung laufe. Allerdings habe

sie keinen Einfluss gehabt. Die afghanische Regierung habe gehofft, dass die Europäer sich gegen die einseitigen Entscheidungen der US-Administration stellen würden. Das sei aber nicht geschehen, worunter auch die Glaubwürdigkeit des Westens gelitten habe.

Die afghanische Republik sei nicht militärisch untergegangen, sondern politisch, urteilte Atmar daher. Niemand habe einen Plan für einen friedlichen Übergang nach dem Truppenabzug gehabt. Der damalige afghanische Präsident Ashraf Ghani habe US-Außenminister Antony Blinken auch erst einen Tag vor dem Einmarsch der Taliban in Kabul mitgeteilt, dass er Macht an die Taliban übergeben wolle. Atmar schilderte dem Ausschuss ausführlich, was sich danach im August 2021 im politischen Kabul

abspielte – wie der Präsident flüchtete, die Botschaften überstürzt evakuiert wurden und Schüsse auf den Straßen fielen.

Warten auf Evakuierung Ex-Ministerin Alema betonte, dass noch immer viele bedrohte Menschen in Afghanistan auf eine Evakuierung warteten. Sie appellierte an die Bundesregierung, ihre Versprechen einzuhalten und den Menschen eine Ausreise zu ermöglichen. *Cem Sey* ■

»Die Republik Afghanistan ist politisch untergegangen, nicht militärisch.«

Mohammed Haneef Atmar, Ex-Außenminister

Teilneuwahl in Berlin

WAHLEN Bundestagswahl wird teilweise wiederholt

Wer die Bundestagswahl im September 2021 in Berlin miterlebt hat, wird sich vermutlich noch an kuriose Szenen erinnern. Da standen Leute stundenlang in langen Schlangen vor Wahllokalen und warteten darauf, ihre Stimme abgeben zu können. In vielen Fällen ist das nicht gelungen oder viel zu spät, weil es in Wahllokalen keine Wahlzettel mehr gab oder die falschen. Beobachter vermuten, dass die Organisation der Wahl auch deswegen schiefgelaufen ist, weil an dem Tag mehrere Wahlen anstanden, neben der Bundestagswahl auch die Wahl zum Abgeordnetenhaus und den Bezirksversammlungen. Daneben sollten die Berliner über einen Volksentscheid zur Wohnungspolitik abstimmen. Ausgerechnet am Wahltag fand zudem der Berlin-Marathon statt.

Die Wahl 2021 lief in Berlin jedenfalls so chaotisch ab, dass die Bundestagswahl nun in Teilen wiederholt wird. Rund 550.000 Wähler dürfen am 11. Februar noch einmal wählen. Die Wahl zum Abgeordnetenhaus und den Bezirksversammlungen wurde 2023 bereits wiederholt.

Wahlprüfungsbeschwerde Betroffen von der Wiederholungswahl sind knapp ein Fünftel der Wahlbezirke in Berlin. Nach einer Analyse der Pannenwahl hatte der Bundestag im November 2022 mit den Stimmen der Ampel-Koalition beschlossen, dass in 431 der insgesamt 2.256 Berliner Wahlbezirke neu gewählt werden muss. Die Unionsfraktion kam indes zu dem Schluss, dass mehr Wahlbezirke nicht ordnungsgemäß ausgezählt wurden und reichlich eine Wahlprüfungsbeschwerde beim Bundesverfassungsgericht (BVerfG) ein.

Die Karlsruher Richter entschieden im Dezember 2023, dass die Bundestagswahl in 455 Wahlbezirken und den dazugehörigen Briefwahlbezirken mit Erst- und Zweitstimme wiederholt werden muss. Die Bezirke sind von der Neuwahl unterschiedlich stark betroffen. Auf einer extra eingerichteten Internetseite des Wahlleiters können Bürger nachschauen, ob ihre Wohnadresse zu den von der Wiederholungswahl betroffenen Bezirken gehört. (www.wahlen-berlin.de/wahlen/BU2024/adresssuche/index.html)

Nun sind seit der Bundestagswahl mehr als zwei Jahre vergangen, das bedeutet, es hat Bewegungen gegeben in der Bevölkerung: Zuwanderung und Abwanderung. Es gilt: Wer als Wahlberechtigter seinen jetzigen Wohnsitz in einem von der Neuwahl betroffenen Wahlbezirk hat und volljährig ist, darf wählen.

Die Parteien müssen bei der Wiederholungswahl grundsätzlich mit den damaligen Kandidaten antreten. Eine relevante Verschiebung der Machtverhältnisse ist nicht zu erwarten. Die Ampel-Koalition von SPD, Grünen und FDP verfügt im Bundestag über 417 von 736 Sitzen, darunter 29 Abgeordnete aus Berlin. Denkbar sind jedoch einzelne Mandatsverschiebungen. Bei der Bundestagswahl 2021 hat die SPD in Berlin 23,4 Prozent der Zweitstimmen geholt, die Grünen kamen auf 22,4 Prozent, die CDU auf 15,9 Prozent, die Linke auf 11,4 Prozent, die FDP auf 9,1 Prozent und die AfD auf 8,4 Prozent. Von den zwölf Direktmandaten, die in den Berliner Wahlkreisen vergeben werden, gewann die SPD vier, Grüne und CDU jeweils drei und die Linke zwei. *pk* ■

»Kaviar-Diplomatie« hat Konsequenzen

ASERBAIDCHAN-AFFÄRE Zwei Ex-Bundestagsabgeordnete wegen mutmaßlicher Bestechung angeklagt

Sie werden beschuldigt, Geld aus Aserbaidschan angenommen zu haben, um in der Parlamentarischen Versammlung des Europarats (PACE) die Interessen des autoritären Regimes zu vertreten: die Ex-Bundestagsabgeordneten Axel Fischer (CDU) und Eduard Lintner (CSU). Nach jahrelangen Ermittlungen und Durchsuchungen auch im Ausland hat die Generalstaatsanwaltschaft München am Montag Anklage gegen beide erhoben.

Zahlungen in Millionenhöhe Fischer, von 2010 bis 2018 als EVP-Fraktionschef in der PACE aktiv, soll nach Ansicht der Ermittler für ein Bestechungsgeld in Höhe von 21.800 Euro positive Reden gehalten und vertrauliche Dokumente weitergeleitet haben. Lintner, der 33 Jahre lang im Bundestag und bis 2010 in der PACE saß, soll über zwei Gesellschaften bis 2016 „einen mehrfachen Millionenbetrag über 19 ausländische Briefkastenfirmen“ kassiert und diesen teils an andere Abgeordnete wie die inzwischen verstorbene Bundestagsabgeordnete Karin Strenz (CDU) weitergeleitet haben, damit diese sich im Europarat für Aserbaidschan einsetzen.

Lintner bezeichnete das als „großen Unsinn“ und erklärte, er habe sich nach Ende seiner Zeit als Abgeordneter als Lobbyist



Eduard Lintner (CSU), hier 2019 bei einer Kundgebung für den Widerstand im Iran

die Generalstaatsanwaltschaft hat nach eigenen Angaben gegen zwei weitere Beschuldigte Anklage erhoben, denen vor allem Beihilfe vorgeworfen wird. Da Karin Strenz inzwischen gestorben ist, kann gegen sie kein Strafverfahren mehr angestrengt werden. Die Behörde hat aber beantragt, das Geld, das sie als Bestechungslohn erhalten habe, von ihren Erben einzuziehen zu lassen.

Mit aufgedeckt hat den Skandal der Bundestagsabgeordnete und Leiter der deutschen Delegation im Europarat, Frank Schwabe (SPD). Im Interview mit der ARD, die am 6. März eine Dokumentation über die sogenannte Aserbaidschan-Affäre ausstrahlte, sagte er, die Vorgänge seien „das Schlimmste, was im Deutschen Bundestag seit 1949 passiert ist“. Dass es Abgeordnete gebe, die im Sinne anderer Länder gegen Geld eine Position vertreten, „die nicht der Realität entspricht, und damit Menschenrechtsverletzungen schlimmster Art legitimieren – das konnte ich mir nicht vorstellen“.

Aserbaidschan ist seit 2001 Mitglied im Europarat. Erstmals aufgedeckt wurden die Verwicklungen einzelner Abgeordneter in die Lobbyarbeit für das Land im Jahr 2012 von der Europäischen Stabilitätsinitiative. In ihrem Bericht ist die Rede von 30 bis 40

Europaratmitgliedern, die jährlich nach Aserbaidschan eingeladen und dort mit teuren Gastgeschenken wie Kaviar, Seidentepichen, Gold und Silber sowie hohen Geldbeträgen überhäuft wurden – weswegen bald von „Kaviar-Diplomatie“ die Rede war. In größerem Maß kann diese Praxis aber erst 2017 in die Schlagzeilen, als die Zahlungen an den deutschen Abgeordneten Lintner bekannt wurden.

Delegation ausgeschlossen Aserbaidschan stand im Europarat wegen seines gewaltsamen Vorgehens im Konflikt mit Armenien und die Region Berg-Karabach, Wahlfälschungen und Unterdrückung von Oppositionellen immer wieder in der Kritik. Im September 2023 nahm es Berg-Karabach trotz eines Waffenstillstandsabkommens ein und verkündete dessen Auflösung zum 1. Januar 2024. Seither sind mehr als 100.000 ethnische Armenier aus dem Gebiet geflohen.

Wegen der zahlreichen Regelverstöße wurde die Delegation Aserbaidschans auf Antrag von Schwabe vor wenigen Tagen für mindestens ein Jahr aus der Parlamentarischen Versammlung des Europarats ausgeschlossen. Dieser Schritt wurde bisher nur einmal vollzogen, 2014, als Russland die Krim annektierte. *Johanna Metz* ■

Zoff um Wahlkreis

WAHLRECHT Opposition wirft »Ampel« Manipulation vor

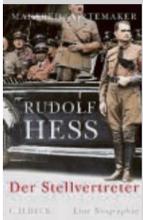
Nach kontroverser Debatte hat der Bundestag am Donnerstag einen Gesetzentwurf der Koalitionsfraktionen zur Einteilung der Wahlkreise für die nächste Bundestagswahl (20/8867) in modifizierter Fassung (20/10178) verabschiedet. In namentlicher Abstimmung votierten 381 von 669 Abgeordneten für die Vorlage. Sie sieht die Umverteilung eines Wahlkreises von Sachsen-Anhalt nach Bayern vor, da die bisherige Verteilung der Wahlkreise auf die Länder nicht mehr deren Bevölkerungsanteil entspricht.

Danach wird die Zahl der Wahlkreise in Sachsen-Anhalt aufgrund der dort rückläufigen Bevölkerungsentwicklung von bislang neun auf acht reduziert und dazu der bisherige Wahlkreis Anhalt aufgelöst. Im Gegenzug wird in Bayern aus Teilen der bisherigen Wahlkreise Augsburg-Land, Neu-Ulm und Ostallgäu ein zusätzlicher Wahlkreis gebildet. Wie die Koalition in der Begründung ausführt, liegt die Bevölkerungszahl der bisherigen Wahlkreise Augsburg-Land und Ostallgäu um jeweils mehr als 25 Prozent über dem Durchschnitt aller Wahlkreise, was laut Bundeswahlgesetz eine Neubegrenzung zwingend erforderlich macht. Der neue Wahlkreis heißt „Memmingen – Unterallgäu“.

In der Debatte kritisierte Alexander Hoffmann (CSU), dass der neue Wahlkreis in Schwaben angesiedelt werde statt wie vom Bundesinnenministerium vorgeschlagen in München. Mit der Neuregelung würden die Erfolgsaussichten für Kulturstaatsministerin Claudia Roth (Grüne) auf ein Direktmandat in Augsburg signifikant gesteigert. Philipp Amthor (CDU) warf der Koalition vor, Wahlkreise zu „manipulieren“. Christian Wirth (AfD) monierte, dass in Sachsen-Anhalt ausgerechnet ein Wahlkreis aufgelöst werde, in dem ein AfD-Abgeordneter das Direktmandat errungen habe.

Redner der Koalition wiesen die Vorwürfe entschieden zurück. Sebastian Hartmann (SPD) sagte, die Ampelkoalition setze mit der Entscheidung unabhängige Vorschläge um. Dies sei keine Manipulation, sondern „Bindung an Recht und Gesetz“. Till Steffen (Grüne) verwies darauf, dass Roth ihren Wahlkreis nie direkt gewonnen habe, sondern stets über die Landesliste gewählt worden sei. Stephan Thomae (FDP) hob hervor, dass in Bayern zwei Wahlkreise über der 25-Prozent-Grenze lägen, nämlich Augsburg-Land und Ostallgäu. Daher hätten beide ohnehin neu zugeschnitten werden müssen. Für die Wahlkreise in München treffe dies nicht zu. *sto* ■

KURZ REZENSIIERT



Manfred Görtemaker:
Rudolf Hess.
Der Stellvertreter.
Eine Biographie.

C.H. Beck,
München 2023;
758 S., 38,00 €

Wer kennt sie nicht? Joseph Goebbels, Hermann Göring oder Heinrich Himmler. Die bekanntesten und berüchtigsten NS-Größen hinter Adolf Hitler. Über dessen Privatsekretär und Stellvertreter Rudolf Hess und sein persönliches und politisches Verhältnis zum Diktator wird bis heute wenig gesprochen oder geschrieben. In Erinnerung ist meist nur sein spektakulärer Flug nach England im Mai 1940, um mit Deutschlands Kriegsgegner Friedensverhandlungen einzuleiten sowie das Bild vom letzten Häftling der Alliierten in der Festung Spandau. Manfred Görtemaker, emeritierter Professor für Neuere Geschichte an der Universität Potsdam, analysiert in seiner spannend geschriebenen Biografie weit über diese mehr als diese einsame und letztlich gescheiterte Aktion. Er fügt dem Bild vom kritiklosen und nach seinem Flug von seinen einstigen Weggefährten für geistesgestört erklärten Bewunderer Hitlers neue Facetten hinzu und zeigt den immensen Umfang, aber auch die Grenzen seines politischen Einflusses bis 1940 auf. Gleichwohl bleibt das Bild des in Alexandria geborenen und aus einer wohlhabenden Handelsfamilie stammenden glühenden Nationalsozialisten etwas blass. In seinem Hass auf die Demokratie von Weimar und seiner Vergötterung Hitlers unterscheidet er sich nicht allzu sehr von den anderen Aufsteigern in der NSDAP. Im Gegensatz zu ihnen scheint er jedoch noch ergebener, pflichtbewusster und fanatischer gewesen zu sein. Görtemaker versteht es glänzend, ein sachkundiges Panorama der politischen Entwicklungen dieser Zeit und Hess' Rolle darin zu entwerfen. Weniger deutlich bleiben hingegen die mentalen Motive seiner nur von wenigen Ausnahmen getrübbten Verherrlichung Hitlers und seines unbändigen Judenhasses. Dennoch beleuchtet diese mit neuen Quellen gesättigte und flüssig geschriebene Biografie erstmals die Bedeutung eines der wichtigsten Männer im Umfeld Hitlers, der immer dessen Vasall geblieben ist.

Jörg von Bilovsky



Saul Friedländer:
Blick in den
Abgrund.
Ein israelisches
Tagebuch.

C.H. Beck,
München 2023;
237 S., 24,00 €

Wer sich im Oktober vergangenen Jahres in die Lektüre des gerade erschienenen „Israelischen Tagebuchs“ von Saul Friedländer vertiefte, dem konnte der Atem stocken. Nur wenige Tage zuvor hatte die Hamas ihre brutalen Terrorangriffe auf Israel gestartet – und der kritische Blick des inzwischen 91-jährigen renommierten Historikers und Holocaust-Forschers auf die innenpolitische Situation Israels erschien wie eine wahr gewordene düstere Prophezie. Angesichts der massenhaften Proteste hunderttausender Israelis gegen die von Ministerpräsident Benjamin Netanjahu geführte Regierung und die von ihr angestrebte umstrittene Justizreform, fragt sich Friedländer an seinem Wohnort Los Angeles besorgt, wie es um die Verteidigungsfähigkeit seiner alten Heimat bestellt ist: „Israels Feinde rechnen möglicherweise mit einem tieferen Bruch als je zuvor innerhalb der nationalen Gemeinschaft, den kein Angriff heilen könnte und der die Fähigkeit Israels, sich so wirkungsvoll wie in der Vergangenheit zu verteidigen, beeinträchtigen würde.“ Friedländers Tagebuch, das den Zeitraum von Januar bis Juli 2023 abdeckt, ist eine schonungslose, ja wütende Kritik an Netanjahus rechtsreligiösem bis rechtsextremem Regierungsbündnis und dessen Politik – auch im Konflikt mit den Palästinensern. Es sei ein Ungeheuer mit Zähnen, das das liberale und demokratische Israel zu „verschlingen“ drohe. „Ich kann gar nicht so viel fressen, wie ich kotzen möchte.“ Dass der in Prag geborene Friedländer, der als 15-Jähriger dem Holocaust entkam während seine Eltern wahrscheinlich im Konzentrationslager Auschwitz ermordet wurden, ausgerechnet dieses Zitat anführt, das dem Maler Max Liebermann angesichts der nationalsozialistischen „Machtergreifung“ 1933 zugesprochen wird, verdeutlicht, wie tief sein Groll sitzt. Dieser trübt seine lesenswerte Analyse der inneren Zerrissenheit der israelischen Gesellschaft jedoch nicht ein.

aw



Eine Frage des Gewissens: In vielen deutschen Städten wie hier in Erfurt demonstrieren derzeit hunderttausende Menschen aus Sorge um die Demokratie gegen die AfD.

© picture-alliance/epd-bild/Paul-Philipp Braun

Ethik ist kein Luxus

MORALGESCHICHTE Frank Trentmann blickt auf deutsche Debatten seit dem Zweiten Weltkrieg

Erst kommt das Fressen, dann kommt die Moral. Zumindest publizistisch ist Frank Trentmann diesem wohl bekanntesten Zitat Bertolt Brechts aus seiner „Dreigroschenoper“ gefolgt. Mit dem Buch „Die Herrschaft der Dinge“ zur „Geschichte des Konsums vom 15. Jahrhundert bis heute“ landete der am Birkbeck College der Universität London forschende und lehrende deutsche Historiker einen vielgelobten Erfolg. In Österreich wurde es 2018 gar als Wissenschaftsbuch des Jahres in der Kategorie „Geistes-, Sozial-, Kulturwissenschaft“ ausgezeichnet. Nun hat Trentmann mit „Aufbruch des Gewissens“ eine Moralgeschichte der Deutschen von 1942 bis heute vorgelegt. Und diese stellt die gängige Interpretation des Brecht-Zitates, dass der Mensch erst dann fähig sei, sich mit der Moral auseinanderzusetzen, wenn seine Grundbedürfnisse, sprich das nackte Überleben, gesichert sind, auf die Probe. Trentmann beginnt seine Geschichte der Deutschen eben nicht erst im Jahr 1945, im Moment der bedingungslosen Kapitulation des nationalsozialistischen Deutschlands, das als Land materiell wie moralisch in Trümmern liegt. Seine Betrachtung setzt drei Jahre früher ein, als der Zweite Welt-

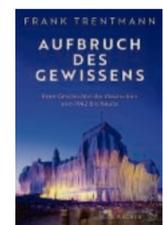
krieg seinem Höhe- und zugleich seinem Wendepunkt zustrebt. Im November 1942 erstreckt sich das deutsche Herrschaftsgebiet vom Atlantik bis nach Stalingrad an die Wolga. Doch Ende 1942 wendet sich der Kriegsverlauf mit den Schlachten von Stalingrad und El Alamein in Nordafrika zugunsten der Alliierten. Und in Deutschland versinken immer mehr Städte unter den Bombenangriffen in Schutt und Asche. Trentmann zeigt auf, wie sich unter dem Eindruck der Kriegsende in Teilen der deutschen Zivilbevölkerung und auch bei den Soldaten zumindest erste Risse in der vorherrschenden Gewissheit von der eigenen Unbesiegbarkeit und auch eingebildeten moralischen Überlegenheit auftun. Gleichzeitig beobachtet er aber auch eine noch einmal zunehmende Fanatisierung vieler Deutscher. Dieser Trend zur Ambivalenz in der deutschen Gesellschaft habe sich bis zum katastrophalen Kriegsende verstärkt. In der Folge seien die Nationalsozialisten mit immer drakonischeren Strafen gegen das eigene Volk vorgegangen.

»Deutschland hat ein beachtliches moralisches Kapital angesammelt.«
Frank Trentmann

Für die Zeit nach der Niederlage widerspricht Trentmann der weitverbreiteten These, die Deutschen hätten sich ausschließlich ins Schweigen geflüchtet über die von ihnen oder in ihrem Namen begangenen Verbrechen. Weder das Narrativ, die Deutschen hätten angesichts von Hunger und ihres zerbombten Landes „schlicht nicht die Kraft gehabt, sich über Recht und Unrecht Gedanken zu machen“ noch die These, der Vorwurf der „Kollektivschuld“ durch die Alliierten „habe die Deutschen traumatisiert“, treffe zu. Ebenso irreführend sei die Deutung der Psychoanalytiker Alexander und Margarete Mitscherlich, die Deutschen seien unfähig zur Trauer gewesen. Zum einen sei Ethik kein Luxus, betont Trentmann. „Auch die Armen auf der ganzen Welt haben moralische Bedenken.“ Zum anderen hätten die Alliierten die Deutschen formal gar nicht zur Verantwortung gezogen. Sie seien auch nicht unfähig zur Trauer gewesen, sondern hätten um die eigenen Angehörigen getrauert und nicht um die jüdischen Opfer des Holocaust,

schreibt Trentmann und verweist darauf, dass bis in die 1960er Jahre auch in den Ländern der Alliierten sehr wenig über das Leid der Juden gesprochen worden sei. Es sei bekannt, worüber die Deutschen nach 1945 nicht sprachen, größere Aufmerksamkeit sollte jedoch darauf gelegt werden, was sie sagten. Dies kann man bei Trentmann erfahren. Er schöpft die Quellen voll aus und lässt die Zeitzeugen ausführlich zu Wort kommen. **Waldsterben und Sparsamkeit** Wer glaubt, Trentmann habe lediglich eine weitere Darstellung zur Auseinandersetzung der Deutschen mit ihrer nationalsozialistischen Vergangenheit vorgelegt, der irrt. Sein lesenswertes Buch behandelt viele der großen Fragen, die die Deutschen nach der Katastrophe von 1945 beschäftigten. Den Aufbau der beiden deutschen Staaten in Ost und West und deren spätere Wiedervereinigung, die Aufnahme der Flüchtlinge und Vertriebenen nach dem Zweiten Weltkrieg ebenso wie die Aufnahme von Asylbewerbern und Flüchtlingen in heutiger Zeit, das Waldsterben und der Umweltschutz, die Wiederbewaffnung, die Auslandseinsätze der Bundeswehr oder aktuell die militärische Unterstützung für die Ukraine. Selbst der Frage, was es denn nun

mit den sparsamen Deutschen auf sich hat, geht Trentmann nach. Sein voluminöses Buch widerspricht der weitverbreiteten Ansicht, gesellschaftliche Debatten seien aktuell zu sehr von moralischen Kategorien überlagert. Fakt ist, dass dies in Deutschland nach 1945 meist so war. Trentmanns abschließendes Urteil fällt denn auch durchaus positiv aus. Deutschland habe nach dem Zweiten Weltkrieg „ein beachtliches moralisches Kapital angesammelt“. Und der Wiederaufbau, die Wiedervereinigung und die Aufnahme von zwei Millionen Flüchtlingen hätten gezeigt, dass Deutschland in der Lage sei, sein wirtschaftliches Kapital neu auszurichten. Davon werde auch die weitere Zukunft des Landes abhängen. **Alexander Weinlein**



Frank Trentmann:
Aufbruch des
Gewissens.
Eine Geschichte
der Deutschen von
1942 bis heute.
S. Fischer,
Frankfurt/M. 2023;
1.036 S., 48,00 €

Anzeige

»Ein abscheulicher Volksstamm«

ANTISEMITISIMUS Sebastian Voigt liefert Erklärungen für 2.500 Jahre Judenhass

„Es gibt ein Volk, zerstreut und abgesondert unter allen Völkern in allen Ländern deines Königreichs, und ihr Gesetz ist anders als das aller Völker, und sie handeln nicht nach des Königs Gesetzen. Es ziemt dem König nicht, sie gewähren zu lassen. Gefällt es ihm, so lasse er verfügen, dass man sie umbringe.“ Mit diesen Worten stellt der persische Hofbeamte Haman König Ahasveros zum Genozid an den Juden an. So ist es im Buch Ester der Bibel überliefert. Historiker lässt sich die biblische Begebenheit nicht sichern. Aber sie kann symbolisch gelesen werden für den Judenhass, der in den folgenden 2.500 Jahren bis heute in unterschiedlichsten Ausprägungen in den Köpfen aller Generationen spuken und zum größten Menschheitsverbrechen, dem Holocaust, führen sollte. Und deshalb hat der Historiker Sebastian Voigt die biblische Geschichte wohl nicht nur aus chronologischen Gründen an den Beginn seines Buches „Der Judenhass. Eine Geschichte ohne Ende?“ gestellt. Es ist eine äußerst kompakte und dichte Darstellung, die Voigt vorgelegt hat. Auf 230 Seiten die Entwicklung des Judenhasses von den ersten antijüdischen Zeugnissen in der Antike – der römische Historiker Tacitus etwa bezeichnete die Juden Anfang

des zweiten Jahrhunderts als „abscheulichen Volksstamm“ – über den religiös-christlich geprägten Antijudaismus des Mittelalters bis hin zum rassistisch begründeten Antisemitismus der Nationalsozialisten und dem israelbezogenen Antisemitismus in der jüngsten Zeit darzustellen, ist ein gewagtes Unterfangen. Vor allem gelingt es ihm überzeugend darzustellen, wie antijüdische Ressentiments seit der Antike bis heute – meist nur in leichten Variationen – weitergereicht wurden. **Verschwörungsmymthen** So lässt sich beispielsweise eine der zentralen Theorien der rechtsextremen QAnon-Verschwörungsmythologie, eine weltweit agierende, satanistische Elite entföhre, foltere und ermorde Kinder, um aus ihrem Blut ein Verjüngungsserum zu gewinnen, auf das Motiv des jüdischen Ritualmordes und der Entführung christlicher Kinder zurückzuführen, das im Mittelalter weit verbreitet war. Und dieses Motiv wiederum fußt auf den Kindermord von Bethlehem auf Befehl des jüdischen Königs Herodes in der Weihnachtsgeschichte des Matthäusevangeliums. Antisemitismus, so schreibt Voigt, basiert „auf einer langen Tradition stereotyper Judenbilder im kulturellen Gedächtnis, die situativ abgerufen werden können“. Voigt legt großen Wert auf die Feststellung, dass Ressentiments gegen Juden nicht aus ihrem eigenen Verhalten zu erklären sind, sondern ihren „Ursprung in der sie umgebenden Mehrheitsgesellschaft“ haben. Diese Feststellung trifft auf die Verhältnisse in der europäischen Geschichte zweifelsfrei und ohne das berüchtigte „aber“ zu. Juden mussten stets als vermeintlich Schuldige herhalten, wenn Menschen mit den herrschenden Verhältnissen überfordert waren. Schon schwieriger zu klären ist die Frage, wo Kritik am Staat Israel übergeht in Judenhass. Darüber herrsche weder in der Wissenschaft noch in der Politik Konsens, weiß Voigt. Vernichtungsfantasien gegenüber Israel sind jedoch in jedem Fall antisemitisch.

Sebastian Voigt:
Der Judenhass.
Eine Geschichte
ohne Ende?

Hirzel,
Stuttgart 2024;
232 S., 25,00 €



Deutscher Bundestag

Ausschreibung Medienpreis Parlament 2024

Der Deutsche Bundestag lädt ein, sich um den Medienpreis Parlament 2024 des Deutschen Bundestages zu bewerben.

Der Preis ist mit 5.000 Euro dotiert. Ausgezeichnet werden herausragende publizistische Arbeiten, die zur Beschäftigung mit Fragen des Parlamentarismus anregen und zu einem vertieften Verständnis parlamentarischer Abläufe, Arbeitsweisen und Themen beitragen.

Bewerbungsschluss: 4. März 2024
Teilnahmebedingungen unter
<http://www.bundestag.de/medienpreis>

Deutscher Bundestag
Fachbereich WD 1
Medienpreis Parlament
Platz der Republik 1
11011 Berlin

E-Mail: medienpreis@bundestag.de
Telefon: +49 30 227-38629



AUFGEKEHRT

Vom Zaun gebrochen

Der republikanische Gouverneur von Texas, Greg Abbott, hat einen Streit vom Zaun gebrochen. Weil er an der Grenze zu Mexiko eigenmächtig einen Stacheldraht verlegen ließ, um „Kriminelle“ fern zu halten, liegt er nun mächtig im Clinch mit US-Präsident Joe Biden. Der will den Zaun weg haben und schickte Beamte vom Bundesgrenzschutz, um ihn zu beseitigen. Doch die Polizisten des Gouverneurs versperrten ihnen den Weg ins Grenzgebiet. Dass das Oberste Bundesgericht inzwischen den Rückbau angeordnet hat, juckt den trotzig Texaner nicht. Er beruft sich auf einen Verfassungsartikel zur Abwehr einer Invasion – und der Draht zielt weiter das Ufer des Rio Grande. Für Biden wird der Zaun-Zwist im Wahlkampf langsam unangenehm, zumal Widersacher Donald Trump weiter punktet mit seiner Mär von der Mauer an der Grenze zu Mexiko. Könnte der Zaun zum Ausgangspunkt eines neuen „blutigen Bürgerkriegs“ in Amerika werden, wie Russlands Ex-Präsident Dmitri Medwedew schon fantasierte? Den Soundtrack zur Staatskrise gäbe es bereits, den Countrysong „Maschendrahtzaun“, 1999 geschrieben von TV-Entertainer Stefan Raab. Der breite vogelnde Dialekt einer Frau, die in einer TV-Gerichtsshow ihren Nachbarn anklagte, weil dessen Knallerbsenstrauch ihren Maschendrahtzaun beschädigte, inspierte Raab zu Zeilen wie „If I'd ever be king, and I'd get a crown, then it would surely be made of Maschendrahtzaun“. Eine echte Steilvorlage für die republikanischen Wahlkampf – allerdings mit unerschöpflichem Ende: „I was the sexiest man in the whole big town, before I ripped my balls on the Maschendrahtzaun“, textet Raab. Offenbar kann das mit dem Zaun auch ziemlich in die Hose gehen. *Johanna Metz*

VOR 40 JAHREN...

Musikalische Normalisierung

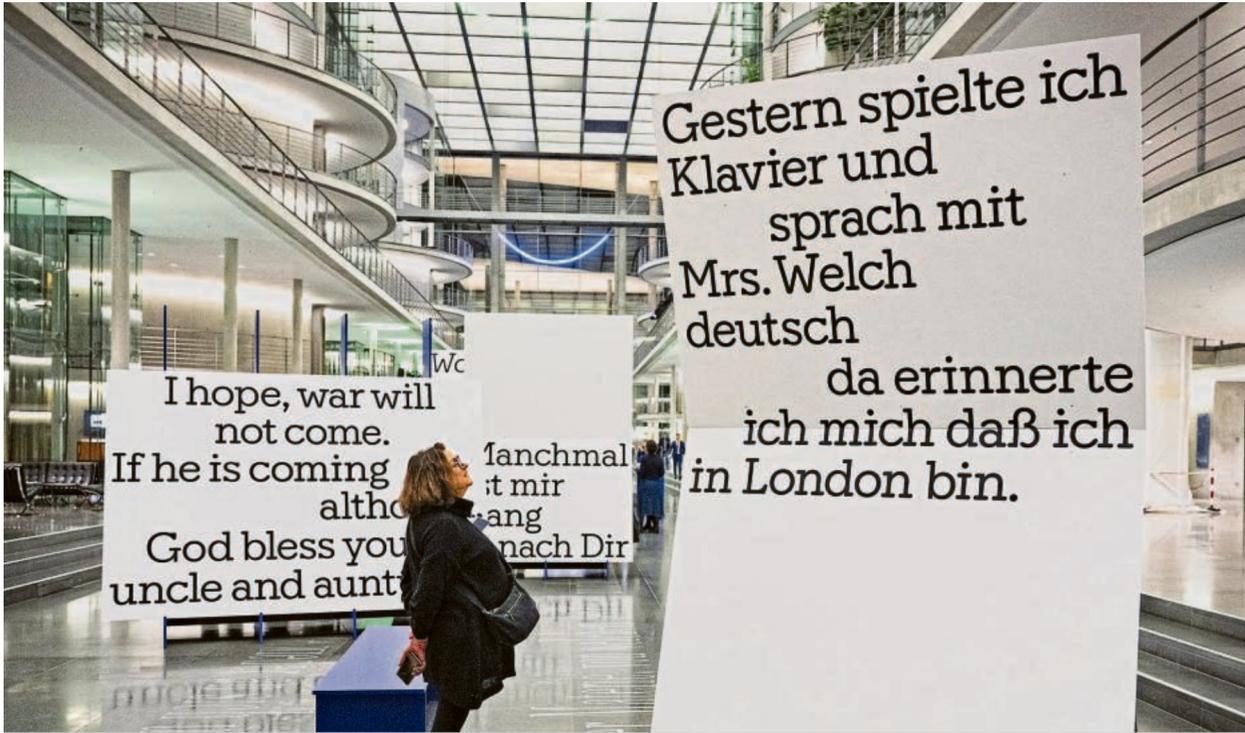
5.1.1984: Strauss und Wagner dürfen in Israel gespielt werden. Politische Misttöne gab es Anfang 1984 zwischen der Bundesrepublik und Israel einige: Da war etwa die Frage deutscher Waffenlieferungen an Saudi-Arabien.



Helmut Kohl an der Klagemauer, 1984

Oder die Ankündigung aus Bonn, eine Organisation ehemaliger Angehöriger der Waffen-SS aus dem Verfassungsschutzbericht zu streichen. Bei aller Kritik gab es aber auch versöhnliche Töne: Nachdem bereits während eines Besuchs von Bundeskanzler Helmut Kohl (CDU) Ende Januar 1984 die deutsche Nationalhymne öffentlich gespielt worden war, hob der israelische Rundfunk am 5. Februar auch den Boykott der Werke von Richard Strauss und Richard Wagner auf. Die beiden deutschen Komponisten galten im jüdischen Staat als Galionsfiguren der Nazis. So fiel Wagner (1813-1883) zu Lebzeiten nicht nur durch seine Opern, sondern auch durch antisemitische Äußerungen auf. Adolf Hitler verehrte Wagner: Dass in dessen Werken häufig männliche Helden in Führerrollen schlüpfen und die Idee der Volksgemeinschaft ein wichtiges Thema war, gefiel ihm. Strauss (1864-1949) arrangierte sich zwar mit dem NS-Regime und wurde Präsident der Reichsmusikkammer. Wegen seiner Unterstützung des jüdischen Schriftstellers Stefan Zweig fiel er bei den Nazis aber zeitweise in Ungnade. Seit der Gründung des Staates Israel durften dort keine Werke von Strauss und Wagner aufgeführt werden. Dass sich das 1984 änderte, hatte auch mit dem Kohl-Besuch zu tun: „Wenn diese Hymne, die uns Juden an unsere schlimmsten Zeiten und Tragödien erinnert, öffentlich gespielt wird“, sagte ein Sprecher von Radio Jerusalem mit Blick auf den Empfang des deutschen Kanzlers, „dann darf auch andere Musik gespielt werden.“ *Benjamin Stahl*

ORTSTERMIN: AUSSTELLUNG ZU KINDERTRANSPORTEN



Eindrückliche Worte: Auszüge aus Briefen in der Ausstellung. Auf der Rückseite der Tafeln sind die Briefe in Original-Länge zu lesen.

Ein Abschied für immer

„So und nun noch einen Kuss, weil ich Abschied nehmen muss.“ In schönster Handschrift schreibt Erna Stein diese Zeilen am 13. April 1939 an ihre Tochter Gerda. Als die Elfjährige den Brief ihrer Mutter liest, weiß sie noch nicht, dass sie ihre Eltern nie wieder sehen wird. Gerda Stein ist eins von rund 10.000 jüdischen Kindern, die in den Jahren 1938 und 1939 im Rahmen der Kindertransporte nach Großbritannien gebracht wurden. Die von Hilfsorganisationen initiierte Rettungsaktion zum Schutz jüdischen Lebens gilt bis heute als eine der spektakulärsten in der Geschichte. Waren die Kinder in der Fremde angekommen, blieben den getrennten Familien nur Briefe und Postkarten, um in Kontakt zu bleiben. Im Bundestag werden nun ausgewählte Briefwechsel aus der Zeit in der Ausstellung „I said ‚Auf Wiedersehen‘ – 85 Jahre Kindertransport nach Großbritannien“ gezeigt. Bundestagspräsidentin Bärbel Bas (SPD), die die Schau am Dienstagabend eröffnete, sagte: „Es geht in dieser Ausstellung um menschliche Schicksale, um Abschied und Hoffnung, um gebrochene Identitäten, Heimweh und Sprachlosigkeit.“ Auch dankte sie Großbritannien für die Rettungsaktion. „Das vergessen wir in Deutschland nie.“

Die Briefe und Postkarten sind voller Liebe, Sehnsucht und Sorge. Viele enthalten kleine Gedichte oder Zeichnungen. Sie alle eint der Versuch der in der NS-Diktatur verbliebenen Eltern, den Kindern von zu Hause berichten, ohne sie zu sorgen. So schreibt Ferdinand Brann am 27. August 1939 an seine sechzehnjährige Tochter Ursula: „Falls du lange keine Nachricht bekommen solltest, brauchst Du Dich nicht zu ängstigen, was kann schon passieren?“ In einem späteren Brief berichteten die Eltern von Sonntagsausflügen in den Grunewald und der Verlobung der älteren Schwester. Auch ein Bild des verlobten Paares wollen sie Ursula zukommen lassen. Doch die Erzählungen von einem scheinbar normalen Alltag trügen. Ursula erhält das erwähnte Foto nie. Mit roter Schrift vermerkt sie später über dem Brief drei Worte: „their last letter“ (ihr letzter Brief). Ursulas Eltern und ihre Schwester werden 1943 nach Auschwitz deportiert und kehren nie zurück. Es ist ein Schicksal, das viele Jungen und Mädchen der Kindertransporte teilen – oft sind sie die einzigen aus ihren Familien, die den Krieg überleben. Überlebt haben auch Hella Pick (94) und Lord Alfred Dubs (91). Als Zeit-

zeugen des Kindertransportes sind sie für die Eröffnung der Ausstellung nach Berlin gereist. Pick kam als Zehnjährige mit dem Zug von Wien nach England und arbeitete später unter anderem als Journalistin für den britischen „Guardian“. Sie wünscht sich, dass die Schau nicht nur im deutschen Parlament, sondern an vielen anderen Orten auf der Welt gezeigt wird. Dubs, der viele Jahre als Abgeordneter für die Labour-Partei im britischen Unterhaus saß, ist vor 85 Jahren aus Prag nach England gekommen. Die Reise hat ihn und seine Arbeit als Politiker ein Leben lang geprägt: Während seiner Amtszeit hat er sich stets für die Rechte Geflüchteter in Großbritannien eingesetzt. Die beiden Zeitzeugen warnen vor dem wachsenden Antisemitismus in Deutschland. Dubs appellierte: „Wir müssen unsere Lektionen aus der Geschichte lernen. Wir haben bisher nicht genug getan.“ *Carolin Hasse*

Die Ausstellung wird noch bis zum 23. Februar 2024 im Bundestag gezeigt. Für den Besuch ist spätestens zwei Tage vor dem gewünschten Termin eine Anmeldung über die Webseite des Bundestages notwendig: www.bundestag.de/ausstellung-85-jahre-kindertransport

PERSONALIA

>Helmut Heiderich
Bundestagsabgeordneter 1996-1998, 2000-2005, 2011-2017, CDU
Helmut Heiderich wird am 4. Februar 75 Jahre alt. Der Diplom-Volkswirt und Oberstudienrat aus Bad Hersfeld amtierte von 1992 bis 2009 als Kreisvorsitzender der CDU Hersfeld-Rotenburg. Er engagierte sich u.a. im Ausschuss für Arbeit- und Sozialordnung, im Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und im Haushaltsausschuss.

>Robert Antretter
Bundestagsabgeordneter 1980-1998, SPD
Am 5. Februar begeht Robert Antretter seinen 85. Geburtstag. Der aus Backnang stammende SPD-Landesgeschäftsführer in Baden-Württemberg arbeitete im Bundestag 14 Jahre lang im Verkehrsausschuss und zuletzt im Auswärtigen Ausschuss mit. Von 1984 bis 1998 gehörte er dem Europarat und der WEU an und war von 1993 bis 1999 Vizepräsident des Europarats.

>Karin Roth
Bundestagsabgeordnete 2002-2013, SPD
Am 6. Februar wird Karin Roth 75 Jahre alt. Die Sozialarbeiterin und Gewerkschaftsreferentin aus Esslingen, SPD-Mitglied seit 1972, war von 1998 bis 2001 Senatorin für Arbeit, Gesundheit und Soziales in Hamburg sowie von 2005 bis 2009 Parlamentarische Staatssekretärin beim Bundesminister für Verkehr. Roth wirkte im Wirtschaftsausschuss sowie im Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung mit.

>Peter Röhlinger
Bundestagsabgeordneter 2009-2013, FDP
Peter Röhlinger wird am 8. Februar 85 Jahre alt. Der Veterinärmediziner aus Jena war von 1994 bis 1998 FDP-Landesvorsitzender in Thüringen und amtierte von 1990 bis 2006 als Oberbürgermeister. Röhlinger arbeitete im Forschungs- sowie im Petitionsausschuss mit.

>Wilfried Böhm
Bundestagsabgeordneter 1972-1994, CDU
Am 9. Februar vollendet Wilfried Böhm sein 90. Lebensjahr. Der Diplom-Volkswirt aus Melsungen trat 1959 der CDU bei, war von 1968 bis 1981 Mitglied der Kreistage Melsungen sowie Schwalm-Eder und von 1966 bis 1972 hessischer Landtagsabgeordneter. Im Bundestag engagierte sich Böhm von 1972 bis 1990 im Ausschuss für inmerdeutsche Beziehungen. Von 1977 bis 1995 gehörte er dem Europarat und der WEU an. Böhm ist Ehrenmitglied des Europarats.

>Konrad Elmer
Bundestagsabgeordneter 1990-1994, SPD
Konrad Elmer begeht am 9. Februar seinen 75. Geburtstag. Der evangelische Pfarrer aus Potsdam zählte im Herbst 1989 zum Gründerkreis der Sozialdemokratischen Partei in der DDR und gehörte 1990 der ersten frei gewählten Volkskammer an. Elmer war Mitglied der Gemeinsamen Verfassungskommission von Bundestag und Bundesrat und wirkte im Bildungsausschuss mit.

>Peter Ramsauer
Bundestagsabgeordneter seit 1990, CSU
Am 10. Februar wird Peter Ramsauer 70 Jahre alt. Der Diplom-Kaufmann aus Traunreuth b. Traunstein schloss sich 1973 der CSU an und war von 2008 bis 2017 stellv. Parteivorsitzender. Von 1978 bis 1991 gehörte er dem Stadtrat in Traunreuth an und ist seit 1984 Kreisrat in Traunstein. Von 2005 bis 2009 amtierte er als Vorsitzender der CSU-Landesgruppe und war Erster stellv. Vorsitzender seiner Fraktion. Ramsauer wirkte vorwiegend im Wirtschaftsausschuss und stand von 2013 bis 2017 an dessen Spitze. Danach hatte er bis 2021 den Vorsitz des Ausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung inne. Von 2009 bis 2013 war er Bundesminister für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung.

>Jürgen Vahlberg
Bundestagsabgeordneter 1972-1976, 1983-1990, SPD
Am 12. Februar vollendet Jürgen Vahlberg sein 85. Lebensjahr. Der Diplom-Soziologe aus München trat 1965 der SPD bei, war Schatzmeister und Mitglied des Präsidiums seiner Partei in Bayern sowie langjähriger Bundesvorsitzender der Arbeitsgemeinschaft der Selbstständigen in der SPD. Vahlberg gehörte zuletzt dem Forschungs- sowie dem Wirtschaftsausschuss an.

>Ortwin Runde
Bundestagsabgeordneter 2002-2009, SPD
Ortwin Runde wird am 12. Februar 80 Jahre alt. Der Diplom-Soziologe aus Hamburg trat 1968 der SPD bei und war von 1983 bis 1988 dortiger Landesvorsitzender. Der Bürgerschaft gehörte er von 1974 bis 1980 sowie von 1991 bis 2001 an. Von 1997 bis 2001 amtierte Runde in der Nachfolge Henning Voscheraus als Erster Bürgermeister. Runde, Direktkandidat des Wahlkreises Hamburg-Wandsbek und Mitglied im Vorstand seiner Fraktion, er arbeitete im Finanzausschuss mit. *bmh*

PERSONALIA

>Adelheid Tröscher
Bundestagsabgeordnete 1994-2002, SPD
Am 16. Februar begeht Adelheid Tröscher ihren 85. Geburtstag. Die Gesamtschuldirektorin aus Frankfurt war von 1972 bis 1991 – mit Unterbrechungen – dort Stadtverordnete. Von 1996 bis 2002 amtierte sie als entwicklungspolitische Sprecherin ihrer Fraktion und engagierte sich im Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit.

>Klaus-Werner Jonas
Bundestagsabgeordneter 2002-2005, SPD
Am 16. Februar wird Klaus-Werner Jonas 70 Jahre alt. Der Verwaltungsfachangestellte aus Berga/Kreis Greiz trat 1988 der SPD bei. Von 1990 bis 2003 war er dort Bürgermeister. Jonas betätigte sich im Bundestag im Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung sowie im Petitionsausschuss.

>Peter Feile
Bundestagsabgeordneter 1980-1983, SPD
Peter Feile vollendet am 17. Februar sein 85. Lebensjahr. Der Verwaltungsdirektor aus Friedberg bei Augsburg schloss sich 1965 der SPD an und gehörte dem Parteivorstand des Bezirks Südbayern an. Feile war von 1972 bis 2020 Kreisrat in Aichach-Friedberg. Im Bundestag war er im Finanzausschuss.

>Matthias Kreuzeder
Bundestagsabgeordneter 1987-1990, Die Grünen
Am 24. Februar wird Matthias Kreuzeder 75 Jahre alt. Der Landwirt aus Freilassing/Kreis Berchtesgadener Land trat 1982 den „Grünen“ bei und gehörte von 1984 bis 1989 dem Stadtrat in Freilassing an. Später trat er aus der Partei wieder aus. Kreuzeder engagierte sich im Landwirtschaftsausschuss.

>Katharina Landgraf
Bundestagsabgeordnete 1990, 2005-2021, CDU
Katharina Landgraf wird am 24. Februar 70 Jahre alt. Die Ingenieurin aus Pegau b. Leipzig gehörte 1990 der ersten frei gewählten Volkskammer an und war von 1999 bis 2004 Mitglied des Sächsischen Landtags. Im Bundestag wirkte sie im Familien- und im Landwirtschaftsausschuss mit. *bmh*

Die Erinnerung weitergeben

JUGENDBEGEGNUNG Programm fördert generationenübergreifende Gedenkkultur

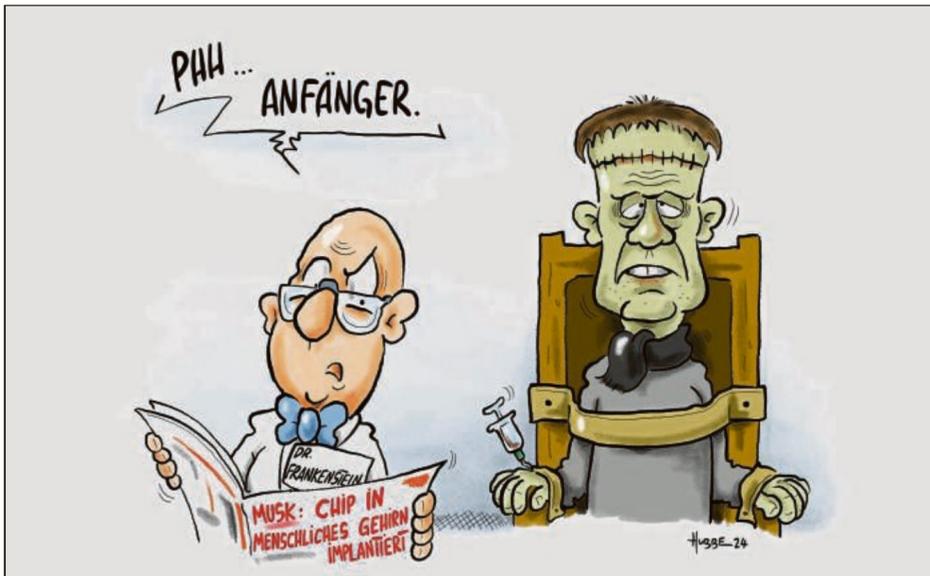
„Ihr werdet euch nicht rausreden können“: Marcel Reif hat in der Podiumsdiskussion mit den Teilnehmerinnen und Teilnehmern der Jugendbegegnung am Nachmittag des 31. Januar keine Zeit zu verlieren, um seine Mahnung loszuwerden. „Ihr werdet euch nicht damit rausreden können, wenn es irgendwann keine Zeitzeugen mehr gibt“, erklärt er den Teilnehmerinnen und Teilnehmern des Programmes, das jedes Jahr aus Anlass des Gedenktags für die Opfer des Nationalsozialismus im Deutschen Bundestag stattfindet. Die Berichte der Zeitzeugen des Holocaust seien zahlreich und dokumentiert. Erst am Morgen hatte Marcel Reif als Sohn eines jüdischen Vaters, der den Holocaust überlebt hatte, und damit als Vertreter der zweiten Generation in der Gedenkstunde des Bundestages für die Opfer des Nationalsozialismus gesprochen – genau wie Eva Szepesi, die als Kind im Konzentrationslager Auschwitz gewesen war. Am Nachmittag sitzen 66 junge Menschen vor Szepesi, ihrer Tochter Anita Schwarz, Marcel Reif und Bundestagspräsidentin Bärbel Bas, um miteinander über Formen des Erinnerns und Lehren für Gegenwart und Zukunft zu sprechen.

Entscheidend sei gleichzeitig, in der Gegenwart für eine Demokratie in Vielfalt einzutreten. Nicht wegsehen, aufstehen und eingreifen, wenn Gespräche am Nebentisch rassistisch, antisemitisch, fremdenfeindlich sind: Das sind auch für Reif die Schlüsselpunkte, um etwas zu verändern. Auf die Frage einer Teilnehmerin, wie sich die Maxime seines Vaters „Sei ein Mensch“ in die Tat umsetzen lasse, antwortet er dann auch: „Was in den vergangenen Wochen und Tagen auf den Straßen passiert, das ist Menschsein. Und wenn Menschen damals Menschen gewesen wären, wären Eva Szepesis Leben und das meines Vaters anders verlaufen.“ *Nicole Tepas*

»Nicht wegsehen, aufstehen« Für Reif und Szepesi ist es eine Lebensaufgabe, ihre Familiengeschichten zu erzählen, aber auch die Jugendlichen sehen sie in der Pflicht: „Ihr tragt die Verantwortung, Ungerechtigkeiten entgegenzutreten“, sagt Szepesi. Das betont auch die Bundestagspräsidentin: „Erinnerungsarbeit ist wichtig. Wir dürfen nicht zulassen, dass in Frage gestellt wird, was passiert ist.“

Weitere Berichte der Jugendbegegnung finden Sie im Jugendportal des Deutschen Bundestags unter www.mitmischen.de

SEITENBLICKE



Bärbel Bas, Bundestagspräsidentin

Für ihn war die europäische Einigung ein Friedensprojekt



Bärbel Bas (*1968)
Wahlkreis Duisburg I

Sehr verehrte Frau Schäuble! Sehr geehrter Herr Staatspräsident Macron! Herr Bundespräsident! Hochverehrte internationale Gäste und Exzellenzen! Herr Bundeskanzler! Frau Bundesratspräsidentin! Herr Präsident des Bundesverfassungsgerichts! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Damen und Herren, hier im Saal und an den Bildschirmen!

Wir trauern um Wolfgang Schäuble.

Deutschland verliert einen großen Demokraten und Staatsmann. Europa einen Vordenker. Und Frankreich einen besonderen Freund. Dieser Staatsakt zu Ehren

von Wolfgang Schäuble findet am Jahrestag des Elysée-Vertrags statt. Das hätte ihm sicher gefallen.

Sehr geehrter Herr Staatspräsident, es ist uns eine große Ehre, dass Sie heute hier sind und die Trauerrede halten. Dafür bin ich sehr dankbar.

Sehr geehrter Herr (Kollege) Merz, Sie waren viele Jahre mit Wolfgang Schäuble befreundet. Ich danke Ihnen sehr, dass Sie ihn gleich in einer Rede würdigen werden. Den größten Verlust trägt Wolfgang Schäubles Familie. Seine engsten Angehörigen und viele seiner Weggefährten sind hier mit uns im Plenarsaal. Herzlichen Dank, dass Sie heute alle zu Ehren von Wolfgang Schäuble nach Berlin gekommen sind.

Sehr geehrte Damen und Herren, Wolfgang Schäuble hat viele Ämter und Funktionen bekleidet: Bevor er Bundestagspräsident wurde, war er Parteichef, Fraktionsvorsitzender und immer wieder Minister. Er steckte politische Rückschläge weg. Und persönliche Schicksalsschläge. Er machte wei-

ter. Für die Demokratie. Für dieses Land. Und er hat Historisches vollbracht. Denken wir nur an seine Leistungen als Architekt der Deutschen Einheit.

Wolfgang Schäuble war der vollendete Staatsdiener. Immer galt für ihn: erst das Amt, dann die Person. Zum Schluss war er zu einer Instanz geworden – über Parteigrenzen hinweg. Seine Leidenschaft war das Parlament. Ein Parlament, das um seine Rechte weiß. Mit selbstbewussten Abgeordneten. Er selbst nahm sein Mandat im Deutschen Bundestag immer ernst und mit Leidenschaft wahr. Auch während er Verantwortung in der Regierung trug. 51 Jahre lang war er Abgeordneter. Niemand hat länger einem deutschen Parlament angehört. Als er 1972 in den Bundestag einzog, traf er dort noch auf

Wolfgang Schäuble war der vollendete Staatsdiener.

die Gründergeneration von 1949. Mit Ausnahme von Konrad Adenauer saß er mit allen deutschen Bundeskanzlern im Parlament. Er hatte das politische Geschäft von jenen gelernt, die unsere Demo-

kratie wiederaufgebaut haben. Er wusste: Unsere Demokratie ist nicht selbstverständlich. Sie ist es wert, verteidigt zu werden. Und sie muss verteidigt werden. Jeden Tag. Wolfgang Schäuble redete niemandem nach dem Mund, er sprach aus Überzeugung – auch um Widerspruch zu provozieren und in der Sache voranzukommen. Um gemeinsam Lösungen zu finden. Er war ein guter Zuhörer und hat sich eingelassen auf sein Gegenüber. Politische Feinde gab es für ihn nicht – das widersprach seinen demokratischen Überzeugungen.

Für ihn gab es politische Konkurrenten. Und es war sein Anspruch, sie zu verstehen. Natürlich: Er behielt gern recht. Und oft genug gab ihm die Geschichte recht. Und wenn einmal nicht, dann hat er dazu gestanden. Das hat Größe.

In seinen Reden beeindruckte er mit intellektuellem Scharfsinn, sprachlicher Präzision und politischer Angriffslust. Eine Rede ist legendär: In der Debatte über den Regierungssitz des wiedervereinigten Deutschlands plädierte er leidenschaftlich für die historische Hauptstadt. Er redete seinen Kolleginnen und Kollegen ins Gewissen: Berlin sei – ich zitiere – immer „das Symbol für Freiheit und Einheit, für Demokratie und Rechtsstaatlichkeit in ganz Deutschland“ gewesen. Wie die

Debatte ausging, ist bekannt: Der Bundestag tagt heute hier im Reichstagsgebäude.

Viele sagen, dass wir das Wolfgang Schäubles Überzeugungskraft verdanken. Berlin ernannte ihn zum Ehrenbürger. Der Baden-Württemberger Wolfgang Schäuble war stolz darauf. Als der Deutsche Bundestag ihn 2017 zum Präsidenten wählte, war das der Höhepunkt eines Lebens als Ausnahme-Parlamentarier. Als Bundestagspräsident war er ein Vorbild an Souveränität.

Sehr geehrte Damen und Herren, der Staatsdiener

Wolfgang Schäuble hat stets auch Staatsernst verkörpert, wie Jacques Schuster vor Kurzem in der WELT schrieb. Aber es gab auch eine andere Seite: Ich erinnere mich gern an seinen tiefgründigen Humor. Man musste zweimal hinhören, um die Zwischentöne zu verstehen. Wolfgang Schäuble war ein feinsinniger Mensch. Er konnte Klassiker zitieren – ebenso wie Bücher aus den aktuellen Bestseller-Listen. Er war ein Kenner der Künste. Vor gut einem Jahr wurde Wolfgang Schäubles Porträt für den Bundestaggehängt. Die erste Version zeigte ihn als Chef des Kanzleramts. Vor dem Attentat, das sein Leben für immer veränderte. Wolfgang Schäuble lehnte ab. Weitere Versionen entstanden. Und wurden verworfen.

Das Porträt, das Wolfgang Schäuble schließlich gefiel, zeigt ihn als Redner. Als Redner, der die Zuschauerinnen und Zuschauer zur Gegenrede einlädt. Und als Mann, „durch den“ – Zitat – „die Republik hindurchgegangen ist“. So beschrieb ihn Tina Hildebrandt in einem Nachruf für die ZEIT. Das Porträt zeigt auch das typische Wolfgang Schäuble-Lächeln. Etwas Jugendliches hatte er sich bewahrt. Bis zum Schluss blieb er wissbegierig und offen für Neues. Ausgerechnet er – der Alterspräsident

Er war ein guter Zuhörer und hat sich eingelassen auf sein Gegenüber.



Musikerinnen und Musiker der Berliner Philharmoniker spielen beim Trauerstaatsakt am 22. Januar 2024 zu Ehren des verstorbenen Bundestagspräsidenten a.D. Wolfgang Schäuble (CDU) im Plenarsaal des Bundestages.

Dies ist eine gekürzte Version der Debatte. Das Plenarprotokoll und die vorliegenden Drucksachen sind im Volltext im Internet abrufbar unter:

<http://dip21.bundestag.de/dip21.web/bt>

Der Deutsche Bundestag stellt online die Übertragungen des Parlamentfernsehens als Live-Video- und Audio-Übertragung zur Verfügung.

www.bundestag.de/live/tv/index.html

– nahm die jungen Abgeordneten ebenso ernst wie die jungen Menschen im Land. Er zeigte auch Verständnis für die Streiks von Schülerinnen und Schülern für eine entschlossene Klimapolitik. Auch wenn er vor den radikalen Methoden einiger Aktivistinnen und Aktivisten warnte. Aus Sorge um das Klima und die Artenvielfalt forderte er immer wieder konsequentes Handeln ein. Er selbst arbeitete in seiner Jugend auf einem Soldatenfriedhof im Elsass. Dort lagen Gefallene des 1. Weltkrieges. Diese Jugenderfahrung hat einen blei-

benden Eindruck hinterlassen. Fest verwurzelt in der Grenzregion war ihm die deutsch-französische Freundschaft ein besonderes Anliegen.

Auf den Tag genau heute vor sechs Jahren sprach er in der französischen Nationalversammlung. Er warb für eine gemeinsame Kammer mit dem Deutschen Bundestag. Die Deutsch-Französische Parlamentarische Versammlung ist sein Vermächtnis für die deutsch-französische Freundschaft.

Dafür werden ihm die Abgeordneten in beiden Ländern immer

dankbar bleiben. Bei der Amtsübergabe hat Wolfgang Schäuble mir die Deutsch-Französische Parlamentarische Versammlung sehr ans Herz gelegt. Dem Bundestag – und mir persönlich – ist sein Vermächtnis ein Ansporn und eine Verpflichtung, die Partnerschaft unserer Länder weiter zu vertiefen.

Sehr geehrte Damen und Herren „Realisten“ und „Träumer“ – Wolfgang Schäuble nutzte dieses Begriffspaar manchmal, wenn er über Europas Zukunft sprach. Für ihn war die europäische Einigung ein Friedensprojekt, die Lehre aus

der deutschen Geschichte. Wir erinnern uns besonders an den Realisten Wolfgang Schäuble, der europäische Krisen bewältigte. Wir sollten aber auch den europäischen „Träumer“ nicht vergessen, der in Krisen immer auch Chancen sah. Für sein Krisen-Management und seine Visionen wurde ihm 2012 der Aachener Karlspreis verliehen.

Wenige Tage vor seinem Tod träumte Wolfgang Schäuble noch einmal. Für eine Kolumne in der ZEIT. Er zitierte Nathan den Weisen, der zu seiner Tochter sagt:

„Weißt du, wie viel leichter an-dächtig schwärmen denn gut handeln ist?“ Es waren seine letzten veröffentlichten Worte. Sie sind eine Aufforderung an uns. Mehr als 50 Jahre lang hat Wolfgang Schäuble alles darangesetzt, klug zu handeln. Sehr, sehr oft ist ihm das gelungen.

Danke, Wolfgang Schäuble! Der Deutsche Bundestag und diese Trauerversammlung verneigen sich vor einem großen Demokraten und Staatsmann. Wir werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren.

Friedrich Merz, Fraktionsvorsitzender CDU/CSU

Wir verneigen uns vor einem wahren Staatsmann



Friedrich Merz (*1955)
Wahlkreis Hochsauerlandkreis

Sehr geehrter Herr Bundespräsident! Monsieur le Président de la République Française! Frau Bundestagspräsidentin! Frau Präsidentin des Bundesrates! Herr Bundeskanzler! Herr Präsident des Bundesverfassungsgerichtes! Liebe Ingeborg Schäuble! Liebe Familie Schäuble! Exzellenzen! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren!

Am späten Nachmittag des 4. Juli 1954 sitzen in der kleinen Stadt Hornberg im Schwarzwald drei Brüder im Alter von 16, 11 und 6 Jahren mit ihren Eltern vor einem Radio und verfolgen das Endspiel Deutschland gegen Ungarn der ersten Fußballweltmeisterschaft nach dem Zweiten Weltkrieg. Beim Stand von 0 : 2 für Ungarn bekommt der mittlere, so berichtet er es später, von seinem Vater mit den Worten „Da hast du es!“ eine kleine Ohrfeige, weil er, Wolfgang, von Anfang an gesagt hatte: „Wir gewinnen!“ Als ob er schuld sei an dem Rückstand! „Und wir gewinnen doch!“, war seine Antwort mit Tränen in den Augen.

Wir alle wissen, wie die Sache ausging: Deutschland hat das Endspiel mit 3 : 2 gewonnen; das „Wunder von Bern“ war geboren – und der elfjährige Wolfgang

Schäuble hatte recht behalten.

Vor vier Wochen, am Abend des zweiten Weihnachtstages, ist der fußballbegeisterte Junge von damals im Alter von 81 Jahren gestorben. Was sagt uns diese kleine Familiengeschichte aus den Anfängen unserer Republik noch heute? Nun, zum einen: Da war schon mit elf Jahren jemand, der nicht aufgibt, auch nicht bei einem Rückstand. Und: Da war jemand richtig sport- und fußballbegeistert.

Nicht aufgeben und die Begeisterung für den Sport – diese beiden Charaktermerkmale sind auch die nachfolgenden sieben Jahrzehnte prägende Eigenschaften von Wolfgang Schäuble geblieben.

„Prominente Vorbilder hatte ich in meinem Leben keine“, schreibt er in seinen Erinnerungen, die er noch in der Woche vor Weihnachten fertiggestellt hat, „... aber wenn es ein Idol meiner Jugend gab, dann war es Fritz Walter, der Kapitän der Weltmeisterschaft. ... Ehrgeiz, Leistungsbereitschaft, der Wille zum Erfolg, aber auch Bodenständigkeit, Heimatverbundenheit, Bescheidenheit – und vor allem Anstand: Das alles verbinde ich mit Fritz Walter. Es sind prägende Werte, die mir auch meine Eltern vorlebten“, so schreibt er es.

1974 wird Deutschland zum zweiten Mal Fußballweltmeister. Und dieses Bild geht um die Welt: Franz Beckenbauer als der Kapitän der deutschen Mannschaft hält den schweren Goldpokal in die Höhe, und direkt hinter ihm stehen Wolfgang Schäuble und seine Frau Ingeborg zusammen mit Fritz Walter. Zwei Jahre zuvor war Wolfgang Schäuble erstmalig Mitglied des Deutschen Bundestages geworden, und er wurde von seiner Fraktion zunächst in den Sportausschuss des Deutschen Bundestages entsandt. Beim Endspiel in München 1974 war er

sportpolitischer Sprecher unserer Fraktion.

Welche kleine Ironie der Geschichte, dass wir nun zu Beginn des Jahres 2024 innerhalb weniger Tage Abschied nehmen von beiden – von Wolfgang Schäuble und von Franz Beckenbauer. Mit beiden geht ein Stück Geschichte unseres Landes; aber es bleiben eben diese Bilder, die auch uns prägen und dankbar erinnern.

Die Wahlperiode von 1972 war eine Wahlperiode härtester politischer Auseinandersetzungen. Im Mittelpunkt der Auseinandersetzungen stand die Ostpolitik der sozialliberalen Koalition, das gescheiterte Misstrauensvotum gegen Willy Brandt, 1974 der Kanzlerwechsel-

hin zu Helmut Schmidt.

Der Wechsel wird zum Begleiter von Wolfgang Schäuble – Kanzlerwechsel und Regierungswechsel. Kein Abgeordneter des Deutschen Bundestages hat davon mehr erlebt als Wolfgang Schäuble: erst Abgeordneter in der Opposition, dann in der Regierung, wieder in der Opposition, erneut Regierung und zum Schluss noch einmal Opposition.

Über allem steht die protestantische Pflichterfüllung. Eine Pflichterfüllung gepaart mit Neugier und Zugewandtheit zu den Menschen. Mit Freude an der politischen Arbeit, mit Rede und Gegenrede, mit Höhen und Tiefen.

Wolfgang Schäuble war – wir haben es in den letzten Tagen oft nachlesen können und voller Respekt auch sagen hören – über 50 Jahre Mitglied des Deutschen Bundestages, fast zwei Jahrzehnte Bundesminister, zehn Jahre Vorsitzender unserer Bundestagsfraktion, zum Schluss Präsident des Deutschen Bundestages.

In seinen Reden beeindruckte er mit intellektuellem Scharfsinn und sprachlicher Präzision.



Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier begleitet Ingeborg Schäuble, die Witwe von Wolfgang Schäuble, in den Plenarsaal des Bundestages. Ihnen folgen Bundestagspräsidentin Bärbel Bas und der französische Präsident Emmanuel Macron.

wenigen Monaten nach dem Fall der Mauer einen unterschrittsreifen völkerrechtlichen Vertrag über den Beitritt der damaligen DDR zur Bundesrepublik Deutschland zu verhandeln und in beiden Parlamenten, dem Deutschen Bundestag und der frei gewählten Volkskammer der DDR, zur Zustimmung zu bringen.

Vergessen wir auch heute nicht, dass dieser Vertrag nur möglich wurde, weil

Deutschland in dieser Zeit des Umbruchs in Europa und darüber hinaus hohes Vertrauen bei zahlreichen Staats- und Regierungschefs und in sehr

vielen Ländern genoss, nicht überall gleich ausgeprägt, aber immerhin ausreichend genug, um vor dem Einigungsvertrag noch den Zwei-plus-Vier-Vertrag mit den Siegermächten des Zweiten Weltkrieges abzuschließen, ein Vertrag, der Deutschland erst die volle Souveränität zurückgab, den Einigungsvertrag dann auch abzuschließen. Ich habe diese spannende historische Zeit unseres Landes miterlebt als Abgeordneter im Europäischen Parlament. Unsere europäischen Partner schauten damals mit einer besonderen Sensibilität und häufig mit Skepsis auf die politischen Entwicklungen in Deutschland. Helmut Kohl und Wolfgang Schäuble, ebenso wie Theo Waigel und Hans-Dietrich Genscher, im Verlaufe des Prozesses auch Willy Brandt waren die Repräsentanten unseres Landes, die in Europa, in den USA und in der damals noch bestehenden Sowjetunion ein so hohes Maß an Vertrauen genossen, dass der Einigungsvertrag möglich wurde. Und darauf wurde Wolfgang Schäuble nie müde hinzuweisen: Deutschland hat Verantwortung in und für Europa; aber Deutschland braucht auch Vertrauen in Europa. Und dieses Vertrauen muss sich Deutschland immer wieder und beständig erarbeiten, verbunden mit der Bereitschaft, Führungsverantwortung zu übernehmen.

Die Tatsache, dass der polnische Ministerpräsident Mateusz Morawiecki im letzten Jahr hier in Berlin die Festrede für Wolfgang Schäuble im Jüdischen Museum aus Anlass seines 50. Bundestagsjubiläums gehalten hat, war Ausdruck eines solchen Vertrauens.

Die Tatsache, dass Sie, sehr geehrter Herr Staatspräsident Emmanuel Macron, heute hier bei uns sind und beim Trauerstaatsakt für Wolfgang Schäuble sprechen, ist ebenfalls Ausdruck eines solchen Vertrauens und ehrt uns alle.

Wolfgang Schäuble hat als Bundesinnenminister und als Bundesfinanzminister an so gut wie allen

europäischen Räten, dem Rat für Justiz und Inneres und dem Rat für Wirtschaft und Finanzen, persönlich teilgenommen.

Nur so konnte er ein breites Netzwerk aufbauen bis hin zu Freundschaften mit vielen seiner Kolleginnen und Kollegen aus den Mitgliedstaaten der Europäischen Union. Die vielen Schreiben und Zeichen der Verbundenheit, die die Familie Schäuble, die aber auch wir, seine politischen Freunde, in den letzten Wochen aus Deutschland, aus vielen Ländern Europas, ja aus der ganzen Welt erhalten haben, sind Zeichen einer tiefen Zugewandtheit und eines großen Respektes. Wolfgang Schäuble hat immer gewusst, wie wichtig diese persönlichen Begegnungen in der Politik sind, vor allem in der europäischen Politik. Er konnte in der Sache sehr hart sein, und das hat ihm – zum Beispiel in der Finanzkrise – nicht nur neue Freunde eingetragen. Aber sein Umgang war immer fair, er war immer bereit, seinem Gegenüber respektvoll zuzuhören, und war immer bereit, im Interesse Europas Kompromisse zu machen. Die Zusammenarbeit mit Frankreich war für Wolfgang Schäuble besonders wichtig. Diese Einschätzung war ihm nicht nur durch seine Herkunft in die Wiege gelegt. Er wusste um die historische Bedeutung und um unsere besondere Verantwortung zusammen mit Frankreich.

Deshalb ist es – Frau Bundestagspräsidentin, Sie haben es bereits gesagt – ein so schönes Zeichen, dass wir heute, am 22. Januar, zusammentreffen, dem Tag, an dem vor genau 61 Jahren der Vertrag über die deutsch-französische Zusammenarbeit, den wir seitdem auch den „deutsch-französischen Freundschaftsvertrag“ nennen, in Paris verabschiedet wurde.

Wolfgang Schäuble war ein begnadeter Redner, ein leidenschaftlicher Parlamentarier. Wir haben es schon einige Male gesagt, und an einem solchen Tag wie heute verdient es, wiederholt zu werden: Wir wären heute ohne Wolfgang Schäuble vermutlich nicht in dieser Stadt und nicht in diesem Haus. Mit Berlin hat Wolfgang Schäuble aber immer mehr verbunden als lediglich einen Standort von Parlament und Regierung. Er hat Berlin auch nicht nur als unsere Hauptstadt im formalen Sinne gesehen. Berlin war für ihn vor allem – und so hat er es in der schon genannten Rede in der Bonn-Berlin-Debatte zum Ausdruck gebracht – „das Symbol für Einheit und Freiheit, für Demokratie und Rechtsstaatlichkeit für das ganze Deutschland“.

Ich selbst habe Wolfgang Schäuble persönlich erst seit 1994 näher kennengelernt, mit meinem Wechsel in den Deutschen Bundestag. Da hatte sein „zweites politisches Leben“ nach dem Attentat schon begonnen. Er war mein erster Fraktionsvorsitzender, und ich habe sehr viel von ihm gelernt, politisch, aber auch im Umgang mit einer Fraktion selbstbewusster Abgeordneter. Über die letzten 30 Jahre ist zwischen Wolfgang Schäuble und mir eine tiefe und vertrauensvolle Freundschaft entstanden. Wir haben nur ein einziges Mal richtig Streit miteinander gehabt, und das war – ich werde den Tag nicht vergessen – am 12. Mai 2012. An diesem Tag gewann meine Mannschaft – Borussia Dortmund – gegen seine Mannschaft – Bayern München – mit 5 : 2 den DFB-Pokal. Ich saß vor einem laut schimpfenden Wolfgang Schäuble, der in diesem Augenblick, auf mich schauend, vermutlich auch an die Ohrfeige seines Vaters vor knapp 60 Jahren gedacht haben mag. Wir haben über dieses Spiel nie wieder gesprochen! Den Vorsitz unserer

Fraktion hat Wolfgang Schäuble immer als die schönste und zugleich anspruchsvollste Aufgabe angesehen, die er hatte. Und trotzdem folgte auf diese Zeit – mit einiger Verzögerung – noch einmal eine lange Zeit in der Regierung; zum zweiten Mal Bundesinnenminister, dann mehr als sieben Jahre Bundesfinanzminister.

In beiden Ämtern hat Wolfgang Schäuble tiefe Spuren hinterlassen. Es sei nur die Islamkonferenz genannt und sein umsichtiger Umgang mit den Themen Einwanderung und Integration, aber auch die Bewältigung der Eurokrise vor zehn Jahren und erstmalig seit Jahrzehnten über mehrere Jahre ein ausgeglichener Bundeshaushalt. Politik hat einen Führungsauftrag“, so schreibt er in seinen Erinnerungen, „und muss Vorstellungen von der Zukunft entwickeln und für sie eintreten, im Zweifel erst einmal gegen die Mehrheit, aber die kann man gewinnen.“ Alle diese Erfahrungen, dieses Wissen und die ihm immer erhalten gebliebene uneitle Bescheidenheit ließen ihn zu einem herausragenden Präsidenten unse-

res Parlaments werden. Lassen Sie mich abschließend aus seiner Antrittsrede zitieren, die er nach seiner Wahl zu unserem Präsidenten am 24. Oktober 2017 hier im Haus gehalten hat: „Wir müssen das Vertrauen in das repräsentative Prinzip wieder stärken.“ Und er fügte hinzu: „Freiheit, Rechtsstaatlichkeit, sozialer Zusammenhalt, ökologische Nachhaltigkeit: Ohne Parlamentarismus geht all das nicht.“ Ohne Parlamentarismus geht all das nicht.“ Dieser Satz steht über dem politischen Lebensweg von Wolfgang Schäuble. Dieser Satz ist sein eigentliches politisches Vermächtnis. Und so nehmen wir heute hier in Berlin endgültig Abschied von Wolfgang Schäuble. Wir teilen unsere Trauer mit seiner Familie, seinen Freunden, seinen Weggefährten. Wir sind und bleiben ihm zu großem Dank verpflichtet. Wir verneigen uns vor einem wahren Staatsmann unseres Landes, vor einem europäischen Staatsmann, vor einem streitbaren Demokraten, vor einer prägenden Persönlichkeit der jüngeren Geschichte unseres Landes.

Danke, Wolfgang Schäuble.

Emmanuel Macron, Staatspräsident der Französischen Republik

Mehr denn je muss dieses Denken unser Handeln lenken



Emmanuel Macron (*1977)
Staatspräsident der Republik Frankreich

Liebe Frau Schäuble, Sehr geehrter Herr Bundespräsident, Sehr geehrte Frau Bundestagspräsidentin, Sehr geehrter Herr Bundeskanzler, Sehr geehrter Herr Präsident des Bundesverfassungsgerichts, Sehr geehrte Abgeordnete, Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Deutschland hat einen Staatsmann verloren. Europa hat eine Säule verloren. Frankreich hat einen Freund verloren. Wenn heute im Bundestag die Stimme eines Franzosen zu hören ist, dann ist das der Freundschaft dieses großen Deutschen zu verdanken, dessen Stimme dort so lange Zeit hindurch ertönte, länger als jede andere, ein halbes Jahrhundert lang.

Mir wird damit eine große Ehre zuteil.

Ich weiß zu ermessen, was das Ansinnen Wolfgang Schäubles über das Vertrauen zwischen unseren beiden Ländern besagt, was es über unsere Geschichte besagt und was es über unsere Zukunft besagt.

Nacheinander hat Europa zwei seiner größten Vordenker verloren, Jacques Delors und Wolfgang Schäuble. Zwei Staatsmänner, die für ihre Länder und für Europa alles gegeben haben. Zwei Leben als Bindeglieder.

Auf der einen Seite der Enkelsohn eines Schreiners, geboren an den Flanken des Schwarzwalds, auf der anderen der Enkel eines Landwirts, aufgewachsen in den Ausläufern des Zentralmassivs.

Zwei Finanzminister mit der gleichen intellektuellen Aufrichtigkeit und demselben Verantwortungsbewusstsein, zwei Gründerväter der europäischen Einigung und der Aussöhnung der Völker. Sie sind im Abstand einer Nacht von uns gegangen, am 26. und 27. Dezember, und unser Herz als Europäer trägt seither zweifache Trauer.

Sie, Herr Präsident Steinmeier, waren am 5. Januar gekommen, um an meiner Seite im Hof der Invaliden Jacques Delors zu ehren, und ebenso stehe ich heute im

Halbrund des Bundestags, um den Lebensweg von Wolfgang Schäuble zu ehren, eines großen Dieners Deutschlands, eines großen Europäers und eines großen Freundes Frankreichs. Dabei war Frankreich für ihn als Kriegskind nicht mehr als ein Wort, das für dramatische Ereignisse stand, für Namen von Schlachten, von Toten und Zerstörungen, die er kaum verstand.

Nur wenige Kilometer weiter, auf der anderen Seite der Grenze, lagen Colmar und Straßburg, so nah und doch so ungreifbar. Dann erhielten diese Namen Gesichter.

Das freundliche Gesicht eines französischen Offiziers, der im Haus seiner Kindheit in Freiburg untergebracht war, in der französischen Besatzungszone. Die Gesichter treuer Freunde, die er nie vergessen sollte, die Gesichter von Frauen und Männern, mit denen er Werte und Projekte teilte.

Dann kam die französische Sprache, die er lernte, die ihm die Türen zur französischen Welt von Literatur, Kultur und Film öffnete.

Er las Albert Camus ebenso wie Hannah Arendt.

Er liebte Catherine Deneuve ebenso wie Karin Dor, und Jeanne Moreau ebenso wie Maria Sebaldt.

Später kamen Reisen, die Lichter von Paris, die endlosen weißen

Gräber auf den Militärfriedhöfen der Vogesen. Und darauf folgte ein Ausspruch aus dem Mund von General De Gaulle, der sich 1962 auf Deutsch an die deutsche Jugend von Ludwigsburg wandte, in „seinem“ Land Baden-Württemberg:

„Ich beglückwünsche Sie ferner, junge Deutsche zu sein, das heißt Kinder eines großen Volkes. Ja-wohl! Eines großen Volkes.“

Diese Worte prägten sich ihm ein. Diese Worte, die Taten sind. Die freisprechen und versöhnen, die die Zukunft beider Länder wieder verknüpfen. Einige Monate später, am 22. Januar 1963, wurde der Élysée-Vertrag unterzeichnet. Er nahm uns in die Pflicht. Die Pflicht der Aussöhnung. Diese Aufgabe lag in den Händen mehrerer Generationen, denen Kohl, Brandt, Jacques Delors, Jean Monnet, Robert Schuman, Alcide de Gasperi und Konrad Adenauer angehörten, die „Gründerväter Europas“. Wolfgang Schäuble zählte zu dieser Generation des Aufbauwerks. Aus Ihren Worten, Frau Bundestagspräsidentin, Herr Friedrich Merz, entsteht vor meinem geistigen Auge das Fresko Ihrer kollektiven Geschichte.

Schäuble hatte jedes dieser Ereignisse seit sechzig Jahren aktiv miterlebt und war im Laufe seines politischen Engagements zu einem lebendigen Gedächtnis geworden. Seine Jahre als Abgeordneter, sein starkes Engagement an der Spitze der CDU, inmitten dieser jungen Generation, die an der Seite von Helmut Kohl die Partei modernisieren wollte - ihn unterstützte er in einem entscheidenden Moment der Weltgeschichte.

Seine Jahre als Innenminister, zweimal, als Finanzminister und Doyen Ihrer Regierung, als er Ihr Land durch die Turbulenzen des Jahrhunderts begleitete, voller Pflichtbewusstsein, voller Überzeugung. Trotz dieses Dramas, das seinen Körper lähmte und sein Leben an diesem schrecklichen 12. Oktober 1990 in ein Vorher und ein Nachher teilte: in „zwei Leben“.

Doch es gelang ihm, diese beiden Leben zu verbinden, über die Verletzung hinaus. Ebenso gelang es ihm, die beiden Teile Deutschlands zu vereinen. Der deutsche Einigungsvertrag, zu dem er beitrug, neun Monate nach dem Fall der Mauer, war für ihn „der bewegendste Moment (seines) politischen Lebens“.

Er wusste: Dieser Prozess der deutschen Wiedervereinigung war der Beginn einer neuen Ära Europas, denn die deutsche Einheit und die europäische Einigung waren - in den Worten von Helmut Kohl - zwei Seiten derselben

Medaille.

Seine Rolle an Ihrer Seite, liebe Angela Merkel, als Hüter der Finanz- und Haushaltsregeln in einem krisengeschüttelten Europa, wurde im restlichen Europa, darunter auch Frankreich, nicht immer verstanden.

Davon blieb jedoch der Respekt der Mitgliedstaaten für diesen unabhängigen Freigeist unberührt, wie jene bezeugen können, die ihm beim ECOFIN-Rat und bei der Euro-Gruppe begegnet sind - viele von ihnen sind heute hier.

Seine Verdienste um die Neuordnung Europas wurden 2012 mit dem Karlspreis ausgezeichnet.

Er übernahm die Überzeugung von Robert Schuman, man müsse die Menschen auf europäische Lösungen vorbereiten, indem man den Anspruch auf Hegemonie und Vorherrschaft überall bekämpft.

Er vertrat vehement die Interessen Deutschlands, wusste aber auch, dass in Europa niemand versuchen kann und darf, der Erste zu sein, niemals.

Sein offener Patriotismus ging einher mit der Überzeugung, dass der Erfolg Europas vom Verständnis und der Zusammenarbeit sei-

ner Mitgliedstaaten abhängt.

Bei Frankreich ging er mit gutem Beispiel voran, mit dem er eine besondere Beziehung aufbauen wollte, zusammengeschweißt durch das gegenseitige Erlernen unserer Sprachen, verstärkt durch die Deutsch-Französische Parlamentarische Versammlung, bei der er hier an diesem Ort den Vorsitz führte, und durch die grenzüberschreitende Zusammenarbeit.

Er hatte verstanden, dass von allen Grenzen des Kontinents die sensibelste, die historisch am stärksten Verletzte, unsere Grenze, auch die vielversprechendste und fruchtbarste sein konnte.

Der Vertrag von Aachen, den ich heute vor exakt fünf Jahren mit Kanzlerin Angela Merkel unterzeichnet habe, trug auch seine Handschrift. „Nur wenn Deutschland und Frankreich an einem Strang ziehen, können oft schwierige Fragen gelöst werden“, sagte er. Dieses Vertrauen nährte seinen Willen, „Europa zu denken“. 1994 schlug er zusammen mit dem Abgeordneten Karl Lamers vor, das Prinzip eines Europa zu institutionalisieren, in dem Föderalismus und treibende Kräfte

eine größere Rolle spielen. Der Vorschlag enthielt einen „harten Kern“ europäischer Staaten mit einer gemeinsamen Währung und sollte willigen Ländern die Möglichkeit geben, ihre Integration voranzutreiben und überließ es interessierten Mitgliedstaaten, ob sie sich später anschließen wollten.

Knapp dreißig Jahre später haben der Euro und Schengen bewiesen, dass diese Methode erfolgreich war, dass eine Avantgarde williger Länder den Weg der Vertiefung bahnen und gleichzeitig für all jene offen bleiben konnte, die später zu einer Teilnahme bereit waren. Das war Wolfgang Schäuble: Diese Vision, fest verankert im Pragmatismus.

Dieser einzig wahre Mut, dem Disziplin den Weg ebnet.

Nach ihm müssen wir weiter „Europa denken“, in einem sicherheitspolitischen Umfeld, das durch den Krieg in der Ukraine tief erschüttert ist und aus dem wir die Konsequenzen ziehen müssen: Diese Politik der „Zeitenwende“ hat Wolfgang Schäuble unterstützt, er setzte sich ab dem ersten Tag des russischen Angriffs für die

Ukraine ein und war für einen Beitritt der Ukraine zur EU und zur NATO.

Der Krieg vor unseren Toren, sagte er, zwingt Europa, erneut zusammenzukommen. Er fügte hinzu: „Bestimmte Werte - Frieden, Freiheit, Sicherheit, Wohlstand - können wir nur gemeinsam erhalten, besser als jeder von uns allein.“

Der Lebensweg dieses großen Deutschen, dieses großen Europäers, zeigt uns, dass er die großen Transformationen seines Landes und die Transformationen des europäischen Projekts seit jeher als ein Ganzes verstand.

Diese untrennbare Verbindung zwischen Deutschland und Europa ist die Alchemie, die Formel, durch die beide Länder seit dem Zweiten Weltkrieg aufblühen konnten.

Und diese deutsch-französische Beziehung ist die Hüterin dieser Formel, dieser Verbindung.

Als fundamentales Bindeglied Europas. Davon war Wolfgang Schäuble fest überzeugt, ebenso wie Jacques Delors, François Mitterrand, Helmut Kohl und ihre Nachfolger beiderseits des Rheins. Mehr denn je muss dieses Denken unser Handeln lenken. Es lebe Europa. Es lebe Deutschland. Es lebe die deutsch-französische Freundschaft.

Deutschland hat einen Staatsmann verloren. Europa hat eine Säule verloren.

Der Krieg vor unseren Toren, sagte er, zwingt Europa, erneut zusammenzukommen.



Der französische Präsident verabschiedete sich in seiner Gedenkrede auf Deutsch von Wolfgang Schäuble und nannte ihn einen „großen Freund Frankreichs“.

Gedenkstunde für die Opfer des Nationalsozialismus im Deutschen Bundestag am 31. Januar 2024

Bärbel Bas, Bundestagspräsidentin

Wir erheben unsere Stimme gegen jede Form von Judenhass!



Bärbel Bas (*1968)
Wahlkreis Duisburg

Vor 79 Jahren wurde Auschwitz befreit. Heute gedenken wir der Opfer des Nationalsozialismus. Wir erinnern an jeden einzelnen Menschen, der von den Nationalsozialisten ausgegrenzt, entrechtet, beraubt, verfolgt, gedemütigt, gequält und ermordet wurde.

Sehr geehrter Herr Bundespräsident! Sehr geehrte Frau Bundespräsidentin! Frau Bundesratspräsidentin! Frau Vizepräsidentin des Bundesverfassungsgerichts! Exzellenzen! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Verehrte Gäste!

Wir erinnern an alle so unterschiedlichen Menschen, die Opfer des nationalsozialistischen deutschen Terrors wurden: Wir gedenken der sechs Millionen ermordeten Jüdinnen und Juden Europas. 85 Jahre nach dem deutschen Überfall auf Polen erinnern wir in diesem Jahr besonders an die Opfer der deutschen Besatzungsherrschaft und Vernichtungspolitik in Mittel- und Osteuropa. 80 Jahre nach dem Warschauer Aufstand, 81 Jahre nach dem Aufstand im Warschauer Ghetto gedenken wir derer, die Widerstand leisteten und das mit dem Leben bezahlten. Wir gedenken der Sinti und Roma. Wir gedenken der wegen ihrer politischen Überzeugung, ihres christlichen Glaubens oder als Zeugen Jehovas verfolgten Menschen. Wir gedenken der verfolgten queeren Menschen, der als angeblich „asozial“ Diffamierten und der Opfer der sogenannten „Euthanasie“. Und wir erinnern an all diejenigen, die als Kriegsgefangene sowie Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter ausgebeutet und entrechtet wurden. Wir gedenken aller Menschen,

die von den Nationalsozialisten ermordet wurden. Wir gedenken auch der Überlebenden des Holocaust. Denn der Holocaust verschwand nie aus ihrem Leben. Und nie aus dem Leben ihrer Familien. „Auschwitz bleibt ein Leben lang in mir, bleibt immer Teil meines Körpers und meines Geistes.“ So sagt es Tova Friedman, die als Kind Auschwitz überlebte. Heute sind mehrere Generationen im Gedenken vereint. Die erste Generation: Die Überlebenden, vor denen wir uns heute verneigen. Wie Sie, liebe Frau Szepesi, ich bin sehr dankbar, dass Sie heute zu uns sprechen. Seien Sie herzlich willkommen!

Ich darf heute auch weitere Überlebende begrüßen: Ein herzliches Willkommen Ihnen allen, ganz besonders Frau Friedländer und Frau Knobloch! Lieber Herr Reif, Sie vertreten heute die zweite Generation. Ihr Vater war Überlebender. Auch Ihnen ein herzliches Willkommen und meinen Dank, dass Sie zu uns sprechen. Liebe Frau Szepesi, auch Ihre Kinder, Enkel und Urenkel sind hier. Viele von ihnen setzen sich dafür ein, die Erinnerung wachzuhalten. Ihnen allen ein herzliches Willkommen!

Ich darf außerdem über 60 Jugendliche im Plenarsaal begrüßen. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer unserer Jugendbegegnung. Eine Veranstaltung, die auch in diesem Jahr die Gedenkstunde begleitet. Und ich begrüße die Studierenden der Universität der Künste Berlin. Von Ihnen hören wir heute Musik von Künstlerinnen und Künstlern, die von den Nationalsozialisten verfolgt oder ermordet wurden.

Sehr geehrte Damen und Herren, für die Überlebenden und ihre Familien stellen und stellen sich schwierige Fragen: Wie kann man weiterleben, wenn man Auschwitz erlebt hat? Wie kann und soll man die eigene Erinnerung an den Holocaust weitergeben? Wie geht man als Kind oder Enkel mit dem Schmerz der Eltern oder Großeltern um?

Liebe Frau Friedländer, Sie sagen: „Jeder hatte seinen eigenen

Schmerz.“ Zitatende. Und so unterscheidet sich auch, wie die Überlebenden versuchten, nach und mit dem erlittenen Grauen ihr Leben zu machen. Viele Überlebende schwiegen. Nur so erschien es ihnen möglich, mit den Erinnerungen weiterzuleben. Nach Ihrer Befreiung wollten Sie, liebe Frau Szepesi, nie mehr über Auschwitz sprechen. Viele verdrängten die Erinnerung. Um wieder Halt zu finden in einem – zumindest äußerlich – normalen Alltag. Soweit das möglich war. Einige wollten die eigenen Kinder vor dem Grauen abschirmen. Lieber Herr Reif, auch Ihr Vater sprach nicht über seine Erlebnisse. Sie wuchsen „mit Schweigen behütet“ auf, wie Sie es formulieren. Viele waren die einzigen Überlebenden in ihren Familien. Sie empfanden zusätzlich zu ihrem Schmerz auch Schuldgefühle: Warum hatten gerade sie überlebt?

Es ist unsere Verpflichtung, das Gebot des „Nie wieder!“

Einige Überlebende sprachen später doch – auch Sie, liebe Frau Szepesi. Die Hoffnung ist: Sprechen hält die Erinnerung wach. Wenn die Überlebenden sprechen, geben sie den Toten eine Stimme. Meine Damen und Herren,

im Dezember 1963 begann der erste Frankfurter Auschwitz-Prozess. 360 Überlebende nahmen als Zeuginnen und Zeugen die Last des Sprechens auf sich. Sie standen

den Angeklagten, ihren Peinigern, direkt gegenüber. Sie durchlebten nochmals ihr Leid, das die Deutschen ihnen antaten. Damit die Wahrheit über die deutschen Verbrechen öffentliches Wissen wird. Damit zumindest einige der Täter zur Rechenschaft gezogen wurden. Bei der Urteilsverkündung sagte der Richter Hans Hofmeyer. Ich zitiere: „In Auschwitz begann eine Hölle, die für das normale menschliche Gehirn nicht auszudenken ist und die zu schildern die Worte fehlen.“ Zitatende.

Bei Gericht konnten die Überlebenden sicher sein, Zuhörerinnen und Zuhörer zu finden. In unserer Gesellschaft war das nicht selbstverständlich. Auch Sie, liebe Frau Szepesi, sagen: „Lange wollte niemand meine Geschichte hören.“ Zitatende. Es erfüllt mich mit Scham, dass den Überlebenden lange niemand zuhören wollte, wenn sie von ihrem Leid und den deutschen Verbrechen sprachen. Heute liegt die Erinnerung oft wie ein Schatten über den Familien der Überlebenden. In ihnen lebt das Leid der Eltern und Großeltern weiter. Die Wunden werden vererbt. Sehr geehrte Damen und Herren, 79 Jahre sind vergangen, seit Auschwitz befreit wurde. Beinahe ein Menschenleben. Nur wenige Zeitzeugen können noch zu uns sprechen. Ihre persönlichen Schilderungen rufen uns ins Bewusstsein: Wir tragen Verantwortung, dass sich der Holocaust nie wiederholen darf.

Es ist unsere Verpflichtung, das Gebot des „Nie wieder!“ mit gleicher Stärke und Überzeugung weiterzugeben. Von Generation zu Generation. Diese Verantwortung

verjährt nicht. „Nie wieder!“ – war, ist und bleibt eine Aufgabe für unsere gesamte Gesellschaft. Jede und jeder kann und muss dazu beitragen. Unabhängig davon, was die eigenen Eltern, Großeltern und Urgroßeltern getan und erlitten haben. Oder wo sie herkommen.

Meine Damen und Herren! Ich stelle mir oft die Frage: Wie setzen wir unsere Verantwortung des „Nie wieder!“ um? Ich bin überzeugt: Wir müssen uns über diese Verantwortung immer wieder neu verständigen. Deutsche haben sechs Millionen Jüdinnen und Juden ermordet. Lange haben wir gehofft: Die nachfolgenden Generationen müssten mit diesem Wissen immun sein gegen Antisemitismus. Wir merken in diesen Tagen leider deutlich: Das

Wir sind eine Gesellschaft, die jeden einzelnen Menschen achtet.

stimmt nicht. Juden-hass ist kein Problem nur der Vergangenheit. Antisemitismus ist ein Problem der Gegenwart. Das zeigt sich in erschreckender Weise seit dem 7. Oktober, seit dem barbarischen Hamas-Terrorangriff auf Israel.

Im Kibbuz Kfar Azza habe ich die Zerstörung und die Spur des Hamas-Terrors gesehen. Herr Botschafter Prosor: Sie können sich der Solidarität dieses Hauses sicher sein. Und wir wollen dabei unterstützen, eine Perspektive des friedlichen Zusammenlebens in Nahost zu schaffen. Es ist ein Gebot der Menschlichkeit, das Leid aller Menschen zu sehen. Das Leid der Zivilbevölkerung in Gaza genauso wie das Leid der Geiseln,

Fortsetzung auf nächster Seite



Musikalische Darbietung durch Studierende der Universität der Künste während der Gedenkstunde des Bundestages an die Opfer des Nationalsozialismus.

© DBT/Janine Schmitz/photothek

die seit dem 7. Oktober in der Gewalt der Hamas sind. Wir können uns ihre Qualen kaum vorstellen. Aber ich weiß, wie sehr ihre Familien leiden. Ich habe zwei Mal Angehörige hier im Deutschen Bundestag und auch in Israel getroffen. Wir werden nicht nachlassen, die Freilassung der Geiseln zu fordern.

Meine Damen und Herren, auch in Deutschland steigt die Gewalt gegenüber Jüdinnen und Juden. Es bedrückt mich, wenn jüdische Studierende erzählen, dass sie seit dem 7. Oktober nicht mehr an der Uni waren. Aus Angst, dort angefeindet zu werden. Oder wenn Jüdinnen und Juden vermeiden, ihren Namen und ihre Adresse anzugeben. Aus Angst, zu Hause bedroht zu werden. Viele sprechen auf der Straße nicht mehr hebräisch. Aus Angst,

aufzufallen. Über 2.000 antisemitische Straftaten wurden seit dem 7. Oktober begangen. Fast jede Stunde eine Straftat. Dieser Ausbruch des Antisemitismus ist eine Schande für unser Land. Deutschland darf und wird dazu nicht schweigen. Lieber Herr Schuster, wir stehen solidarisch an der Seite der Jüdinnen und Juden. Und wir erheben unsere Stimme gegen jede Form von Judenhass!

Meine Damen und Herren, das Erinnern darf sich nicht auf Gedenkveranstaltungen beschränken. Wir müssen die Erinnerung an den Holocaust immer wieder neu beleben. Ich danke allen, die die Erinnerung mit großem Engagement und auch neuen Ideen wachhalten. Mit Formaten wie den digitalen Zeitzeugen, denen Schülerinnen und Schüler Fragen stellen können. Mit virtuellen Pro-

jektionen zerstörter Synagogen. Mit Tiktok-Videos von Überlebenden. Mit so vielem mehr.

Wir brauchen mehr politische Bildung: gegen Antisemitismus, gegen Rassismus, gegen Menschenfeindlichkeit. Auch und gerade in Schulen. Wir müssen Begegnungen schaffen,

um Hass abzubauen. „Meet a Jew!“, so heißt eine Initiative des Zentralrats der Juden. Wir müssen Respekt und Toleranz stärken. Wie es einige Rabbiner und Imame tun, wenn sie gemeinsam in Schulen gehen. Unser Rechtsstaat muss mit aller Entschiedenheit gegen Antisemitismus vorgehen. Und gegen alle, die unsere Demokratie zerstören wollen. Das muss selbstverständlich sein. Wenn sich Ausgrenzung und Hass in unserem Land breit machen, dann wird unsere Demokratie erdrückt.

Liebe Frau Szepesi, wenn Sie mit Jugendlichen über Ihr Leben sprechen, sagen Sie oft: Wenn man Ungerechtigkeit erlebe, dann solle man „nicht schweigen, sondern dem entgegenzutreten“. Zitatende.

Lassen Sie uns alle den Mut haben: nicht zu schweigen, sondern Hass und Menschenfeindlichkeit entschlossen entgegenzutreten! Hunderttausende sind in den vergangenen Wochen aufgestanden. Überall in Deutschland, im ländlichen Raum und in den Städten. Jung und Alt, viele Familien, mit und ohne Migrationshintergrund. Sie alle haben gezeigt: Unsere Demokratie ist vielfältig, lebendig und wehrhaft. Dafür danke ich!

Auch im Alltag müssen wir dagegenhalten. Wenn wir antisemitische oder rassistische Parolen hören. In der U-Bahn, im Kollegen-

kreis, an den Schulen. Jede und jeder einzelne kann zeigen: Wir sind eine Gesellschaft, die jeden einzelnen Menschen achtet. Unabhängig von Religion, Herkunft oder Aussehen.

Meine Damen und Herren! die deutsche Demokratie und die Erinnerung an die deutschen Verbrechen gehören zusammen. Dieses Jahr feiern wir das 75. Jubiläum unseres Grundgesetzes. Es wurde verfasst unter dem Eindruck von Völkermord, Diktatur und Krieg. Das Grundgesetz atmet den Geist des „Nie wieder!“. „Die Würde des Menschen ist unantastbar.“ Das ist eine zentrale Lehre der Shoa, die uns verpflichtet: Menschlichkeit muss immer unser Maßstab sein – gegenüber jedem einzelnen Menschen.

Liebe Frau Szepesi, ich danke Ihnen sehr, dass Sie heute hier

Eva Szepesi

Die Shoah begann nicht mit Auschwitz, sie begann mit Worten



Eva Szepesi (*1932)
Überlebende des Holocaust

Sehr geehrte Frau Bundestagspräsidentin Bas! Sehr geehrter Herr Bundespräsident Steinmeier! Sehr geehrte Mitglieder des Bundestages! Sehr geehrte Damen und Herren! Es ist mir eine große Ehre, heute hier sprechen zu dürfen. Ich bin sehr glücklich, dass meine lieben Töchter, Enkel und Urenkel hier anwesend sind.

EUCH gibt es, weil ich vor 79 Jahren am 27. Januar 1945 von der Roten Armee als 12-Jährige in Auschwitz-Birkenau befreit wurde. Aber lassen sie mich von vorne beginnen.

Mein Name ist Eva Szepesi. Geboren bin ich am 29. September 1932 als Diamant Eva, in einem Vorort von Budapest. Ich hatte eine glückliche Kindheit mit meinen lieben Eltern, meinen Großeltern und meinem kleinen Bruder Tamás, bis zu meinem 6. Lebensjahr. Dann traten auch in Ungarn 1938 die Rassengesetze der Nazis in Kraft und damit die Diskriminierungen gegen die Juden im Alltag.

Ich musste meine geliebten Haustiere abgeben, nur – weil ich Jüdin bin. Ich durfte nicht mehr ins Schwimmbad, nur – weil ich Jüdin bin. Ich spürte die Ausgrenzung in meiner Schule, auch von meinen besten Freunden, nur – weil ich Jüdin bin. Vor unserem Haus stand eine schöne alte Wasserpumpe. Ich spielte dort oft mit meinen Freunden. Eines Tages, ich war damals 8 Jahre alt, ging ich fröhlich durch unser Gartentor. Ich sah verwundert, dass zwei von meinen Freunden, ein rohes blutiges Stück Fleisch unter den Wasserstrahl hielten. Plötzlich drehte sich Einer um und entdeckte mich. „Was glotzt du so blöd... Saujüdin“, schrie er mir entgegen. Ich starrte ihn verblüfft an, da rief einer meiner besten Freunde: „Ja, Schau ruhig her! Genauso wie von diesem blutigen Stück Fleisch, wird auch bald das Blut von Deinem Vater fließen!“ Mein Vater, der mir entgegenkam, sah die Tränen in meinen Augen. Er drückte mich ganz fest an sich.

„Ich weiß, deine besten Freunde. Das tut weh. Aber glaube mir, mein kleines Mädchen, die wissen gar nicht, was sie reden. Jemand hat sie gegen uns aufgehetzt. Sie tragen keine Schuld.“ Mein Vater musste 1942 wie fast alle jüdischen Männer zum Arbeitsdienst, Munkaszolgálat. Sie bekamen keine Uniform, nur eine gelbe Armbinde, die sie als Juden kennzeichnete. Unter Quälereien und Misshandlungen mussten sie diesen Arbeitsdienst verrichten

Ich sah ihn nie wieder.

Am 19. März 1944 besetzten die Deutschen Ungarn.

Ich spürte eine starke Unruhe bei meiner Mutter und Tante Piri. Die Tante lebte seit Anfang 1943 bei uns, nachdem sie aus der Slowakei geflohen war. Dass meine Großeltern und weitere Familienmitglieder schon 1942 aus der Slowakei deportiert und ermordet wurden, erfuhr ich erst viele Jahre später. Ab dem 5. April waren wir verpflichtet, den gelben Stern zu tragen. Eines Tages nahm meine Mutter mich zu sich und erklärte mir, dass ich mit Tante Piri heimlich über die Grenze in die Slowakei gehen würde. Ich sollte mich taubstumm stellen.

Beim Abschied auf dem Bahnsteig drückte mich meine Mama, so fest an sich, dass ich fast keine

Luft mehr bekam. Tränen standen in ihren Augen. Ich wollte sie trösten. Ich verstand gar nicht warum sie so traurig war, wo sie doch bald nachkommen würde. Schnell umarmte ich noch meinen kleinen Bruder Tamás, bevor ich in den Zug stieg. Ich ahnte damals nicht, dass ich sie zum letzten Mal sah. Nach der lebensgefährlichen Flucht über die Grenze verließ mich auch noch meine Tante, nachdem sie mich fremden Menschen übergab. Zuletzt lebte ich bei zwei älteren Schwestern. Ich wartete immer noch täglich auf ein Lebenszeichen von meiner Mutter. Vergeblich.

Ich fühlte mich relativ sicher....bis zu jener Nacht, in der ich durch lautes Klopfen aus dem Schlaf gerissen wurde. Das Gebrüll lauter Männerstimmen „Zusammenpacken ! Mitkommen !“ Ich zog mich weinend an. Dann stand ich auch schon im Wohnzimmer drei Uni-

formierten gegenüber.

Plötzlich bemerkte ich, dass ich meine Puppe Erika im Bett vergessen hatte. Verzweifelt redete ich auf die Männer ein, aber ich durfte sie nicht mehr holen.

Sie brachten uns in ein jüdisches Altersheim, von dem täglich Transporte ins Sammellager Sered gingen. Von dort wurde ich dann mit dem letzten Transport deportiert. Im überfüllten Viehwaggon, wurde die Luft immer weniger....Mein Hunger immer quälender....Meine Angst immer größer. Plötzlich stoppte der Zug ...Die Waggon-türen wurden aufgerissen...Scheinwerferlicht blendete mich...Lautes Gebrüll der SS-Männer mit Lederpeitschen

mischte sich mit dem scharfen Bellen der Schäferhunde...Eiskälte schlug mir entgegen....Zitternd stand ich am 2. November 1944 auf der Rampe in AUSCHWITZ-BIRKENAU !Damals ahnte ich nicht, dass meine Mama

Ich kann nicht hassen. Dafür habe ich als Kind zu viel Liebe bekommen.



Eva Szepesi bei ihrer Rede im Bundestag

und mein 7-jähriger Bruder Tamás bereits vier Monate vorher auch dort angekommen und direkt nach der Ankunft vergast wurden.

Im Laufschrift wurden wir in ein Gebäude getrieben, wo wir uns nackt ausziehen mussten. Ich hatte die blaue Jacke an, die meine Mama für mich gestrickt hatte und brachte es nicht übers Herz, sie auszuziehen. Zögernd stand ich da, bis einer der Aufseherinnen mich anbrüllte:

Der 7. Oktober, der Tag, der für uns Juden auf der Welt ALLES veränderte.

„Ausziehen!“ Da streifte ich die Jacke ab und legte sie sorgfältig gefaltet neben mir auf den Boden. Die Aufseherin kam anmarschiert und schleuderte meine Jacke mit ihrem Fuß weg. Ich versuchte die Tränen zurückzuhalten. Dann näherte sich mir eine Frau mit einer Schere in der Hand und ich spürte die kalte Klinge an meiner Kopfhaut. Ohne zu zögern schnitt sie mir meine geliebten Zöpfe ab, nahm sie und warf sie auf einen großen Haufen Haare. Dann wurde ich kahlgeschoren. Entsetzt starrte ich auf meine abgeschnittenen Zöpfe. Es war, als ob man mir auch den letzten Schutz genommen hatte. Am nächsten Morgen folgte die Registrierung. Man trieb uns ganz früh aus den Baracken hinaus in den Schnee. Ich war vollkommen verstört.

Plötzlich tauchte eine Aufseherin direkt neben mir auf. Sie flüsterte mir mit energischer Stimme ins Ohr... „Du bist sechzehn und versuche dich ja nicht jünger zu stellen.“

Ich war doch erst zwölf, sollte ich lügen? Ich wurde weitergeschoben und stand auch schon vor einem der Tische. Ein strenges Gesicht schaute mich an: „Name?“ „Eva Diamant“, flüsterte ich. „Wie alt?“ Zögernd antwortete ich: „Sechzehn.“ Dann wurde mir eine Nummer auf meinen linken Unterarm tätowiert. Ab diesem Zeitpunkt war ich nur noch die Nummer A-26877. Zu den stundenlangen Appellen draußen im eiskalten Schnee, wo mir die Finger und Zehen erfroren, kamen noch die Misshandlungen dazu... Ich wurde immer schwächer, lag auf der Pritsche und nahm kaum noch wahr, was um mich herum geschah. Eines Tages bekam ich mit, dass die Deutschen alle Häftlinge zusammentrieben. „RAUS! AUFSTELLEN! LOS! MARSCH!“ Ich blieb liegen, hatte keine Kraft mehr zu reagieren. Dann war es auf einmal still in der Baracke. Neben mir lagen noch einige Frauen regungslos. Sie waren tot.

Ich weiß nicht wie lange ich so da lag, doch irgendwann spürten meine vom Fieber brennenden Lippen eine Hand, die mich mit kaltem Schnee fütterte. Der

Schnee tat gut, er stillte meine Schmerzen. Dann versank alles wieder im Dunkeln. Als ich das nächste Mal das Bewusstsein wieder erlangte, leuchtete ein feuerroter Stern über mir. Als mein Blick langsam klarer wurde, erkannte ich einen russischen Soldaten, der sich lächelnd über mich beugte. Die menschliche Wärme in seinem Blick tat mir gut. Es war der 27. Januar 1945 und ich lebte.

Nachdem ich im Lazarett versorgt und langsam wieder zu Kräften kam, erreichte ich am 18. September 1945 Budapest, in der Hoffnung, meine Familie wiederzusehen.

Mein Onkel entdeckte mich auf einer der Listen der Überlebenden aus den Lagern und holte mich ab. Er sah, dass ich mit meinen Augen nach meiner Mutter suchte und sagte mir: „Es kommen immer wieder Transporte. Wir warten.“

Mit 17 lernte ich meinen Mann Andor Szepesi kennen. Auch er verlor den größten Teil seiner Familie in der Shoah. Wir heirateten und 1952 kam unsere erste Tochter Judith zur Welt. Dann wurde mein Mann von der ungarischen Außenhandelsvertretung für 2 Jahre nach Frankfurt am Main geschickt. Nachdem wir 1956 nach der Ungarischen Revolution nicht mehr nach Ungarn zurückkonnten, blieben wir in Deutschland. 1964 kam unsere zweite Tochter Anita zur Welt. Wir eröffneten ein Geschäft und lebten uns hier langsam ein. Viele Schüler fragen mich bei meinen Lesungen: „Wie können Sie im Land der Täter leben?“ „Das ist Schicksal.“ antwortete ich. Am Anfang hatte ich große Angst hier zu sein. Aber ich kann nicht hassen. Dafür habe ich als Kind zu viel Liebe bekommen. Täglich denke ich an meine ermordete Familie. Und ich frage mich oft: Wieso habe ich überlebt? Es ist meine Lebensaufgabe geworden, für alle die zu sprechen, die nicht mehr sprechen können... So bin ich hiergeblieben, um aufzuklären, ...Glauben Sie mir, es fällt mir nicht leicht, mit 91 Jahren hier zu stehen. Aber wenn ich nur ein paar Menschen mit meinen Worten erreiche, hat es sich schon gelohnt. Ich bin dankbar für die wertvolle Arbeit der vielen jüdischen Organisationen wie die Claims Conference, die sich stark gegen die Relativierung und die Leugnung der Shoah einsetzt. Oder der „Treffpunkt der Überlebenden der Shoa“, der geschützte Raum der Zentralwohlfahrtstelle der Juden in Deutschland, den ich regelmäßig besuche. Er öffnet sich inzwischen auch schon für die zweite und dritte Generation.

Und dann kam der 7. Oktober. Der Tag, an dem der tödlichste Angriff gegen Juden seit der Shoah stattfand. Der Tag, an dem die Terrororganisation Hamas Babys, Kinder, Eltern und Großeltern, in Israel bestialisch ermordete – nur weil sie Juden waren. Der Tag, an dem die Hamas glücklich tanzende Jugendliche auf dem Nova Friedensfestival vergewaltigten, ermordeten und verschleppten... Meine Enkelin, die in Israel lebt, hätte auch dort sein können... Sehr geehrte Damen und Herren es hätten auch IHRE Kinder sein können...

Immer noch sind über 100 Geiseln in den Händen der Hamas. Ich hatte so gehofft, dass ich das heute nicht mehr sagen müsste. BRINGT SIE NACH HAUSE, Jetzt !!!! Der 7. Oktober, der Tag, der für uns Juden auf der Welt ALLES veränderte... Mein Alltag hier in Deutschland, ist seitdem geprägt von erhöhten Sicherheitsmaßnahmen. Von vermehrten antisemitischen Vorfällen. Von Ängsten. Von Gesprächen die mit „Ja, aber“ beginnen... Oder dem so lauten Schweigen aus der Mitte der Gesellschaft... Mir selbst wurden Lesungen kurz nach dem 7. Oktober in Schulen abgesagt... da nicht für meine Sicherheit gesorgt werden könnte. Die letzten Male sprach ich in Schulen unter Polizeischutz.

Ich weiß, dass ich das Trauma der Shoah an meine Kinder, Enkel und Urenkel weitergegeben habe. Aber dass sie jetzt diese Existenzängste auch REAL erleben müssen, schmerzt mich sehr. Die Shoah begann nicht mit Auschwitz. Sie begann mit Worten... Sie begann

mit dem Schweigen und dem Wegschauen der Gesellschaft. Es schmerzt mich, wenn Schüler jetzt wieder Angst haben in die Schule zu gehen – nur weil sie Juden sind. Es schmerzt mich, wenn meine Urenkelkinder immer noch von Polizisten mit Maschinengewehren beschützt werden müssen, – nur weil sie Juden sind.

Ich wünsche mir, dass nicht nur an den Gedenktagen an die toten Juden erinnert wird, sondern auch im Alltag an die Lebenden. S i e brauchen jetzt Schutz.

Es erschreckt mich, dass rechtsextreme Parteien wieder gewählt werden. Sie dürfen nicht so stark werden, dass unsere Demokratie gefährdet wird. Wir sind kurz davor. Ich wünsche mir, dass die Gesellschaft nicht schweigt, wenn am Nebentisch antisemitische Äußerungen fallen. Wer schweigt macht sich mitschuldig. Ich wünsche mir, dass Studenten ihre jüdischen Kommilitonen unterstützen, wenn sie angefeindet werden.

Ich bin dankbar, dass unsere Regierung sich gleich nach dem 7. Oktober, mit Israel solidarisiert und sich hinter die Jüdischen Gemeinden in Deutschland gestellt hat. Ich fühle mich durch unsere Demokratie beschützt... Noch Aber es macht mir große Sorgen und ich bin traurig zu sehen, was sich auf den Straßen abspielt, die Bereitschaft zur Gewalt... der Judenhass... der Menschenhass. Warum verteidigen nicht alle Menschen dieses wunderbare Grund-

gesetz und unsere Demokratie in der wir leben?

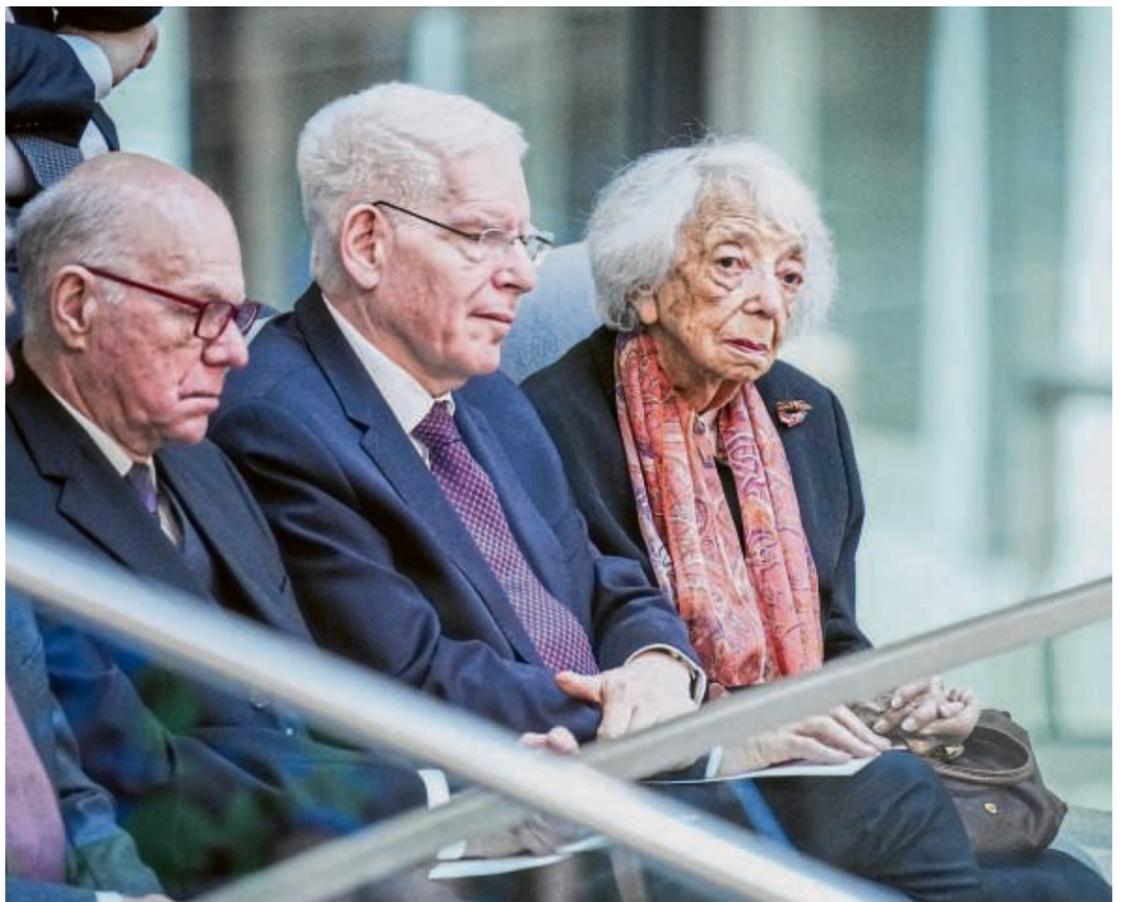
Es ist großartig, dass so viele Menschen in den letzten Wochen auf die Straße gegangen sind um gegen Rechtsextreme zu demonstrieren. Ich wünsche mir nun, dass diese Demonstranten auch im Bekanntenkreis, am Arbeitsplatz... wenn menschenfeindliche und antisemitische Äußerungen fallen, laut widersprechen.

Ich bin sehr dankbar, dass ich viele Menschen kenne, die sich gegen Antisemitismus und für gegenseitigen Respekt engagieren.

Ich bin dankbar für die Menschen, die nach dem 7. Oktober auch ohne viele Worte, einfach für uns Juden da waren. Warum nur so Wenige...? Ich sage immer zu den Menschen mit denen ich spreche: Ihr habt keine Schuld für das, was passiert ist, aber Ihr habt die Verantwortung für das was jetzt passiert. Ich wünsche mir mehr Menschlichkeit, Empathie und dass wir alle ohne Angst, in Sicherheit und in Frieden leben.

Liebe Mama, ich danke Dir, dass du mich damals gerade noch rechtzeitig auf die Flucht geschickt hast. Wie stark musst du gewesen sein, dass du mich, deine 11-jährige Tochter, in dieser grausamen Zeit ins Ungewisse gehen ließest... In der Hoffnung, dass ich überlebe. Und jetzt stehe ich hier im Bundestag... um Zeugnis abzulegen. Es war nie wichtiger als jetzt, denn Nie Wieder ist JETZT!!! Ich danke Ihnen Allen sehr fürs Zuhören.

Wenn ich nur ein paar Menschen, mit meinen Worten erreiche, hat es sich schon gelohnt.



Die Holocaust-Überlebende Margot Friedländer (rechts), Josef Schuster (Mitte), Präsident des Zentralrats der Juden in Deutschland und Norbert Lammert, ehemaliger Bundestagspräsident.

© picture alliance/dpa/Kay Nietfeld

Marcel Reif:

Ich bin der Letzte, dem es zusteht, darüber zu urteilen!



Marcel Reif (*1949)
Sohn eines Holocaust-Überlebenden

Sehr geehrte Damen und Herren, hochverehrte Frau Szepesi, auch ich möchte mich bei Ihnen bedanken dafür, dass Sie hierhergekommen sind, dass Sie gesprochen haben zu uns – nicht um Sühne oder gar Rache einzuklagen, sondern: um zu erinnern, zu mahnen. Damit geben Sie diesem neuen, anderen Deutschland eine zweite Chance, es anders, besser, richtig zu machen! Dafür kann Ihnen dieses Deutschland, können Ihnen diese Deutschen nicht genug danken. Aber diese zweite Chance darf nicht – niemals und nirgends vertan werden! Und deshalb mag ich das Wort „Mahnung“ in diesem Zusammenhang nicht, es läßt mir zu viel vermeintlichen Spielraum. „Nie wieder!“ ist mitnichten ein Appell – „Nie wieder!“ kann nur sein, darf nur sein, „Nie wieder!“ muss sein: gelebte, unverrückbare Wirklichkeit!

Sie, Frau Szepesi, sprechen, und mögen Sie das noch lange tun! Mein Vater hat geschwiegen und für dieses lebenslange Schweigen möchte ich ihm hier und heute DANKE sagen, weil ich es zu seinen Lebzeiten versäumt habe! Als sich Anfang der 50er Jahre in Polen, wo wir lebten, wieder antisemitische Strömungen breitzumachen drohten, beschlossen meine Eltern, vor Allem mein Vater: Einmal ist genug! Er hatte den Holocaust überlebt, die Meisten aus seiner Familie nicht. Über den nicht geglückten Umweg Israel zog die Familie nach Deutschland, in das Land der Täter. Aber hier waren Freunde, waren Verwandte, die helfen konnten. Hier fanden wir ein Dach über dem Kopf, hier fand mein Vater Arbeit, um die Familie durchzubringen. Das neue, andere Deutschland bot ihm jetzt eine zweite Chance auf: anständiges, würdevolles Leben. Und hier wuchsen meine Schwester und ich

auf – eine fröhliche, sorgenfreie, liebevolle Kindheit und Jugend. Fröhlich und sorgenfrei nicht zuletzt – das weiß ich heute – weil mein Vater schwieg. Kein Wort über all das, was er erlebt, überlebt hatte. Er sprach nicht und ich fragte nicht. Ich würde gern behaupten: weil es seine Entscheidung war und ich sie respektiert habe. Vielleicht, auch. Aber vor Allem war es meine Angst, Angst, Unsagbares hören, Unfassbares erfassen und Unerträgliches ertragen zu müssen: Bilder des Grauens, was man meinem großen, starken Vater angetan hatte. Die Wahrheit war doch eindeutig: ich hatte keine Großeltern, ein Onkel, eine Tante, eine Cousine waren geblieben, die Anderen: ermordet. Jahre nach Vaters Tod war offenbar ein Schweigegelöbnis seiner Frau, unserer Mutter abgelaufen. Ich wollte jetzt wissen und sie durfte sprechen. Vater war ein liebevoller, ein guter Opa. Einmal die Woche kam ich mit meinem kleinen Sohn zu Besuch. Es waren wunderbare Stunden. Nur manchmal verfiel er kurz in eine Depression, wurde für einpaar Minuten unerreichbar. Ich fand das angesichts seines kleinen Enkels unangemessen und war einmal drauf und dran, mich dazu zu versteigen, ihn dafür tadeln zu wollen. Da fuhr meine Mutter dazwischen: sie machte so eine Handbewegung (GESTE) und sagte: „Du weißt ja gar nichts!“.

Zum Glück habe ich reagiert auf dieses Durchparieren und meinen Mund gehalten. Weil ich zwar nicht wußte, aber offenbar sehr wohl ahnte: da ist Etwas, viel zu groß, viel zu furchtbar. Mutter erzählte, wie eine Gruppe Juden mit meinem Vater auf der Flucht einen kleinen Jungen – ungefähr so alt wie sein Enkel – bei polnischen Bauern zurückließ, um überhaupt eine Chance zu haben. Nach der Befreiung wollten sie den Jungen wieder abholen. „Es tut uns leid. Die Deutschen kamen und da mußten wir das Kind die Klippe runterwerfen.“ Und weißt Du: jedesmal, wenn Du mit Deinem Sohn bei uns warst, hatte er auch diesen Jungen vor Augen. Hätte ich ihn fragen sollen, fragen müssen: warum? Wäre es richtiger gewesen, besser, leichter für ihn und für mich? Ich weiß es nicht. Aber Eines weiß ich genau: ich bin der Letzte, dem es zusteht, darüber zu urteilen! Im Nachhinein sowieso. Viel zu gern hatte ich als Kind und junger Mann diesen warmen, kuscheligen Mantel seines Schweigens angenommen, mich darin eingerichtet mit den Sorgen und Problemen eines Nachkriegs-Wirtschaftswunder-Sprößlings: die Latein-Note, Form und Farbe des ersten Autos, die Fußballer-Karriere – Gegenwart

nur und rosige Zukunft. Die Vergangenheit habe ich erst 50 Jahre später wirklich angenommen in den Gesprächen mit meiner Mutter. Wobei – Gespräche? 3 Tage haben wir uns damals hingesetzt, sie hat erzählt, wir haben viel gelacht und noch mehr geweint Und sie hat am Ende bestätigt, besiegelt, was mein Vater gewollt und geschafft hatte, nämlich: es durfte nicht sein, dass auch noch seine Kinder von den furchtbaren Schatten heimgesucht, gequält werden, die seine Kindheit und Jugend verdunkelt, zerstört hatten. Wir sollten, wir durften nicht in jedem Postboten, Bäcker, Straßenbahnfahrer einen möglichen Mörder unserer Großeltern vermuten. Eine behütete, unbelastete, unbeschwerte Kindheit sollte, mußte es sein. Er wollte diesen verschlossenen Raum in unserem Lebenshaus

Drei Worte nur in dem warmen Jiddisch, das ich so vermisste: „Sej a Mensch!“, „SEI EIN MENSCH!“

auch nicht mal einen Spalt breit öffnen – auch nicht für die „guten Geister“, die da ja ebenfalls wohnten: so hatte ihn der spätere Krupp-Manager

Berthold Beitz aus einem Todeszug Richtung Vernichtungslager geholt und ihm das Leben gerettet. Ohne Beitz würde ich heute nicht hier stehen. Und: vor ein paar Jahren sprach mich ein Mann hier in Berlin auf der Straße an, ob ich ein paar Minuten hätte, er wolle mir etwas über meinen Vater berichten: auf der Flucht durch die Wälder hatte Vater ihn, den Vierjährigen auf den Schultern getragen und ihm so das Leben gerettet. Das Alles weiß ich heute. Und noch Etwas habe ich endlich – viel zu spät!- erkannt, begriffen,

und das ist das Bedeutendste: ich erinnere mich nicht an den Anlass und nicht an den Zeitpunkt, aber mir wurde irgendwann beinahe schlagartig klar, dass mein Vater ja doch gesprochen hatte und mir das gesagt und mitgegeben hatte, was ihm wichtig war; was er gerettet, was er als Essenz destilliert hatte aus dem Unmenschlichen der Häscher und Mörder, aus dem Übermenschlichen eines so mutigen Berthold Beitz; aus dem, was er selbst geleistet hatte mit dem kleinen Jungen, der seine eigene Menschlichkeit abgefragt hatte. All das hat er in einen kleinen Satz gepackt. Und ich erinnere mich täglich mehr daran, wie oft er mir diesen Satz geschenkt hat – mal als Mahnung, mal als Warnung, als Ratschlag oder auch als Tadel: 3 Worte nur in dem warmen Jiddisch, das ich so vermisste: „Sej a Mensch!“, „SEI EIN MENSCH!“.

Dein Schweigen, Deine Lebensfreude trotz Allem, deine ungeborene Fähigkeit, uns so viel Liebe und Fürsorge zu geben – und dieser Satz: „Sei ein Mensch!“ – dafür DANKE Papa! Hoffentlich habe ich meinen Söhnen und Enkeln, die da oben sitzen, dieses Vermächtnis ihres Groß- und Urgroßvaters wenigstens halbwegs ehrenvoll weiterzugeben vermocht.

Und wenn Sie es mir erlauben und wenn Sie mögen – gerade heute aus diesem Anlass und gerade in diesem höchsten Deutschen Hause: dann lass ich Ihnen diesen kleinen und doch so großartigen, wundervollen Satz, den mein Vater Leon Reif gesagt hat, lass ich Ihnen diesen Satz hier:

„SEJ A MENSCH!“ – „SEI EIN MENSCH!“



Gedenkstunde des Deutschen Bundestages für die Opfer des Nationalsozialismus

leicht
erklärt!

Fraktionen

Was ist das?



Im folgenden Text geht es um einen Fach-Begriff aus dem Bundestag.

Und zwar um den Begriff: Fraktion.

Folgende Fragen werden unter anderem beantwortet:

- Was ist eine Fraktion?
- Welche Aufgaben hat sie?
- Welche Rechte hat sie?

Was ist eine Fraktion?

Eine Fraktion ist ein Zusammenschluss von mehreren Politikern vom Bundestag.

Diese Politiker haben gemeinsame Meinungen und Ziele.

Sie tun sich zusammen, um ihre Ziele besser erreichen zu können.

Meistens gehören die Politiker zu einer Partei.

Also zum Beispiel zur SPD oder zu den Grünen.

Das muss aber nicht so sein.

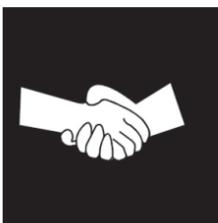
Das vielleicht beste Beispiel dafür ist die CDU/CSU-Fraktion im Bundestag.

Sie besteht aus Mitgliedern von 2 Parteien: nämlich der CDU und der CSU.

Welche Fraktionen gibt es?

Im Bundestag gibt es im Moment 5 Fraktionen:

- SPD-Fraktion
Sie hat 207 Mitglieder.
- CDU/CSU-Fraktion
Sie hat 197 Mitglieder.
- Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Sie hat 118 Mitglieder.
- FDP-Fraktion
Sie hat 92 Mitglieder.
- AfD-Fraktion
Sie hat 78 Mitglieder.





Wer kann eine Fraktion gründen?

Für eine Fraktion braucht man eine bestimmte Mindestzahl an Politikern.

Und zwar 5 % aller Politiker vom Bundestag.

Im Moment sitzen im Bundestag 736 Politiker.

Man braucht also mindestens 37 davon, um eine Fraktion zu gründen.



Mitglieder können auch aus einer Fraktion austreten.

Dann hat die Fraktion vielleicht nicht mehr die nötige Mindestgröße.

In diesem Fall muss sich die Fraktion auflösen.

Das ist letztes Jahr einer Fraktion passiert.

Sie hatte den Namen: Links-Fraktion.

Zu ihr gehörten Politiker der Partei: die Linke.

Die Fraktion hatte 38 Mitglieder.

Also nur ein Mitglied mehr, als sie mindestens brauchte.

Dann sind 10 Mitglieder ausgetreten. Denn sie wollten einer anderen Partei beitreten.

Seitdem gibt es also nur noch 28 Mitglieder der Linken im Bundestag.

Das reicht nicht für eine Fraktion.

Am 6. Dezember 2023 hat die Links-Fraktion deswegen beschlossen, sich aufzulösen.

Rechte von Fraktionen

Fraktionen spielen im Bundestag eine wichtige Rolle.

Sie übernehmen viele verschiedene Aufgaben.

Dafür haben sie verschiedene Rechte.

Im Folgenden werden einige dieser Rechte genauer beschrieben.



Ausschüsse

Fraktionen bestimmen die Mitglieder von Ausschüssen.

Ausschüsse sind Arbeits-Gruppen des Bundestags.

Jeder Ausschuss beschäftigt sich mit einem bestimmten Fach-Gebiet.

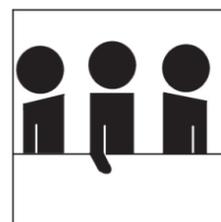
Es gibt zum Beispiel einen Ausschuss für Bildung und Forschung oder einen für Arbeit und Soziales.

Die Ausschüsse übernehmen ganz verschiedene Aufgaben.

Sie bearbeiten zum Beispiel Gesetze, bevor sie vom Bundestag abgestimmt werden.

Dadurch haben Ausschüsse also einen großen Einfluss auf die Arbeit vom Bundestag.

Je größer eine Fraktion ist, desto mehr Mitglieder darf sie in die Ausschüsse schicken.



Ältesten-Rat

Die Fraktionen schicken Mitglieder in den Ältesten-Rat.

Das ist eine Gruppierung im Bundestag.

Der Ältesten-Rat hilft dabei, die Arbeit des Bundestags zu organisieren.

Die Mitglieder sprechen zum Beispiel ab, welche Themen im Bundestag besprochen werden.

Sie bestimmen auch, welche Ausschüsse es im Bundestag geben soll.

Und wer die Ausschüsse leitet.

Der Ältesten-Rat hat also einen großen Einfluss auf die Arbeit vom Bundestag.

Und da seine Mitglieder aus den Fraktionen kommen, bekommen die Fraktionen dadurch viel Macht.



Aktuelle Stunde

Fraktionen können vom Bundestag eine Aktuelle Stunde verlangen.

Eine Aktuelle Stunde ist ein besonderes Treffen vom Bundestag.

Dabei sprechen die Politiker ungefähr eine Stunde lang über ein aktuelles Thema.

Daher kommt auch der Name: Aktuelle Stunde.

Wird eine Aktuelle Stunde beantragt, dann muss sie auch stattfinden.

Durch die Aktuelle Stunde können die Fraktionen also mitentscheiden, welche Themen im Bundestag besprochen werden.

Und damit auch, welche Themen zum Beispiel von Nachrichten und Zeitungen viel Aufmerksamkeit bekommen.

Anfragen

Fraktionen können Anfragen an die Bundes-Regierung stellen.

Die Bundes-Regierung sind die Politiker, die Deutschland leiten.

Ihr Chef ist der Bundes-Kanzler. Im Moment also Olaf Scholz.

Stellt der Bundestag eine Anfrage, muss die Bundes-Regierung antworten.

Die Antwort auf manche Anfragen kann dann im Bundestag besprochen werden.

Mit einer Anfrage können sich die Fraktionen also Infos von der Bundes-Regierung holen.

Außerdem können sie die Regierung kontrollieren.

Denn die muss ja über ihre Arbeit berichten.



Besprechungs-Raum

Jede Fraktion bekommt im Bundestag einen Raum für ihre Besprechungen.

In diesem Raum kann sich die Fraktion also zu Arbeits-Gesprächen treffen.



Finanzierung

Die Fraktionen bekommen Steuer-Geld.

Davon können sie zum Beispiel Mitarbeiter bezahlen.

Je größer eine Fraktion ist, desto mehr Geld bekommt sie.

Was ist eine Gruppe des Bundestags?

Das Wort „Gruppe“ klingt erst einmal sehr allgemein.

Im Bundestag hat es aber eine ganz spezielle Bedeutung.

Eine Gruppe ist nämlich ein Zusammenschluss von Politikern. Also ganz ähnlich wie eine Fraktion.

Eine Gruppe ist aber kleiner als eine Fraktion.

Man kann sie gründen, wenn man für eine Fraktion nicht genug Mitglieder hat.

Gruppen haben weniger Rechte als Fraktionen.

Außerdem bekommen sie weniger Geld.



Fraktionslose Politiker

Manche Politiker vom Bundestag gehören zu keiner Fraktion oder Gruppe.

Das nennt man dann: fraktionslos.

Sie haben viel weniger Rechte und Möglichkeiten als die Mitglieder einer Fraktion oder Gruppe.



Sie können zum Beispiel keine Anfragen an die Bundes-Regierung stellen, sondern nur ganz kurze Einzel-Fragen.

In Ausschüssen dürfen sie nur beraten, aber nicht abstimmen.

Sie dürfen aber zum Beispiel Anträge stellen, um Gesetz-Vorschläge zu verändern.

Freie Entscheidungen?

Politiker aus einer Fraktion haben also mehr Möglichkeiten als fraktionslose Politiker.

Allerdings kann die Mitgliedschaft in einer Fraktion auch zu einem Problem führen.

Ein Politiker vom Bundestag hat nämlich das Recht, seine Arbeit ganz frei auszuführen.

Das bedeutet zum Beispiel, dass er bei Abstimmungen so entscheiden kann, wie er will.

Das steht manchmal im Widerspruch zur Mitgliedschaft in einer Fraktion.

Denn Fraktionen haben ja bestimmte Meinungen und Ziele.

Ihre Mitglieder müssen also zusammenarbeiten.

Ein Politiker muss also vielleicht entscheiden:

Stimmt er so ab, wie er selbst das möchte.

Oder stimmt er so ab, wie die Fraktion das entschieden hat.



Man muss aber klar sagen: Eine Fraktion darf ihren Mitgliedern nicht vorschreiben, wie sie abstimmen.

Es kann aber passieren, dass ein Politiker zwischen zwei Möglichkeiten hin und her gerissen ist.

Kurz zusammengefasst



Fraktionen sind Zusammenschlüsse von Politikern im Bundestag.

Sie tun sich zusammen, um bestimmte Ziele besser zu erreichen.

Fraktionen haben bestimmte Rechte.

Dadurch haben sie einen großen Einfluss auf die Arbeit vom Bundestag.

Fraktionen brauchen eine bestimmte Mindestgröße.

Weniger Politiker können sich zu einer Gruppe zusammenschließen. Dann haben sie aber weniger Rechte.

Noch weniger Rechte haben fraktionslose Politiker vom Bundestag.

Eine Mitgliedschaft in einer Fraktion hat für Politiker viele Vorteile.

Sie können aber auch Probleme kriegen, wenn sie eine andere Meinung als ihre Fraktion haben.

Weitere Informationen in Leichter Sprache gibt es unter: www.bundestag.de/leichte_sprache

Impressum

Dieser Text wurde geschrieben vom

NachrichtenWerk

der Bürgerstiftung antonius : gemeinsam Mensch

An St. Kathrin 4, 36041 Fulda, www.antonius.de

Kontakt: Bastian Ludwig, info@nachrichtenwerk.de



Redaktion: Annika Klüh, Bastian Ludwig, Christian Strunz, Victoria Tucker, Isabel Zimmer

Titelbild: © picture alliance/dpa / Britta Pedersen. Piktogramme: Picto-Selector. © Sclera (www.sclera.be), © Paxtoncrafts Charitable Trust (www.straight-street.com), © Sergio Palao (www.palao.es) im Namen der Regierung von Aragon (www.arasaac.org), © Pictogenda (www.pictogenda.nl), © Pictofrance (www.pictofrance.fr), © UN OCHA (www.unocha.org), © Ich und Ko (www.ukpukvve.nl). Die Picto-Selector-Bilder unterliegen der Creative-Commons-Lizenz (www.creativecommons.org). Einige der Bilder haben wir verändert. Die Urheber der Bilder übernehmen keine Haftung für die Art der Nutzung.

Beilage zur Wochenzeitung „Das Parlament“, Nr. 6-8/2024

Die nächste Ausgabe erscheint am 24. Februar 2024.